

D 2835 E

elan

**MAGAZIN FÜR
JUNGE LEUTE**

6 Frankfurt/M 1 – September 9/71 – DM 1,-

**An der
Seite
Vietnams:**



**Jugend
klagt den
Imperialismus
an!**

„Neues“ Betriebs-
verfassungsgesetz:

**Maßanzug
für Profitgeier**

elan-Freizeit-Magazin:

**Ohne
Nepp & Neckermann**

elam

MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

HERAUSGEBER

Bernhard Jendrejewski
Jürgen Laimer, Rolf Jürgen
Priemer, Karl Hubert Reichel,
Karl Heinz Schröder, Dr.
Peter Schütt, Pastor Horst
Stuckmann, Werner Weis-
mantel

CHEFREDAKTEUR

Ulrich Sander

STELLV. CHEF- REDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke, Dort-
mund (verantwortlich)

GESTALTUNG

coopcreative
Jerken Diederich /
Annette Welke

REDAKTION

46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

ZWEIGBÜRO

61044 Jugenheim a.d.B.
Alsbacher Straße 65

VERLAGS- GESCHÄFTSFÜHRER

Werner Maletz

PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,- einschl.
Mehrwertsteuer / Jahres-
abonnement DM 13,-
einschl. Zustellgebühr

KONTEN

Weltkreis-Verlags-GmbH
Bank für Gemeinwirtschaft
Dortmund, Kto. 10068742
Postscheckkonto
Frankfurt/M. Kto. 2032 90

Druck: HESKA,
Klein-Krotzenburg



PFUNDS SACHEN

Nett zueinander

Auch wenn's den Russen nicht
paßt: Seid nett zu den Chine-
sen!
Schlagzeile in der „BILD“-Zei-
tung, 24. 7. 1971

Roter Teufel

Da stieg der untersetzte Mann
mit den leicht mongoliden
Zügen, dem kleinen Spitzbart
und dem lustiferischen Funkeln
in den listigen Augen auf die
Rednerbühne, um die Massen
für sein Aktionsprogramm zu
mobilisieren... die aufge-
wühlten Massen wurden zu
Werkzeugen seines unbändigen,
dämonischen Machtwillens.
Der „Grundriß der Geschichte“
über Lenin, erschienen 1966 im
Diesterweg-Verlag und noch
heute als Schulbuch in Ge-
brauch.

Trunkenheitsdelikt

Man sollte endlich aufhören,
Schuldgefühle wegen des ver-
lorenen Krieges zu hegen. Wenn
ein Betrunkenener einmal einen
Fehler macht, dann erinnert
man ihn auch nicht 25 Jahre
später noch daran.
CSU-Staatsminister Franz
Heubl (lt. „Spiegel“ vom 21. 6.
1971)

Schreck laß nach

Spartakus bildet die Führungs-
kader für die rote Diktatur von
morgen aus. Ausbildungsort:
Die Universitäten des freiheit-
lich-demokratischen Rechts-
staates.
„Die Welt“ am 3.6.1971

Ich halte es nicht für eines der
Wesensmerkmale der Demokra-
tie, sich schlachten zu lassen.
Hamburgs Erster Bürgermeister
Peter Schulz (SPD) in
„Komba-Aspekte“ über die Ab-
lehnung der SDAJ-Förderung.

Kleinvieh gibt auch Mist

Die Großchemie ist nicht das
Problem des Umweltschutzes,
sondern die Kommunen und
kleineren Betriebe.
Bundesinnenminister Genscher,
lt. „Die Welt“ vom 25.5.1971

§ 218

Ein Ei wird nicht als Baby aner-
kannt und empfunden. Wenn
die Regel sich „verspätet“,
durchfluten einen nicht Mutter-
gefühle. Die Zerstörung eines
Bauplans entspricht nicht der
Zerstörung eines fertigen
Hauses.
Fünf Arbeiterinnen, die abge-
trieben haben, in einem Brief
an die „Frankfurter Rund-
schau“, 26.6.1971

Privatmann

welcher aus Erbanfall flüssig geworden
ist, sucht für 750 000,- DM Darlehens-
vergabe, stille Beteiligung oder auch
langfristige Hypothekvergabe. Zu-
schriften bitte unter A 809065 an SZ

(Aus „Süddeutsche Zeitung“,
17. 7. 1971)

Rettung!

Dr. Frey kommt: Noch ist
Deutschland nicht verloren.
„Nationalzeitung“, 28.5.1971

Nackt

Das Nacktbaden kann dabei
helfen, das lustfeindliche Tabu
der Nacktheit zu brechen und
eben damit gegen die kapitali-
stische Reklame zu immunisie-
ren, die nur deshalb Nacktheit
zur Profitmaximierung gebrau-
chen kann, weil sie tabuiert ist.
Die Frankfurter Jungsozialisten
zur Begründung ihres Antrags,
die Stadtverwaltung solle dafür
sorgen, daß in Badeanstalten
auf das Tragen von Badehosen
verzichtet werde.

Anspruch

Helgoland erhebt den An-
spruch, das Deutsche Reich zu
sein.
„Frankfurter Rundschau“ 4. 8.
1971, über den Inselstaar
Taiwan, der in der UNO als
„Republik China“ firmiert.

Mitgezählt

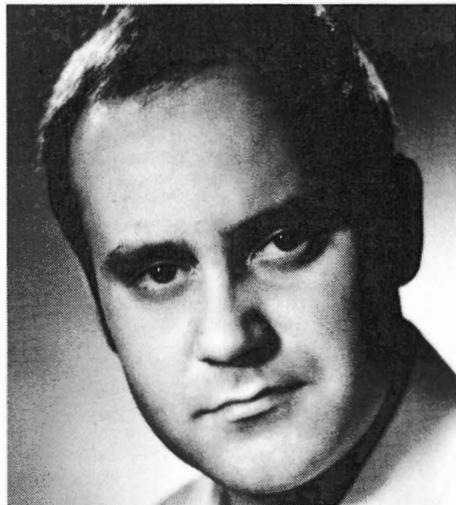
Der nordrhein-westfälische Ku-
tusminister Girgensohn (SPD)
prämierte 50 Redakteure von
Schülerzeitungen. Bei der Au-
zeichnung trugen 37 dieser Re-
dakturen ein DKP-Abzeichen
„DINK“ (Informationsdienst
der Deutschen Jugend des
Ostens), 5/71

Konkret

Niemand soll sich mit Liebkö-
nungen, Umarmungen, offer-
kundigen Schmeicheleien,
Tätscheleien, Küssen zwischen
ihm und einer Person oder Per-
sonen des anderen Geschlechts
in, auf oder nahe einem öffent-
lichen Park, Hof, Weg, Platz,
einer Straße, Allee oder der
Strandpromenade oder irgend-
einem anderen öffentlichen Or-
t in der Stadt Long Beach einla-
sen, und keine Person darf mit
dem Kopf oder irgendeinem an-
deren Körperteil auf irgend-
einem Körperteil von Person
des anderen Geschlechts au-
oder in der Nähe irgendeiner
der genannten Orte sitzen oder
liegen.
Verordnung des Stadtrates von
Long Beach, einem Vorort von
Hollywood.

Kapital im Jahr 2 000

Ohne die Jugend wird die
Marktwirtschaft nicht erhalten
werden können, auf jeden Fall
nicht über dieses Jahrhundert
hinaus.
Dr. Rolf Valentin, Fabrikant
auf dem CDU-Wirtschaftsta-
1971



Lieber Leser,

„Nicht unter einer Million anfangen und so weitermachen, denn was darüber hinausgeht, ist nicht mehr justitiabel“, ist laut „Spiegel“ vom 2. August die Branchenregel für Wirtschaftskriminalität. Das bedeutet, mit Bilanzen und Steuertricks, mit weißen Westen und bei großen Summen ausgeführt, werden Verbrechen bei uns nicht verfolgt. Am 5. August wollten es zwei Münchner versuchen. Sie fingen nicht mit einer Million an, sondern gingen sofort darüber hinaus: Sie wollten zwei Millionen. Doch dann machten sie alles falsch. Als Tatwaffen benutzten sie keine Bilanz, keine Aktie und kein Steuergesetz. Sondern sie kamen mit Revolver und Maschinengewehr. Und sie gründeten keine Bank, sondern sie überfielen eine Bank. Und sie wollten sich ihre zwei Millionen nicht aneignen durch Lohnleitlinien, durch Profite, durch Rüstungsgeschäfte, durch Steuertricks („Um 30 Prozent könnten die Steuersätze gesenkt werden, wenn alle ehrlich wären“, schreibt der „Spiegel“). Sie wollten ihre Millionen von der „Deutschen Bank“. Und die läßt sich nichts ungestraft nehmen.

Erschossen mit dem NATO-Karabiner Typ G 1 f lag daher einer der Räuber am Straßenrand; der Schuß der Polizei bedeutete auch das Todesurteil für eine 20jährige Geisel. Ihr Leben wurde „geopfert“, sagte der für die Ballerei verantwortliche Staatsanwalt Sechser später. Seinem Todesurteil war die Exekution gefolgt, obgleich beides in den Gesetzen der BRD nicht mehr vorgesehen ist. Aber es wurden, so schrieb Otto Köhler am 16. August im „Spiegel“, „unter minimalem Verlust von Menschenmaterial die zwei Millionen der Deutschen Bank gerettet.“ CDU/CSU, BILD, Strauß,

Genscher — alle billigten das Verfahren. Nur, künftig soll die Polizei noch besser schießen lernen, sagen sie.

Dennoch wird „BILD am Sonntag“ nicht recht froh: „Eine Welle der Gewalt überspült unser Land“, klagt sie am 8.8. „Die einen schießen, die anderen sehen zu“ — wie konnten die Menschen so böse werden? „BILD“ ist erstaunt. Haben sich die Leute in München doch tatsächlich nicht an die Spielregeln gehalten, nach denen man Schießereien nicht direkt, sondern per „BILD-Zeitung“ zusieht. Doch warum schauen Menschen dem Verbrechen gern zu? „Bams“ weiß die Antwort: „Vielleicht gibt es zu lange Frieden“, läßt sie einen Professor sagen.

An die schwierigere Frage, warum Zahl und Schwere der Verbrechen in der BRD zunehmen, wagte sich „Bams“ nicht heran. Diese Frage überläßt sie den schlaueren Leuten von der „WamS“. In der „Welt am Sonntag“ schreibt dann Springers Freund Hans Habe am 15.8. „von der geistigen Mitschuld der Linken“. Denn: „Stalin war ein Bankräuber.“ Habe: Der Kampf gegen die (spätkapitalistische) Gesellschaft ermutige die Verbrecher. Die Gangster, denen „endlich ein großes Ding gelingen“ sollte — so Räuber Todorov —, die nach oben wollten, die ihre „Ruhe“ wollten, werden von Habe zu Klassenkämpfern stilisiert. Habe erinnert an jenes „Rote Front“-Pamphlet der Räuber, von dem man nicht weiß, woher es stammt. Denn einen der Gangster kann man nicht mehr fragen — er wurde von der Polizei beseitigt; dem anderen besorgte die „Bild-Zeitung“ einen versierten Staranwalt. Von Polizeifahndungen nach Hintermännern hört man nichts mehr.

Rammelmayr und Todorov waren Gangster wie andere auch, die mit Banken zu tun haben. Nur — sie kamen durch die Tür mit Pistolen und nicht durch den Aufsichtsrat mit Empfehlungen und Aufträgen der Großindustrie.

Ihrem Verbrechen schloß sich das der Erschießung durch die Polizei im Rahmen einer Notstandsübung an. Nun wird der Kette der Verbrechen ein weiteres angehängt: Die Linken sollen kriminalisiert, volksfeindliche Notstandsgesetze sollen ergänzt werden.

Aber die gesellschaftlichen Ursachen der Kriminalisierung werden angezweifelt, obwohl sie auf der Hand liegen: In Vietnam demonstriert die größte Macht der „freien Welt“, daß ihr ein Menschenleben nichts gilt — und in München soll das anders sein? Springer-Presse und Fernsehen (siehe elan 8/71: TV-Verbrecherschule) glorifizieren Mord und Totschlag — und in Frankfurt erschießt ein 16jähriger ein Baby auf dem Arm der Großmutter. Leben auf Kosten anderer, das machen die Monopolherren den gewöhnlichen Gangstern vor.

Das System ist schuld!
Herzlichst

Ulrich Junckes

Inhalt

Imperialismus	
Brecht die Macht der Rüstungshaie	4
Freizeit	
Ohne Nepp & Neckermann	8
Antifaschistischer Kampf	
Heinz Kapelle: „Ich rufe die Jugend der Welt.“	12
Arbeiterjugend	
Betriebsverfassungsgesetz: Aktion gegen Regierungsentwurf	16
100 DM mehr für jeden Lehrling!	18
Metaller gegen Lohnverzicht	18
Jugendpolitische Blätter	
„Jahr des jungen Arbeitnehmers“ — Zwischenbilanz: Die Jugend mobilisieren	19
Monats-Magazin	
Internationales Freundschaftscamp FDJ-SDAJ / Der Fall Holzer / 44 Thesen kontra Großkapital / Angela Davis — 11 Monate in Haft / Brot für die Werbung / Alexejew: Ich hob mehr / Ein weiches Herz / Es stand im elan ...	23
International	
Terror im Sudan	28
Neue Texte	
Kollegen, merkt ihr nichts?	31
elan-Bücherkiste	32
Film	
Unidoc stellt sich vor	33
Song-Magazin	34
Leser-Post	36



Titelbild: Billhardt/Diederich
Fotos: ap (3), dpa (6), fotomacher-cooperative (20), Nik Herzog (1), Keystone (1), Horst Müller (1), Klaus Rose (2), Günter Rossenbach (1), Manfred Scholz (2), Wolfgang Schröder (2).

Washington 1971, letzter Sonntag im Mai. In den Straßen der Hauptstadt der USA krachen Schüsse. Tausende Soldaten in olivgrünen Kampfanzügen stürmen mit aufgepflanzten Bajonetten die Stufen zum Capitol, dem Regierungssitz hinauf. Frauen schreien, Kinder beginnen zu weinen, Dutzende von Menschen bleiben wie tot auf der Treppe liegen. Ein Alptraum? Die Bürger Washingtons waren erschüttert. Was sie dort von ehemaligen Angehörigen der US-Army vorgeführt bekamen, das hatten diese Männer selbst erlebt und – auf Befehl – getan: Frauen erschossen, Kinder erwürgt, Bambushütten angezündet. 15 000 Kilometer von Washington entfernt, in einem Land namens Vietnam.

Jugend klagt den Imperialismus an!

Brecht die Macht der Rüstungshaie!

Von Reinhard Junge

Kaum eine andere Anti-Kriegsdemonstration hat in den USA und in der gesamten Welt ein solches Aufsehen erregt, wie dieser Aufmarsch von Veteranen des Vietnam-Krieges. Sie verbrannten öffentlich ihre Orden und forderten Präsident Nixon auf, diesen Krieg so schnell wie möglich zu beenden.

Doch Nixon und seine Regierung kneifen und stellen sich taub. Mit keinem Wort reagierten sie auf den Sieben-Punkte-Friedensplan, den die Revolutionäre Provisorische Regierung Südvietnams Anfang Juli in Paris unterbreitet hat. In diesem Plan verpflichten sich die vietnamesischen Freiheitskämpfer, bis zum 31. Dezember dieses Jahres alle amerikanischen Kriegsgefangenen freizulassen, wenn die USA bis dahin

ihre Truppen aus Vietnam abziehen. Selbst große bürgerliche Zeitungen, wie die in Essen erscheinende „Westdeutsche Allgemeine“, kommentierten, daß es nach einem solchen Angebot für die USA keinen Grund gäbe, den Krieg noch weiter zu verlängern.

Ganze Erdteile ausgeplündert

Die USA sind groß und mächtig geworden, weil ihre Großkonzerne seit über 80 Jahren Dutzende fremder Völker, ja ganze Erdteile systematisch ausplündern. Sie holten sich billiges Blei aus Peru, Erdöl aus Venezuela und Kupfer aus Chile, wobei sie selbst immer reicher und mächtiger, die betroffenen Länder aber immer ärmer wurden.

Außerdem haben die USA vor allem den Verlauf des zweiten Weltkrieges ausgenutzt, ihre wirtschaftlichen, politischen und militärischen Machtpositionen über den ganzen Erdkreis auszudehnen. Sie haben den herrschenden Klassen der vom Krieg betroffenen kapitalistischen Länder Milliarden von Dollars vorgestreckt, mit denen zerstörte Industrien wieder angekurbelt wurden. Zahlreiche Länder sind auf diese Weise unter die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit der USA geraten – auf Jahrzehnte hinaus.

Zugleich haben diese Geldspritzen den USA das Territorium vieler Staaten zur Anlegung militärischer Stützpunkte geöffnet. Anfang 1971 waren über 700.000 US-Soldaten in mehr als 20 Ländern stationiert: 343.000 in Vietnam und 38.000 in Thailand, 52.000 in Korea und 40.000 in Japan, 12.000 in der Panama-Kanal-Zone und 220.000 in der BRD (1). Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten wurden mit einer weltweiten Kette aggressiver Militärblocks umgeben: NATO, Cento-Pakt, Südostasienpakt.

Attentate, Putsche, Bürgerkriege

Argwöhnisch wachen die amerikanischen Großkonzerne, ihre Regierungen und der Geheimdienst CIA darüber, daß diese Machtpositionen der USA durch nichts erschüttert werden. Wo immer eine Regierung sich anschickt, die Industrie zu verstaatlichen, um die Reichtümer des Landes dem eigenen Volk zu sichern, wo immer eine demokratische Volksbewegung Neutralitätspolitik, Reformen und den Abzug der Amerikaner fordert – dort versuchen die USA im Bündnis mit den reaktionärsten Kräften jenes Landes, das Rad der geschichtlichen Entwicklung aufzuhalten.

● 1946: Griechenland. Mit amerikanischen Waffen und englischen Truppen wird in dreijährigen, blutigen Kämpfen eine antifaschistische Volksbewegung zerschlagen,

Der Hauptfeind...

die ein demokratisches Griechenland ohne König und Kapitalisten forderte.

● 1951: Persien. Das Volk verjagt den Schah, Ministerpräsident Mossadegh verkündet Boden- und Bildungsreformen. Der CIA organisiert eine Maffia aus Feudalherrensöhnchen, Zuhältern und Abenteurern, der Schah kehrt auf seinen Pfauenthron zurück, Zehntausende Demokraten werden eingekerkert, Tausende ermordet.

● 1951: Korea. Im Auftrage der USA überfallen die Truppen des südkoreanischen Diktators Syn Man Rhee die sozialistische



„Nixon, wi

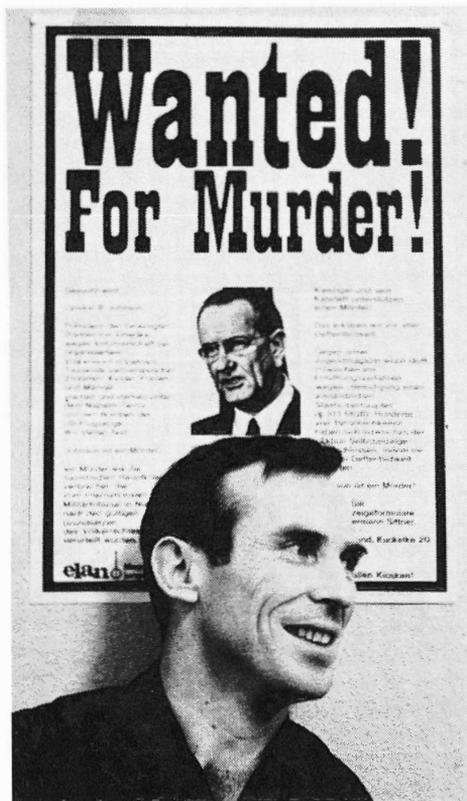
Koreanische Volksdemokratische Republik (KVDR), den Norden des Landes. Als die Angreifer zurückgeschlagen werden, gehen US-Truppen an Land. Nur auf Grund der weltweiten Proteste und der massiven Hilfe aller sozialistischen Staaten kann die KVDR wieder befreit werden.

Blutspur des Imperialismus

Die Kette der US-Verbrechen ist mit der Ausweitung des Vietnam-Krieges auf Kambodscha (1970) und Laos (1971) noch nicht beendet. Ihr Wesen ist die Unterjochung und Ausplünderung anderer Völker als oberstes Prinzip der Außenpoli-



...steht im eigenen Land



an die USA von 750 auf 800 Millionen Dollar (das sind drei Milliarden Mark!) erhöht worden (2), erst in diesen Tagen hat sich die Bundesregierung verpflichtet, in den nächsten Jahren für 4,4 Milliarden DM 175 „Phantom“-Kampfflugzeuge in den USA einzukaufen (3).

Nicht mehr länger Alleinherrscher

Doch der Imperialismus ist nicht mehr der uneingeschränkte Beherrscher der Welt. Mit dem Sieg der russischen Oktoberrevolution im Jahre 1917 und der Herausbildung eines starken sozialistischen Weltsystems nach 1945 ist eine Kraft entstanden, die ihn an der Entfesselung eines dritten Weltkrieges hindern konnte.

Zugleich haben sich zahlreiche Länder der Erde aus dem Machtbereich des Imperialismus herauslösen können. Die nationalen Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika gewinnen eine immer größere Bedeutung. Mit Hilfe vor allem der Sowjetunion leisten sie dem Imperialismus erfolgreichen Widerstand, drängen sie ihn aus einem Land nach dem anderen hinaus. So hat das Mittelmeer aufgehört, uneingeschränktes Manövergebiet der 6. US-Flotte zu sein, so konnte es verhindert werden, daß Cuba ausgehungert und die arabischen Staaten von Israel überrollt wurden.

Eine weitere Kraft gibt es, die den Imperialismus schwächt: die internationale Arbeiterbewegung. Die Klassenkämpfe in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern haben zugenommen: Die mächtigen Aktionen der Arbeiter und Angestellten Frankreichs und Italiens, die Streiks in den USA und auch in der Bundesrepublik haben die herrschenden Klassen dieser Länder alarmiert.

elano hat den verbrecherischen Indochina-Krieg der USA immer beim Namen genannt. Die in der amerikanischen Presse veröffentlichten Dokumente des US-Kriegsministeriums beweisen: elano hatte recht, als es den Vietnam-Krieg als Völkermord bezeichnete. Trotzdem wurde elano-Redakteur Hermann Sittner damals zu 500 DM Geldstrafe verurteilt.

wollen Frieden! "

Im Innern der USA brachte dies eine verschärfte Aufrüstung, eine Militarisierung des gesamten öffentlichen Lebens, steigende Preise, fünf Millionen Arbeitslose und die blutige Unterdrückung jeder demokratischen Opposition. Eine solche Politik nennt man imperialistisch.

Mit all diesen Verbrechen der USA war die Bundesrepublik stets direkt oder indirekt verbunden. Adenauer, Erhard und Kiesinger haben die gesamte Politik der USA stets in vollem Umfang unterstützt. Und auch die von Brandt geführte Regierung schweigt zu der Aggression in Indochina und unterstützt den Vietnam-Krieg der USA politisch und finanziell. Erst in diesen Tagen sind die jährlichen Devisenzahlungen

Solidarität...

Solidarität hilft siegen

In Auseinandersetzung mit dem Imperialismus spielt die Jugend naturgemäß eine außerordentliche Rolle. Die Kampagne „Jugend klagt den Imperialismus an“, die vom Weltbund Demokratischer Jugend (WBDJ) durchgeführt wird, hat bereits zahlreiche Länder erreicht.

So sollen für den Bau eines Kinderkrankenhauses bei Hanoi, das nach dem vietnamesischen Nationalhelden Nguyen Van Troi benannt wird, insgesamt 500 000 Dollar gesammelt werden. Zu diesem Zweck hat auch die SDAJ ein Spendenkonto eingerichtet (PSK Essen 19 37 55).

Diese Kampagne soll den Druck auf die Regierungen der imperialistischen Staaten verstärken. Das erfordert die Mobilisierung weiterer Jugendlicher gegen Rassen- und Völkerhaß und die größere Verbreitung der Erkenntnis Karl Liebknechts, „daß es für das Proletariat jedes Landes nur einen wirklichen Feind gibt: die Kapitalistenklasse, die das Proletariat ausbeutet und unterdrückt“.

Unter diesem Gesichtspunkt erhält der für den 11. September nach Bremen einberufene „Solidaritätskongreß der Jugend – Gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg“ eine besondere Bedeutung. Die SDAJ und der Marxistische Studentenbund Spartakus haben zu ihm aufgerufen, zahlreiche Gewerkschafts- und Jugendgruppen und -funktionäre schlossen sich an. Sie wissen: „Wir haben einen gemeinsamen Gegner. Unsere Kraft kann vertausendfacht werden, wenn wir zusammenstehen.“ (4)

„Ich kenne nur den Fall Rot“

Der deutsche Imperialismus, der sich von je her durch eine besondere Aggressivität auszeichnet hat, versucht sich – wie die USA – den veränderten Kräfteverhältnissen anzupassen. So hat er seine 20 Jahre lang gegenüber dem Sozialismus verfochtene „Politik der Stärke“ in eine „neue Ostpolitik“ umgewandelt. Diese Strategie wurde maßgeblich von Franz Josef Strauß in seinem Buch „Entwurf für Europa“ mit ausgearbeitet. Sie sieht vor, die sozialistischen Länder vor einer militärischen Aggression durch ideologische Zersetzung und Spaltung sturmreif zu schießen, um so dem Imperialismus Schritt für Schritt verlorene Positionen zurückzuerobieren.

Die von der Brandt-Scheel-Regierung unterzeichneten Gewaltverzichtsverträge von Moskau und Warschau gingen allerdings um einiges über das hinaus, was sich Strauß unter der „neuen“ Ostpolitik vorgestellt hatte. In diesen Verträgen hat zum ersten

Mal eine Regierung der imperialistischen Bundesrepublik die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges vor der gesamten Weltöffentlichkeit anerkannt. Wenn sie vom Bundestag ratifiziert (gebilligt) und konsequent angewandt werden – durch einen Stopp der antikommunistischen Hetze, durch Rüstungsbeschränkung usw. –, können sie die Positionen der Rüstungskonzerne in der Bundesrepublik ernsthaft in Gefahr bringen. Sie könnten einen innenpolitischen Entwicklungsprozeß in Gang setzen, der der Kontrolle der Rüstungshaie und Bankkapitäne entgleitet.



„Solidarität mit den Kämpfern der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen, mit Völkern Indochinas! Schluß mit der politischen, finanziellen und moralischen Unterstützung der US-Aggression durch Bonn!“ (4)



„Solidarität mit der antiimperialistischen Bewegung, mit den Soldaten und Kriegsdienstverweigerern und allen, die den Rüstungsprofiteuren, den Militaristen und Revanchisten den Kampf angesagt haben!“ (4)

...hilft siegen!



Strauß hat das erkannt, und auch deshalb hat er sich an die Spitze jenes Rechtskartells gestellt, das die Gewaltverzichtsverträge von Moskau und Warschau mit allen Mitteln des Antikommunismus und Nationalismus bekämpft. Er, der nach eigenen Aussagen nur den „Fall Rot“ kennt, der als „Verteidigungs“-Minister seinen CSU-Freistaat Bayern zum Rüstungszentrum Nr. 1 in der BRD gemacht hat – er fühlt sich als Führer einer „Sammlungsbewegung zur Rettung unseres Vaterlandes“, die die „Pflicht“ hat, „diese Regierung zu stürzen“ (5).

Friedlich im Wort . . .

Unter dem Druck der massiven Hetze der CDU/CSU, der Springer-Presse und der reaktionären ZDF-Redakteure betreibt die Regierung Brandt-Scheel mehr und mehr eine Politik der Doppelzüngigkeit. Auf der einen Seite läßt sie sich noch immer wegen ihrer „neuen Ostpolitik“ feiern, auf der anderen verhindert sie die Ratifizierung der Verträge, weigert sie sich, die DDR völkerrechtlich anzuerkennen, und hintertreibt deren Anerkennung durch dritte Staaten mit finanzieller Erpressung.

Brandts Friedensbeteuerungen steht jener Brief an die Konferenz der Ministerpräsidenten der Bundesländer gegenüber, in dem er darauf dringt, daß in den Schulen „beim jungen Menschen Verständnis geweckt“ wird „für die Notwendigkeit einer

ausreichenden Verteidigungspolitik“ – und zu diesem Zweck die Jugendoffiziere der Bundeswehr als geeignete Lehrkräfte empfiehlt (6).

Damit lieferte er das Stichwort für eine großangelegte Kampagne, die die Einführung eines „Wehrkunde“-Unterrichtes als Pflichtfach fordert. Springers „Welt“ steht dabei in der ersten Reihe.

. . . aggressiv in der Tat

Auch bleibt die angebliche Verständigungsbereitschaft der Bundesregierung mit den sozialistischen Staaten so lange eine hohle Phrase, wie sie selbst den Antikommunismus im eigenen Lande erneut anheizt. So darf der Verfassungsschutz DKP und SDAJ ungestraft als grundgesetzfeindlich bezeichnen, so durfte die Staatssekretärin Hildebrand Hamm-Brücher einem Verbot des Spartakus das Wort reden.

Während die Profite der Unternehmer weiterhin ansteigen (so erhöhte „Leopard“-Produzent Krauss-Maffei seine Dividende von 17,1 auf 19,9 Prozent), sollen die Arbeiter und Angestellten mit Schillers Lohnleitlinien an die Kette der „Arbeitgeber“-Verbände gelegt werden.

Und: Auf der einen Seite werden die berechtigten Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften in den Papierkorb geworfen, auf der anderen aber hat sich in der BRD ein militärisch-industrieller Komplex herangebildet, dessen Tätigkeit jeder demokratischen Kontrolle entzogen ist.

Der „Rat der Götter“

Die Berufung des Vorstandsvorsitzenden der Thyssen-Röhrenwerke AG, Ernst Wolf Mommsen, zum Staatssekretär für Rüstungsfragen im Bundeswehr-Ministerium Helmut Schmidts markierte einen vorläufigen Höhepunkt in der „Machtverfälschung von Wirtschaft und Wissenschaft, Militär und Politik“ (7).

Mommsen, dessen Gehalt von Thyssen weitergezahlt wird, hat einen „Arbeitskreis Rüstungswirtschaft“ eingerichtet, in dem die Waffenbeschaffung der Bundeswehr zentral gesteuert wird und der Interessensgegensätze zwischen einzelnen Rüstungskonzernen vermeiden soll.

In diesem „Rat der Götter“ sind vertreten:

- der Thyssen-Konzern (Kriegsschiffe und Flugzeugstähle) durch Dr. Dieter Spethmann,
- die Messerschmidt-Bölkow-Blohm AG (U-Boote, Flugzeuge, Panzerabwehrraketen) durch ihren Generaldirektor Ludwig Bölkow,
- die Dornier-Flugzeugwerke,
- die Flick-Quandt-Gruppe (Panzer, Raketentreibstoffe) über den CSU-Schatzmeister Dr. Wolfgang Pohle,
- die Diehl-Gruppe (Flugzeugelektronik),
- der Klöckner-Konzern (Militärfahrzeuge) und alles, was im Rüstungsgeschäft Rang und Namen hat (8).

Kampf den Rüstungshaien!

Diese Rüstungskonzerne, in deren Führungspositionen immer mehr ehemalige Nazi- und Bundeswehrgeneräle aufrücken, schicken sich an, in allen Wirtschaftsbereichen die Vorherrschaft zu erobern. In den Unternehmerverbänden stimmen sie die Grundzüge ihrer Politik ab, über ihre Bundestagsabgeordneten setzen sie sie durch. Strauß, Barzel und Helmut Schmidt sind Schlüsselfiguren in diesem braunen Pakt.

Nur wenn es gelingt, dieses Rechtskartell unschädlich zu machen, werden wir in Frieden und Sicherheit leben können. Nur wenn wir die Macht der Großkonzerne brechen, werden die Reichtümer unseres Landes denen zugute kommen, die sie auch erarbeiten. Und nur dann wird jener Artikel 20 des Grundgesetzes Gültigkeit erlangen, in dem es heißt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Quellen:

- (1): „Wehrkunde“, Heft 6/71, S. 330/31
- (2): „Die Wahrheit“, 21. 7. 1971
- (3): „die tat“, 3. 7. 1971
- (4): Aufruf zum „Solidaritätskongreß der Jugend“
- (5): Vgl. hierzu: Wolfgang Bartels, „Ich kenne nur den Fall Rot“, elan Nr. 4/71, S. 27 ff.
- (6): „Frankfurter Rundschau“, 14. 4. 1971
- (7): „die tat“, 10. 7. 1971
- (8): „Blohm und Voss – Geschichte einer Werft“, Weltkreis-Verlag, Kleine Rote Reihe Nr. 9, S. 46 f.

Ohne Nepp &



Die Diskussion ist eröffnet. „Freiheit für die Freizeit“ forderte elan 7/71. Und: „Wir müssen beginnen, den politischen Raum Freizeit der herrschenden Klasse streitig zu machen.“ Wie man das macht, soll in dieser Ausgabe untersucht werden. Peter Schütt meint, man muß bei sich selbst beginnen. Er macht Vorschläge für Aktionen demokratischer Jugendgruppen. Wie solche Aktionen aussehen können, wird im „elan-Freizeit-Magazin“ dargestellt. Alle Leser sind eingeladen, im „Freizeit-Magazin“ weitere Aktionsmodelle vorzustellen. Schreibt an elan, wie Ihr es macht – damit auch andere Jugendliche erfahren, was zu tun ist.

Seit fast 150 Jahren kämpft die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Staaten um eine Verkürzung der Arbeitszeit. Gewaltige Klassenkämpfe waren notwendig, um die Höchstgrenze täglicher Arbeit schrittweise auf 14, 12, 10 und schließlich 8 Stunden zu begrenzen. Der arbeitsfreie Sonn- und Feiertag, das lange Wochenende und die Vierzig-Stunden-Woche sind keine Geschenke einsichtiger Kapitalisten, sondern Kampferfolge der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse.

Als Ergebnis der steigenden Arbeitsproduktivität und der wissenschaftlich-technischen Revolution wäre es heute in der Bundesrepublik objektiv durchaus möglich, der arbeitenden Bevölkerung wesentlich mehr Freizeit einzuräumen. Bürgerliche Soziologen haben ausgerechnet, daß schon 1980

die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind, von den 24 Stunden des Tages 12 Stunden für die Freizeit bereitzustellen, 8 Stunden für den Schlaf und nur noch 4 Stunden für die Arbeit. Damit rückt ein uralter Menschheits Traum in den Bereich des Möglichen.

Allerdings haben die Kapitalisten inzwischen nicht etwa geschlafen und die ihnen entrissene arbeitsfreie Zeit den Arbeitern zur freien Gestaltung überlassen. Sie haben eine gigantische Konsumindustrie aufgebaut, um der arbeitenden Bevölkerung den während der Arbeitszeit sauer verdienten Lohn wieder aus der Tasche zu ziehen und um sich damit zusätzliche Profite zu verschaffen. Sie haben eine Vielzahl echter und falscher Bedürfnisse wachgerufen, um aus ihrer massenweisen Befriedigung Gewinn zu ziehen, und sie haben eine mächtige Bewußtseinsindustrie entwickelt, um die Gedanken und Gefühle der arbeitenden Bevölkerung auch während der freien Zeit bis in den Intimbereich hinein unter ihre Kontrolle und ihren Einfluß zu bringen

Unternehmer: In der Freizeit den Betriebsärger abreagieren

Warum? Umfragen haben ergeben, daß über siebzig Prozent der Arbeiter mit ihrer Arbeit, mit ihrem Lohn und mit ihrem Arbeitsplatz unzufrieden sind. Die durch die monopolkapitalistischen Produktionsverhältnisse bedingte Unlust, das Unbehagen und Unvergnügen an der eigenen Arbeit soll in der Freizeit abreagiert werden. Schon stellt das „Deutsche Industrieinstitut“ der Unternehmer mit Genugtuung fest: „Heute redet der Wohlstandsbürger nicht gern über seine Arbeit, sondern wesentlich lieber über seine Freizeit.“

So möchten es die Herren haben: Statt sich über verweigerten Lohn, fehlende Mitbestimmung und soziale Mißstände aufzuregen, sollen sich die Arbeiter und Arbeit-

rinnen lieber über Sex, Mode, Urlaube, Filmstars oder Haschorgien zerstreuen. Es soll ein Bewußtsein erzeugt werden, das die Welt der Arbeit strikt von der Welt der Freizeit trennt, das die Lohnabhängigen durch ein „vielseitiges Freizeitangebot“ die Misere des Arbeitsalltags vergessen lassen und ihnen eine Freiheit vorgaukeln soll, die es in Wirklichkeit, in der Wirklichkeit der Betriebe, überhaupt nicht gibt.

Was aber nützt die den Monopolherren abgetrotzte arbeitsfreie Zeit, wenn die Arbeiter keine Möglichkeiten sehen oder haben ihre Freizeit sinnvoll und schöpferisch zu gestalten, wenn ihre Freizeit nur dazu benutzt wird, um sie noch totaler in den Griff zu kriegen und sie voll und ganz in das imperialistische System zu integrieren? Wir müssen dafür eintreten, daß die Arbeiter und Angestellten, daß vor allem die Arbeiterjugend in ihrer freien Zeit nicht zum Opfer imperialistischer Manipulation und des nackten Konsumterrors werden; den Zeitraum, den sie außerhalb der Fabriken und Büros verbringen, müssen sie wirklich für sich haben, ihren Bedürfnissen und Interessen entsprechend nutzen können und darin zu sich selber, zur Entfaltung ihrer eigenen Kultur, ihrer schöpferischen Fähigkeiten und ihrer Lebensfreude finden.

Womit beginnen?

Der Kampf um mehr Mitbestimmung für die arbeitende Bevölkerung darf nicht länger auf den betrieblichen Sektor beschränkt bleiben. Er muß auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ausgedehnt werden, damit der Anspruch der Arbeiterklasse, über ihre wesentlichen Belange selbst zu entscheiden, umfassend durchgesetzt wird. Dazu gehört wesentlich die Freizeit, die von den Monopolen immer mehr dazu mißbraucht wird, um ihre menschenfeindliche Ideologie massenwirksam umzusetzen.

Das Freizeitproblem beginnt bereits in de

Neckermann



ELAN
FREIZEIT
MAGAZIN

An der Strippe: Herr Kihs.

Ein wahrheitsgemäß erfundenes Telefongespräch. Ähnlichkeiten mit lebenden Personen sind nicht zufällig.

Herr Kihs, Ihnen ist durch eine üble Verumdung in der vergangenen Woche arg itgespielt worden. Da ging die Falschmeldung durch die Presse, daß Sie eine Verkürzung der Arbeitszeit fordern... „Verzählen Sie, wenn ich unterbreche – aber was war keine Falschmeldung.“

Keine Falschmeldung? „

Keine.“

Es wurde aber auch behauptet, Sie seien Unternehmer, alleiniger Inhaber eines halben Dutzends Firmen...“

Das ist allerdings nicht ganz richtig. Es sind inzwischen neun.“

So, so. Darf ich also zusammenfassen: Sie sind Unternehmer und Verfechter einer kürzeren Arbeitszeit?!“

Sie haben einen komplizierten Sachverhalt sehr anschaulich zusammengefaßt, junger Mann.“

Sie sind Anhänger der Vier-Tage-Woche, wie auch schon von etlichen Firmen bei uns reaktiziert wird?“

„Im Grundsatz schon, wenn durch diese Regelung auch die Arbeitszeit gar nicht verkürzt wird. Aber ein Drei-Tage-Wochenende ist durchaus erfreulich: Man muß sich schon etwas einfallen lassen, um sich da nicht zu langweilen.“

„Sie sind für die 38-Stunden-Woche?“

„Für die 30-Stunden-Woche. Fürs erste.“

„Sie als Unternehmer...“

„... empfinde es als meine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß Arbeiter und Angestellte einfach mehr Erholung brauchen in unserer Zeit des intensiven Streß, der nervlichen und physischen Anspannung!“

„Sie als Inhaber von neun Fabriken sind der Ansicht...“

„... daß die zu lange Arbeitswoche das größte Problem für alle Werktätigen ist und nicht – wie hier und da behauptet – die zu große Freizeit. Woher kommt es denn, daß heutzutage so viele unzufrieden – frustriert sagt man ja wohl? – sind? Zu wenig Freizeit, sage ich Ihnen, viel zu wenig Freizeit!“

„Herr Kihs, das sind, scheint mir, doch sehr ungewöhnliche Ansichten für einen Unternehmer.“

„Keineswegs, junger Mann, keineswegs. Sie dürfen die Unternehmer doch nicht immer als Buhmänner hinstellen, als Menschen, die nicht ans Wohl ihrer Mitmenschen denken.“

„Sie zumindestens, Herr Kihs, sind ein leuchtendes Vorbild. Was – wenn ich fragen darf – wird in Ihren Fabriken eigentlich produziert?“

„Ach wissen Sie – Tennisschläger, Tauchgeräte, Sportartikel aller Art, Bademoden, Sammlerbedarf, Bastelkästen, neue Freizeitmoden, Schallplatten Kofferradios – eben alles, was man zu einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung so braucht!“

Bert Holt

eigenen Reihen. Wenn sich jemand entschließt, Mitglied der SDAJ oder einer anderen fortschrittlichen Jugendorganisation zu werden, darf man von ihm bestimmte Konsequenzen für sein Verhalten gegenüber Arbeitskollegen erwarten; seine Bedürfnisse und Gewohnheiten in der Freizeit sind darum noch lange nicht sozialistisch geprägt.

Bei nicht wenigen Jugendlichen, die im Betrieb und in ihrer Gruppe gute politische Arbeit leisten, gibt es Widersprüche zwischen Überzeugung und Freizeitverhalten. Außerhalb ihrer beruflichen und politischen Tätigkeit wissen sie oft nichts mit sich anzufangen und werden so zu unfreiwilligen Opfern der imperialistischen Massenkultur. Hier hat der Gegner viele Möglichkeiten, vom Hasch über den Gruppensex bis zum Starkult, einzuwirken, um einen einzelnen oder eine ganze Gruppierung kaputtzumachen. Der Zerfall mancher SDS-Gruppen durch Drogengenuß und antiautoritäres Wortgeklänge ist dafür ein warnendes Beispiel.

Selbst wenn die Arbeitszeit weiter sinken sollte, bleibt der Lern- und Arbeitsprozeß ohne Frage weiterhin das Hauptfeld der ideologischen Erziehung. Die Einsichten, die am Arbeitsplatz erworben werden, üben einen wesentlichen Einfluß auch auf das Leben in der Freizeit aus. Sie prägen die Persönlichkeit des Menschen. Der Imperialismus versucht gegenwärtig mit aller Macht, dieses Verhältnis umzukehren. Die Freiheitsillusionen, die dem Menschen in seiner Freizeit, im Fernsehen, im Kaufhaus oder im Groschenheft, eingeredet werden, sollen in ihm den Glauben an die Unüberwindlichkeit des Systems so festigen, daß er die Mißstände im Betrieb am besten überhaupt nicht mehr wahrnimmt.

Solange die Monopole die Freizeit der meisten Menschen in ihrem Sinn manipulieren, hat eine sozialistische Überzeugung erst dann Bestand, wenn der Betreffende auch in seiner arbeitsfreien Zeit gegenüber der Bewußtseinsindustrie des Imperialismus

immun wird. In der Freizeitgestaltung müssen darum immer aufs neue Möglichkeiten geboten werden, sich zwanglos progressive Ideen anzueignen und die Richtigkeit einer gewonnen Einsicht durch eigenes Erleben bestätigt zu finden. Eindrücke und Erlebnisse in der Freizeit üben auf viele Menschen nachhaltige Einflüsse aus, schon deshalb, weil sie meistens freiwillig und spontan erfahren werden.

Darum erlangen Leitbilder aus dem Freizeitbereich, Schlagersänger, Filmstars oder Spitzensportler, nicht selten große Vorbild-



Warum „Wilma“ sterben mußte.

Behörden machen sich zum Handlanger im Konkurrenzkampf der Gastronomie-Unternehmer. Ein Jugendfilmclub, wie ihn junge Leute wünschen, wurde geschlossen.

In unserer Stadt wurde in der letzten Zeit viel über das sogenannte Problem „WILMA“ diskutiert. In diese Diskussion sind viele falsche, entstellte und unsachliche Gesichtspunkte hineingetragen worden.

Bekanntlich war der Jugendfilmclub „WILMA“ in den letzten Monaten Anziehungspunkt für die nichtorganisierte Jugend Oer-Erkenschwicks und darüber hinaus für die Jugend des Kreises Recklinghausen.

Der Jugendfilmclub wollte einen konstruktiven Beitrag zur Jugendfreizeitgestaltung leisten und wurde durch den Umstand, daß in den Diskotheken Jugendliche von den Besitzern durch überhöhte Eintritts- und Getränkepreise schamlos ausgenutzt wurden, zu einem echten Anziehungspunkt, da in der „WILMA“ wesentlich niedrigere Preise verlangt wurden.

Worum geht es nun bei der Schließung der „WILMA“?

Von den offiziellen Stellen wird immer wieder der Vorwurf erhoben, daß in der „WILMA“ Haschisch geraucht wurde. Das

wirkung. Unsere Aufgabe ist es, den Freizeitudolen der imperialistischen Modeindustrie revolutionäre Leitbilder entgegenzusetzen. Zu unserem ideologischen Kampf gehört es, die revolutionären Führer der deutschen Arbeiterbewegung, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann unter der Jugend bekanntzumachen, das Beispiel hervorragender Kämpfer gegen den Imperialismus, Ho Chi Minh oder Angela Davis, zu propagieren und in den eigenen Reihen Vorbilder zu entwickeln und herauszustellen, deren Wirken andere Jugendliche anspornen kann. Damit leisten wir zugleich einen wichtigen Beitrag, um der Brutalität des

streiten wir gar nicht ab! Bemerkenswert jedoch ist die Tatsache, daß der Haschischkonsum in der ganzen Bundesrepublik zu einer regelrechten Seuche geworden ist und nahezu in fast jeder Diskothek und in einigen Schulen Haschisch geraucht und gehandelt wird! Der Polizei sind in Nordrhein-Westfalen regelrechte Umschlagplätze für Rauschgifte bekannt (z.B. in Mühlheim, Essen, Duisburg usw.), in denen noch heute diese Mittel von verantwortungslosen, gewinnstüchtigen Verbrechern unter die Jugend gebracht wird. Im Kreis Recklinghausen ist zum Beispiel die Marler Diskothek „METROPOL“ als Umschlagplatz hinreichend bekannt!

Auf Grund der Einrichtung der Drogenberatungsstelle in der „WILMA“, welche eng mit dem „Arbeitskreis Jugend und Drogen“ in Marl zusammenarbeitet, konnte ein erheblicher Rückgang des Drogenkonsums unter den Jugendlichen, welche in der „WILMA“ verkehrten, erzielt werden. Alle Behauptungen, daß in der „WILMA“ von den Veranstaltern mit Haschisch gehandelt wurde, weisen wir auf das Schärfste als infame Lüge zurück!!

Auch wird die Frage einer angeblich „sittlichen Gefährdung“ der Jugend in den Mittelpunkt der Anschuldigungen gestellt. Diese Anschuldigungen entbehren ebenfalls jeglicher Grundlage. Es sei darauf hingewiesen, daß die Verantwortlichen der „WILMA“ sich schon vor geraumer Zeit mit dem Jugendamt in Verbindung gesetzt haben, um bei der Durchführung ihrer Jugendarbeit eine Unterstützung von Seiten der Stadt in Form von Hinzuziehung von Sozialarbeitern zu bekommen.

Dieses Vorhaben scheiterte am bürokratischen Weg der Behörden und am mangelnden Verantwortungsbewußtsein der betreffenden Dienststellen!

Wir sind der Meinung, daß die Jugend Oer-Erkenschwicks nicht auf der Straße liegen darf, und fordern daher die Zurücknahme der Schließungsverfügung, sowie die Unterstützung der Stadt und des Jugendamtes für eine moderne und aufgeschlossene Jugendarbeit!

Peter Zenker,
Aktionskomitee „Öffnet WILMA“

Systems unser eigenes humanistisches Menschenbild gegenüberzustellen.

Für große Teile der entpolitisierten Bevölkerung und auch der Jugend können die fortschrittlichen Kräfte an Ausstrahlungs- und Überzeugungskraft gewinnen, wenn sie neben ihren politischen Alternativen auch im Freizeitbereich, im sozialen Verhalten und in der Lebensgestaltung eigene Initiativen und Modelle entwickeln. Die Rote-Punkt-Aktionen in Hannover und in einigen anderen Großstädten waren nicht zuletzt deshalb so populär, weil sie den Massen andere Möglichkeiten der Kommunikation, der Solidarität und der praktischen Hilfsbereitschaft vorexerzierten. Sie haben bewiesen, daß die Bevölkerung auch in ihrer Freizeit für solidarische und antimonopolistische Verhaltensformen aufgeschlossen ist. Es besteht ein Bedürfnis, aus der Isolierung, der Hoffnungslosigkeit und der Gleichgültigkeit, in die der Imperialismus viele Menschen gerade in den großen Städten gestoßen hat, herauszufinden. An diese Bereitschaft umzudenken, gilt es anzuknüpfen mit praktischen Beispielen und Aktionen.

Die Gruppenabende verbessern

Ein Großteil unserer politischen Arbeit ist Freizeitarbeit. Sie darf deshalb nicht einfach als sture Pflichterfüllung aufgefaßt werden. Das beginnt bei der Gestaltung unserer Gruppenabende. Solange nur große Politik, lange Referate und vorbereitete Diskussionsbeiträge auf dem Programm stehen, werden Interessenten nur schwer Zugang zur Gruppe finden, werden Initiativen nur selten zu größerem Elan angespornt werden. Bei der Vorbereitung und Durchführung unserer Gruppenversammlungen sollten die Verantwortlichen „medienbewußter“ als bisher ans Werk gehen und so oft wie möglich moderne Kommunikationsmittel, Dia-Serien, Tonbildschauen, Schallplatten und Filme, in die Gruppenarbeit einbeziehen. Lesungen von Mitarbeitern des Werkkreises Literatur der





Kein Platz für junge Leute. SDAJ Nürnberg fordert: Freizeitheime sollen für alle Jugendlichen offen sein.

„Nürnberg erfreut sich“ – in teuren Beatschuppen. „Strahlende Kinder malen“ – in einer Musterschule. Solches ist zu lesen und zu sehen auf der Schau „Noricama“. Aber wir erfreuen uns gar nicht, denn: In Nürnberg gibt es ganze fünf Freizeitheime. Und die sind – nach Stadtjugendpfleger Hoefel – auch bloß provisorisch. Sie haben höchstens einige hundert Plätze. Aber es gibt mindestens 50 000 Jugendliche in Nürnberg. Noch nicht einmal ein Prozent kommt unter. Die anderen 99 Prozent? Die gehen eben in teure und stumpfsinnige Beatschuppen. Und „erfreuen“ sich da.

Viele von ihnen folgten am 17. Juli dem Aufruf der Nürnberger SDAJ zur Aktion „SDAJ ins Freizeitheim“.

Der Anlaß dieser Aktion war die entstandene Raumnöte durch die Stadtteilgruppengründung in Nürnberg Nord. Um unsere Gruppenabende nicht weiterhin in einer Kneipe abhalten zu müssen, wäre ein Raum im Freizeitheim auf der Burg die einzige Möglichkeit. Das Freizeitheim, eine Einrichtung der Stadt Nürnberg, soll für alle Jugendlichen, ob organisiert oder nicht, frei zugänglich sein. Die Stadt Nürnberg stellt selbst der neofaschistischen „Deutschen Jugend des Ostens“ einen Raum in ihrem Freizeitheim zur Verfügung.

Die Leiterin des Freizeitheimes, Frau Ries-

beck, versicherte auf Anfrage eines SDAJ-Mitgliedes, daß mittwochs noch ein Raum frei wäre. Allerdings hätte dies Herr Hoefel noch zu genehmigen – aber dieser verweigerte ohne Begründung. Auch die Antwort auf ein Schreiben seitens der SDAJ an den Oberbürgermeister der Stadt fiel negativ aus. Es wäre kein Raum frei, und alle Gruppen gehören anerkannten Jugendverbänden an, die Mitglieder im Kreisjugendring sind. Zitat: „Zu ihren Zielvorstellungen gehört keine einseitige parteipolitische Ausrichtung ihrer Mitglieder.“ Herr Hoefel und der Unterzeichner des Briefes, Herr Glaser, haben vielleicht unsere Satzung nicht gelesen, sonst könnten sie solches wohl nicht behaupten. Eine weitere Behauptung im Antwortschreiben: Die Gruppen im Freizeitheim lehnten die SDAJ ab. Wahr ist, daß der Nürnberger Kreisjugendring auf seiner Vorstandssitzung am 14.6.1971 einstimmig die SDAJ wie folgt unterstützte: „Auch wenn die SDAJ nicht als Mitgliedsverband aufgenommen wurde, unterstützen wir deren legitime Forderung nach einem Jugendraum.“

Ebenso unterstützen uns der Kreisjugendausschuß des DGB, die Jungsozialisten, der Bund für Geistesfreiheit, der Jugendrat der Stadt Nürnberg, die evangelische Jugend, die DJ 1. 11., die Stadträte Borger (SPD) und Fink (DFU). Die Fragwürdigkeit dieser Nürnberger Jugendpolitik verdeutlichen wir in einem Flugblatt, welches wir vor und zur Aktion verteilten.

Zwischen den Liedern der Nürnberger Songgruppe wurden Kurzreferate gehalten, die die Rolle der SDAJ in der Arbeiterjugendpolitik klar herausstellten. Bei der dabei durchgeführten Unterschriftensammlung unterstützten viele Nürnberger Bürger sowie Touristen unsere Forderung.

Daß die verteilten Einladungen zu Kurzfilmen und einer Big Party Anklang fanden, war an den vollbelegten SDAJ-Räumen, der Stimmung und der Getränkekasse erkennbar.

Elisabeth Wittmer, SDAJ-Nürnberg

Arbeitswelt und anderen sozialistischen Autoren, Beiträge von Song-, Agitprop- und Straßentheatergruppen gestalten das Programm lebendiger als üblich und erleichtern die Diskussion und die Klärung von Standpunkten. Selbst in der Bildungs- und Schulungsarbeit lassen sich mit Gewinn Lieder, Gedichte oder Filme einbeziehen.

Eine Gruppe wächst meistens erst dann zu einem arbeitsfähigen und dauerhaften Kollektiv zusammen, wenn sie über die politische Tätigkeit, über Gruppenabende und Aktionen hinaus ein eigenes Gemeinschaftsleben, ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt, das jeden einzelnen in seiner politischen und moralischen Haltung bindet. Dazu bietet die gemeinsame Freizeitgestaltung reichhaltige Möglichkeiten: angefangen von kameradschaftlichen Sport- und Fußballveranstaltungen bis hin zu gemeinsamen Wochenendausflügen, die sich ohne Krampf auch mit einem politischen Seminar, gegebenenfalls auch am Strand oder auf einer Wiese, verbinden lassen. Die Seeuferaktionen der Münchener DKP und SDAJ haben sogar gezeigt, daß Spaß und politische Aktionen keine unvereinbaren Größen sind. Das gilt doppelt für gemeinsam erlebte und gestaltete Ferien.

Wenn geeignete Räume fehlen

Der Jugend und vor allem der Arbeiterjugend wird überall das Recht auf eine selbstbestimmte Freizeitgestaltung verwehrt. Jugendliche, die in ihrer arbeitsfreien Zeit im wörtlichsten Sinn auf der Straße herumlungern, gehören zum imperialistischen Alltag besonders der Mittel- und Kleinstädte. Überall fehlt es den Jungen und Mädchen an geeigneten Räumen, nicht nur für die Durchführung politischer Veranstaltungen, sondern allgemein an Kontaktzentren, an Treffpunkten und Räumlichkeiten für Tanz- und Unterhaltungsabende. Die Jugendorganisationen sollten sich an die

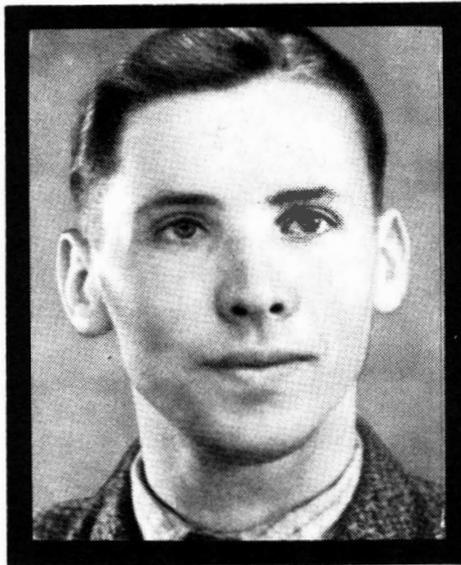


In Nürnberg und anderswo: Kein Platz für junge Leute.

»ICH RUFE DIE JUGEND DER WELT!«

JUNGE SPORTLER GEGEN HITLER

Heinz Kapelle, ein Arbeitersportler aus Berlin; vor 30 Jahren wurde er von den Nazis ermordet. Seine letzten Worte: „Es lebe die Kommunistische Partei.“



August 1936: Die XI. Olympischen Spiele werden von Adolf Hitler in Berlin eröffnet. Der „Führer“ hatte die „Jugend der Welt“ gerufen. Hitler mißbrauchte die Spiele, um das außenpolitische Renommee des faschistischen Deutschlands aufzupolieren. Schon damals wiesen antifaschistische Sportler auf die Verlogenheit der Nazis hin. 1939 dann, als die Faschisten den Weltkrieg entfesselten, tauchte die Parole „Ich rufe die Jugend der Welt“ erneut in Berlin auf. Junge Arbeiter und Sportler um den Buchdrucker Heinz Kapelle schrieben in illegalen Flugblättern unter dieser Losung: „Anstatt mit Speer, Fußball, Diskus sollen wir jetzt den jungen Menschen mit den grausamsten Mordmaschinen gegenüberreten.“ Welch ein Mut gehörte dazu, diese anklagenden Worte zu verbreiten! Karl Heinz Jahnke untersuchte für elan die Geschichte der Berliner Sportler und Jungkommunisten, die den antifaschistischen Kampf führten. Ihre Heldentaten, die nicht im olympischen Geschichtsbuch für München 1972 erwähnt werden, sollen unvergessen sein.

Am 1. Juli 1941 wurde von den Zeitungen des Hitlerregimes und durch öffentlichen Aushang folgende Nachricht verbreitet:

„Bekanntmachung
Der am 20. Februar 1941 vom Volksgerichtshof wegen landesverräterischer Feindbegünstigung und Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilte 27 Jahre alte

Heinz Kapelle aus Berlin ist heute hingerichtet worden.
Berlin, den 1. Juli 1941
Der Vorsitzende des Volksgerichtshofes“

Am frühen Morgen, gegen 5 Uhr, war im Zuchthaus Berlin-Plötzensee die Hinrichtung erfolgt. In den erhalten gebliebenen Nazijustizakten finden wir die folgende Eintragung über die letzten Minuten des Lebens von Heinz Kapelle:

„Während der Vorführung rief der Verurteilte auf dem Wege... zum Vollstreckungsraum laut: ‚Es lebe die Kommunistische Partei!‘ Angeklagter rief nach der Übergabe an den Scharfrichter nochmals mit lauter Stimme: ‚Es lebe die Kommunistische Partei!‘“

Die Ermordung von Heinz Kapelle erfolgte einige Tage nach dem heimtückischen Überfall des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion. Die deutschen Kommunisten hatten entsprechend der Orientierung ihres Zentralkomitees dieses Verbrechen mit verstärktem antifaschistischen



Widerstand gegen die Hitlerdiktatur beantwortet. Die weitere Verschärfung der faschistischen Terrormaßnahmen einschließlich der öffentlichen Bekanntgabe von Hinrichtungen sollte der Einschüchterung und Drückung des Widerstandes dienen. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Statt dessen wurde trotz größter Geheimhaltung bekannt, wie Kommunisten und andere mit ihnen zusammenwirkende Antifaschisten bis zur letzten Stunde ihres Lebens ihren Henkern ungebrochen gegenüberstanden und mutig das Recht und die Pflicht zum Widerstand bis zum Sturz der faschistischen Diktatur verteidigten. Ihr Kampf wurde zum Beispiel und Symbol zahlreicher anderer Antifaschisten, die an die Stelle der Ermordeten traten.

Ein Arbeitersportler aus Berlin

Heinz Kapelle war im Berliner Arbeiterbezirk Neukölln aufgewachsen. Verbindung zur revolutionären Arbeiterbewegung erhielt er im Arbeitersportverein „Fichte“. Schon als Schuljunge und später als Buchdruckerlehrling gehörte Heinz Kapelle der Ringersparte an. Hier lernte er junge Kommunisten näher kennen und schätzen. 1931 wurde er selbst im Alter von 18 Jahren Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes (KJVD). An Aktionen gegen die Faschisten nahm er aktiv teil. 1934 wurde deshalb das erste Mal verhaftet. Ihm und anderen Mitgliedern des KJVD wurde wegen der Verbreitung illegaler antifaschi-

stischer Zeitungen, u.a. der „Neuköllner Sturmflamme“, der Prozeß gemacht. Das Urteil für Heinz Kapelle lautete: 2 Jahre Gefängnis. Als er im März 1936 wieder entlassen wurde, stand er unter verstärkter Polizeiaufsicht. In seinem Beruf als Buchdrucker bekam er keine Anstellung. Er mußte im Tiefbau arbeiten. Mit viel Mühe gelang es ihm erst im Jahre 1938, wieder in seinem Beruf in der kleinen Druckerei Albin Zeh in der Schönhauser Allee in Berlin tätig zu sein.

In der Zwischenzeit war es der illegalen Parteiorganisation der KPD in Neukölln bereits gelungen, Kontakt zu Heinz Kapelle aufzunehmen und ihn wieder in die Arbeit einzubeziehen. Der immer deutlicher sichtbar werdende Kurs Hitlerdeutschlands auf die Vorbereitung und Entfesselung eines imperialistischen Krieges beinhaltete auch die verstärkte Militarisierung der Jugend.

Die KPD hatte bereits 1935 auf ihrer Brüsseler Parteikonferenz alle Antifaschisten dazu aufgefordert, der vom Hitlerregime am meisten mißbrauchten und irreführenden jungen Generation Hilfe und Unterstützung zu gewähren. Zu den vielfältigen Bestrebungen illegaler Parteiorganisationen der KPD zur Verteidigung der Lebensinteressen der Jugend und ihrer Einbeziehung in die Widerstandsbewegung gehörte, daß 1938/39 in Berlin-Neukölln eine illegale antifaschistische Jugendgruppe entstand, die mit etwa 60 Mädchen und Jungen aus den Stadtbezirken Neukölln, Kreuzberg, Tempelhof und Treptow in

Kontakt stand. Es handelte sich hierbei neben Angehörigen des KJVD und aktiven Fichte-Sportlern um Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und katholischer Jugendgruppen. An der Spitze der Organisation standen die beiden Jungkommunisten Heinz Kapelle und Erich Ziegler.

Eine illegale Druckerei

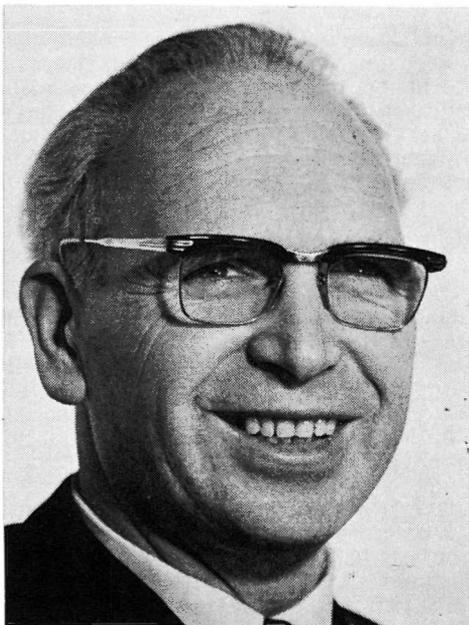
Schritt für Schritt hatten sie die Verbindungen geknüpft. In einzelnen Betrieben, u.a. in der Maschinenfabrik Steffens & Nölte in Tempelhof, in der Radiofabrik Lorenz und im Daimler-Werk in Marienfelde, waren feste Stützpunkte geschaffen worden. Heinz Kapelle hatte in seinem Betrieb ebenfalls Ausschau nach Gleichgesinnten gehalten. Es gelang ihm, den Sozialdemokraten Kurt Düttchen, der bereits aktiv gegen den Faschismus gekämpft hatte und deshalb vom Dezember 1933 bis Februar 1937 im Zuchthaus Brandenburg inhaftiert war, sowie das Mitglied der SAJ, Hans Großmann, für die Teilnahme am Kampf gegen das Hitlerregime zu gewinnen.

Kurt Düttchen, der auf Grund seiner guten Fachkenntnisse erster Drucker im Betrieb war, leistete für die gesamte Widerstandsorganisation wertvolle Arbeit, indem er im Betrieb die Einrichtung einer illegalen Druckerei ermöglichte. Das Ehepaar Ziegler unterhielt im Auftrag der Partei zwei Leihbüchereien. So konnten die Zusammenkünfte der Leitung der Organisation

»ICH RUFE DIE JUGEND DER WELT!«

JUNGE SPORTLER GEGEN HITLER

Erich Ziegler – er überlebte die Hölle des Zuchthauses. Der Mitkämpfer von Heinz Kapelle ist heute stellvertretender Parteivorsitzender der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW). Aus der Stadt Heinz Kapelles grüßt Erich Ziegler die elan-Leser: „Möge der Kampf Heinz Kapelles der jungen Generation Beispiel und Vorbild sein.“



Mit alle dem was, dem wir die Welt, in der Krieg Kapelle lebt und kämpfte, viele Junge. Möge der Kampf Heinz Kapelles der jüngeren Generation Beispiel und Vorbild sein
Erich Ziegler

gut abgesichert werden. 1939 gelang es, einen direkten Kontakt zwischen Heinz Kapelle und einer Instrukteurin des ZK der KPD herzustellen, die illegal aus dem Ausland nach Berlin gekommen war. Neben mündlichen Informationen übergab sie Heinz Kapelle antifaschistisches Material, u.a. die Resolution der Berner Parteikonferenz der KPD, Materialien des XVIII. Parteitag der KPdSU und mehrere Exemplare der „Roten Fahne“ und der „Jungen Garde“.

Auf der Grundlage dieser Orientierung führte die Gruppe Schulungen durch und trat im Sommer 1939 mit zwei Flugblättern an die Öffentlichkeit. Als Antwort auf die Kriegsvorbereitungen des faschistischen Deutschlands und seiner Verbündeten verbreiteten sie in der Nacht vom 8. zum 9. Juni 1939 das Flugblatt

„Deutschlands und Italiens Jugend will Frieden mit allen Völkern der Welt!“ Sieben Wochen später, in der Nacht vom 28. zum 29. Juli, verteilten die jungen Antifaschisten das ebenfalls von ihnen ausgearbeitete und vervielfältigte Flugblatt

„Was soll aus Deutschland werden?“ In beiden Dokumenten wird nachgewiesen, daß die faschistische Kriegspolitik mit den Wünschen und Zielen der jungen Generation unvereinbar ist. Am Ende des zweiten Flugblattes heißt es als Fazit der Überlegungen:

„Hitler muß verschwinden, wenn unser Volk, unsere Jugend leben will. . . wenn Deutschland nicht untergehen soll.“

Erinnerung an die Olympiade: „Ich rufe die Jugend . . .“

Unmittelbar nach der Entfesselung des zweiten Weltkrieges durch das faschistische Deutschland wandte sich die Gruppe erneut an die Öffentlichkeit. In der Nacht vom 8. zum 9. September 1939 verteilten sie in mehreren hundert Exemplaren das von ihnen selbst angefertigte Flugblatt: „Ich rufe die Jugend der Welt“. Sie klebten es an Litfaßsäulen, legten es in Straßenbahn- und Omnibushaltestellen, in Telefonzellen und in S-Bahnzüge. Neun Tage nach dem Überfall auf Polen mischte sich in die faschistischen Sondermeldungen die Stimme des anderen, des wahren Deutschlands, die zur Vernunft, zur Beendigung des Krieges mahnte.

Die Überschrift des Flugblattes knüpfte an die Propaganda des Hitlerregimes während der 1936 in Berlin durchgeführten Olympiade an. Tausende Plakate mit dem Bild Adolf Hitlers und der Losung „Ich rufe die Jugend der Welt“ waren im In- und Ausland verbreitet worden. An diese Tatsache und die demagogischen Reden der faschistischen Führer während der Olympiade knüpften die jungen Antifaschisten um Heinz Kapelle an.

„Es ist noch gar nicht so lange her, daß diese sechs Worte aus dem Olympiastadionverklungen sind. Junge Berliner und junge Berlinerinnen, gedenkt ihr noch des ehrlichen und sportlichen Wettkampfes mit jungen Engländern, Franzosen, Polen und vielen anderen? Wieviel hat sich nun mit einem Male an dem friedlichen Streben geändert? Diese unsere jungen lachenden Sportfreunde, Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge sollen plötzlich allesamt unsere

verhaßtesten Feinde sein? Wir sollen jetzt, anstatt mit Speer, Fußball, Diskus usw. diesen jungen Menschen mit den grausamsten und fürchterlichsten Mordmaschinen gegenüberzutreten. Alle jene, die uns gar nichts getan haben, sollen wir grundlos ermorden? Jawohl, grundlos! Es gibt nichts in der Welt, was dieses neue wahnwitzige Verbrechen irgendwie rechtfertigen könnte.“

Nicht nur am Beispiel der Olympiade, sondern auch der Außenpolitik des Hitlerregimes, an der Haltung gegenüber dem spanischen, österreichischen und tschechoslowakischen Volk bewiesen die Jungkommunisten die bewußte Irreführung und den Betrug des deutschen Volkes durch die faschistischen Machthaber. Gleichzeitig gaben sie auch eine Antwort darauf, warum der Krieg entfesselt wurde. Sie deckten den Zusammenhang zwischen Krieg und imperialistischen Macht- und Profitstreben auf.

„Jetzt hat der ‚Führer‘ das deutsche Volk und die deutsche Jugend auf den Weg gebracht, der zur Katastrophe führt. Hitler will das Blut der deutschen Nation opfern wegen der Machtgier der wenigen großdeutschen Großkapitalisten. Überlegt einmal, was die deutschen Rüstungskönige am Weltkriegsblut verdient haben mögen? Am spanischen Blut? Am tschechischen Blut? Deutsche Jugend, an Deinem Blut wollen sie wieder verdienen! Das soll und darf nicht sein.“

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wird zum Widerstand gegen die faschistische Kriegspolitik aufgerufen.

„Setzt den Kriegstreibern überall schärfsten Widerstand entgegen. Berliner Mädels! auf Euch kommt es an. Weigert Euch, Munition herzustellen. Je schneller Ihr handelt, desto kürzer ist der Krieg. Denkt an unsere 2 Millionen toten Väter und Brüder des Weltkrieges. Das darf niemals wieder soweit kommen! Nur der Sturz Hitlers und seiner Kriegstreiberbande bringt den Frieden!“

Schnelle Antwort an Hitler

Nach der Annexion Polens durch den deutschen Imperialismus trat Adolf Hitler vor dem Reichstag auf und begründete weitere territoriale Forderungen des deutschen Monopolkapitals, insbesondere das Streben nach Kolonien. Wie in allen Betrieben mußten auch die Angehörigen der Druckerei Zeh die „Führerreden“ gemeinsam hören. Noch während Hitler sprach, meldete sich Heinz Kapelle bei dem ersten Drucker, bei Kurt Düttchen, krank und begann, ein Flugblatt zu verfassen, in dem auf die Rede Hitlers geantwortet werden sollte. Das von ihm entworfene Flugblatt wurde in der Leitung der Widerstandsgruppe diskutiert und dann in derselben Nacht von Heinz Kapelle und Hans Großmann in der Druckerei hergestellt.

Drei Tage nach der Ansprache Hitlers, am 9. Oktober, verbreiteten die mutigen jungen Antifaschisten das Flugblatt

„Kolonien – die neue Kriegsparole Hitlers“

Hierin heißt es:

„Kaum ist der Geschützdonner in Polen verklungen, da stellt der falsche Führer durch seine letzte Rede die deutsche Ju-



1. September 1939: Die Nazi-Wehrmacht überfällt Polen. Kurz darauf erscheinen die Flugblätter von Heinz Kapelle und seinen Freunden. Sie fordern auf zum Kampf gegen den Krieg: „Ich rufe die Jugend der Welt.“ (oben) – Am 21. Februar 1941 verurteilt Hitlers Volksgerichtshof Heinz Kapelle zum Tode (Foto von 1944).



gend und das deutsche Volk von neuem vor die Schrecken und Grausamkeiten des nächsten Krieges. „Entweder Kolonien oder Krieg!“ Das ist es also, was das dritte Reich seiner Jugend zu bieten hat. Krieg – Elend – Not – erhöhte Steuern, das sind die Meilensteine des Nationalsozialismus.“

Mit diesem Flugblatt wandten sie sich direkt an die Angehörigen der HJ und des BDM und forderten diese auf, darüber nachzudenken, was der Hitlerfaschismus bisher dem deutschen Volk und seiner Jugend gebracht hatte. Beide Flugblätter sind anschauliche Beweise für den unterschiedenen Kampf deutscher Kommunisten gegen den vom deutschen Imperialismus entfesselten zweiten Weltkrieg. Entsprechend der Orientierung des ZK der KPD verstanden sie es überzeugend, in einer jugendgemäßen Sprache den imperialistischen Charakter des Krieges und die Jugendfeindlichkeit dieser Politik aufzudecken.

Die Gestapo schlägt zu

Am 16. Oktober 1939 gelang es der Gestapo, die antifaschistische Gruppe in der Druckerei Zeh aufzudecken. Heinz Kapelle, Kurt Düttchen und Hans Großmann wurden verhaftet. Kurze Zeit darauf erfolgte die Festnahme von Erich Ziegler und seiner Frau. Einige Wochen später wurde der Jungkommunist Kurt Ende inhaftiert. Der Gestapo war bekannt, daß die Festgenommenen einer größeren Widerstandsorganisation angehörten. Mit allen Mitteln wurde versucht, Aussagen zu erzwingen, um weitere Verhaftungen vornehmen zu können. Aber alle Mittel faschistischen Terrors blieben gegenüber der Standhaftigkeit der jungen Antifaschisten erfolglos. Mehr als ein Jahr war seit der Verhaftung vergangen, als die Gestapo feststellen mußte.

„Die erneuten verschärften Vernehmungen des Kapelle und Ziegler waren ohne jedes Ergebnis... Nach Ansicht der Staatspolizeistelle Berlin sind Kapelle und Ziegler unter keinen Umständen zu einem umfassenden Geständnis zu bewegen.“

Am 21. Februar 1941 fand vor dem Volksgerichtshof der Prozeß statt. Heinz Kapelle wurde zum Tode, Erich Ziegler zu lebenslänglich Zuchthaus sowie die übrigen vier Angeklagten zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt.

Als letztes persönliches Zeugnis von Heinz Kapelle ist uns sein Abschiedsbrief an die Eltern überliefert: „Ich gehe jedenfalls ruhig und gefaßt diesen für manchen Menschen so schweren Gang. Vielleicht sind diese Zeilen, so wenige es auch sind, geeignet, um durch meinen Mut und meine innere Ruhe und Sicherheit auch Euch ein klein wenig Trost und Kraft zu geben, das Unabänderliche zu tragen. Ihr wißt, daß ich aufrichtig und ehrlich durchs Leben gegangen bin und bis zur letzten Stunde mir treu bleiben werde.“

Wenige Tage vor der Hinrichtung hatte Heinz Kapelle einem Mitgefangenen gegenüber geäußert:

„Was ich getan habe, weiß ich... Wofür ich es getan habe, weiß ich auch. Wer einmal auf diesem Wege ist, den wir gehen, für den gibt es kein Zurück mehr.“

Dr. Karl Heinz Jahnke



Betriebsverfassungsgesetz:

Aktionen gegen Regierungsentwurf

Zahlreiche Jugendkonferenzen der Gewerkschaftsjugend und anderer Arbeiterjugendorganisationen haben Beschlüsse gegen den reaktionären Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein neues Betriebsverfassungsgesetz gefaßt und zum Widerstand aufgerufen.

Obwohl die gewerkschaftlichen Forderungen an ein neues Gesetz von der Bundesregierung mißachtet wurden, plant der DGB-Bundesvorstand offenbar keine Kampfaktionen.

So hat sich nun auch der DGB-Bundesjugendausschuß entschlossen, die vorgesehene zentrale Aktion in Bonn (18./19. September) abzuwasen. Ob Aktionen erforderlich und durchführbar sind – das ist leidenschaftlicher Diskussionsgegenstand besonders unter den jungen Gewerkschaftern.

DGB-Kreisjugendausschüsse (wie Essen, Köln und Bochum) haben inzwischen ihre Forderung wiederholt: Zentrale Aktion gegen den Regierungsentwurf! In Essen solidarisierten sich 34 Jugendvertreter aus dem Metallbereich mit dieser Forderung und wandten sich an den DGB-Bundesjugendausschuß.

elan gibt die Möglichkeit zur Diskussion. Jugendvertreter, Jugendfunktionäre und Betriebs- bzw. Personalräte sagen hier, was sie vom Regierungsentwurf halten und wie sie zu Aktionen der Arbeiterjugend stehen (Funktionsangaben dienen nur der Information).

Renate Dahm, Neumünster, Vorstandsmitglied des DGB-Kreisjugendausschusses

Jugend zu wenig berücksichtigt

Der Regierungsentwurf berücksichtigt meiner Meinung nach die jungen Arbeitnehmer zu wenig. Man hat den Eindruck,

als wenn die Probleme, die gerade den jungen Arbeitnehmer im Betrieb beschäftigen, auch weiterhin mit großen Schwierigkeiten zu bewältigen sind. Es sollten öffentlichkeitswirksame Aktionen organisiert werden.

Als Aktionsmöglichkeiten würde ich vorschlagen: Podiumsdiskussionen mit Vertretern, die dem Regierungsentwurf zustimmen, DGB-Vertretern und Betriebsräten. Als Ein-

WIR SCHAFFEN DIR DEINEN PROFIT, UND DU FRISST ALLES ALLEINE AUF! SCHLUSS JETZT, WIR FORDERN UNSEREN ANTEIL!



führung ein Referat, worum es eigentlich geht, weil sehr viele Arbeitnehmer nicht einmal das geltende Gesetz kennen.

Detlef Holste, Bielefeld, Mitglied des Bezirksvorstandes Ostwestfalen der Sozialistischen Jugend Deutschlands – „Die Falken“

Einheitliche Aktion im Vordergrund

Tatsächlich erfüllt der Regierungsentwurf keinesfalls die wesentlichen Punkte, die im Interesse der arbeitenden Jugend an ein BetrVG gestellt werden. Ob dieses überhaupt im Rahmen eines BetrVG möglich ist, soll jetzt nicht behandelt werden. Es ist jedenfalls sorgsam darauf geachtet worden, daß die Monopolstellung der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern (in Unternehmerhänden) progressive Änderungen im Sinne der arbeitenden Jugend unmöglich macht.

Wir sollten versuchen, hier in anschaulicher und verständlicher Weise öffentlichkeitswirksam zu werden.

Möglich wären Informationsstände, Veranstaltungen und der Versuch der Publizierung

durch die Lokalpresse. Die Arbeit in den Betrieben ist sehr wichtig. Vertrauensleutekörper und Betriebsrat sollten, wenn möglich, interessiert werden.

Der Versuch einer einheitlichen Aktion der Gewerkschaftjugend, der SDAJ, Falken u.a. sollte im Vordergrund stehen. Ich hoffe auf einen Erfolg!

Monique Broquard, Sulzbach, Landesjugendleiterin der Naturfreundejugend Saar

Zu Gunsten der Arbeiterjugend

Dieser Entwurf ist nach meiner Meinung nicht geeignet, die Forderungen der arbeitenden Jugend gegenüber dem Arbeitgeber durchzusetzen. Beispiel: Genau festgelegt werden muß Kündigungsschutz für Jugendvertreter und Streikrecht für Lehrlinge. Dieses neue BVG soll endlich zu Gunsten der arbeitenden Jugend verabschiedet werden und nicht zu Gunsten der Arbeitgeber.

Nur durch gemeinsame Aktionen der Arbeiter und der Arbeiterjugend können unsere Forderungen durchgesetzt werden. Diese Aktionen sollen von Gewerkschaften, Juso, Jung-De-

arbeitenden Jugend

mokraten, SDAJ, Naturfreunde usw. unterstützt werden. Einen Sternmarsch auf Bonn halte ich für eine gute Möglichkeit. Überall sollen Informationsabende für das BVG gehalten werden. Demonstrationen der Arbeiterjugend, Aufklärung vor Betrieben, Unterschriften-sammlungen.

ebenfalls vom Tisch gewischt wurden. Darum haben fast alle Jugendkonferenzen der Gewerkschaften die Worte des DGB-Vorsitzenden Vetter vom „erbitterten Widerstand“ gegen diesen Gesetzentwurf aufgegriffen und in ihren Beschlüssen Aktionen in der Öffentlichkeit gefordert. Wenn auch manche

Helmut Häring, Herdecke, 1. Vorsitzender des Ortsjugendausschusses der IG Metall Hagen

Nicht nur Jugend

Der Entwurf der Bundesregierung erfüllt keinesfalls die Forderungen der arbeitenden Jugend, sondern zementiert nur Bestehendes. Es müssen unbedingt öffentlich-wirksame Aktionen gegen diesen Entwurf mobilisiert werden.

Als Aktionsmöglichkeit ist an erster Stelle ein Sternmarsch auf Bonn zu nennen.

Dieser Sternmarsch darf jedoch nicht nur von der Jugend allein gestaltet werden, sondern muß die gesamte Arbeiterschaft umfassen.

Da der Bundesjugendausschuß des DGB es jedoch abgelehnt hat, Aktionen stattfinden zu lassen, müssen wir in den Einzelgewerkschaften wirken, um diese Aktionen zu veranlassen. Entsprechendes wird bei uns in Hagen bereits gemacht.



Alfred Gleim, Dortmund, Betriebsrat

„Erbitterter Widerstand“

Grundlage dieses Regierungsentwurfes ist das Bemühen, die von ihren Kollegen im Betrieb gewählten Sprecher von der Interessenvertretung der Belegschaft fernzuhalten. Kennzeichnend sind die Behinderung der Zusammenarbeit der Betriebsräte mit der Gewerkschaft und die Verpflichtung zu einer „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ mit den Betriebsbossen. Die Unternehmensleitungen erhalten sogar die Möglichkeit, mit dem § 74 jede ihnen unliebsame Betriebsratsstätigkeit zu untersagen. Der Betriebsrat soll völlig zum Ausführungsorgan für einen reibungslosen Produktionsablauf im Interesse der Profitvermehrung werden. Hinzu kommt noch, daß die wichtigsten Forderungen für die Stellung der Jugendvertreter

DGB-Funktionäre mit falscher Rücksicht auf die Regierung davor zurückscheuen, werden sich doch viele Gewerkschaftsmitglieder nicht davon abhalten lassen, die Ankündigung des DGB-Vorsitzenden Praxis werden zu lassen. Schöne Worte allein genügen eben nicht, um mehr Rechte für die Arbeiterklasse zu erhalten.

„Zentrale Aktion“

Nach Redaktionsschluß erreichte uns eine Solidaritätserklärung der Hoesch-Westfalenhütte-Jugendvertretung in Dortmund, mit der die Aktionsforderung der Essener Kollegen unterstützt wird. Außerdem machen die Hoesch-Jugendvertreter einen konkreten Vorschlag: „Wir schlagen vor, am 16. Oktober 1971 – sechs Tage vor der 2. und 3. Lesung der Betriebsverfassungsgesetze im Bundestag – eine zentrale Aktion durchzuführen.“

Resolution der Tagung mit Vertretern aus den Lehrlingszentren in Nordrhein-Westfalen am 17. 7. 1971 im DGB-Haus, Düsseldorf (einstimmig angenommen)

Alle Kraft gegen Regierungsentwurf!

Wir verurteilen aufs schärfste, daß der Bundesjugendausschuß (BJA) des DGB beschlossen hat, die geplante zentrale Veranstaltung in Bonn gegen den Betriebsverfassungsgesetzentwurf nicht mehr durchzuführen.

Wir halten die auf der BJA-Sitzung vorgebrachten Argumente nicht für stichhaltig. Wer sagt, es sei ohnehin alles gelaufen, verschenkt in unverantwortlicher Weise alle Möglichkeiten, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten. Wir sehen in diesem Beschluß eine falsche Rücksichtnahme auf die SPD-geführte Bundesregierung. Wenn diese Regierung nicht die Interessen der Arbeitnehmer vertritt, ist es die natürliche Aufgabe der Gewerkschaften, weiterhin für die Durchsetzung der berechtigten Interessen der Arbeitnehmer zu kämpfen und nicht, sich jetzt zurückzuhalten.

Ebenso abzulehnen ist das Argument, die Jugend solle nicht Vorreiter sein. Einmal ist es falsch zu behaupten, die Erwachsenenorganisation sei gegen einen Sternmarsch. Zahlreiche Gewerkschaftsgremien

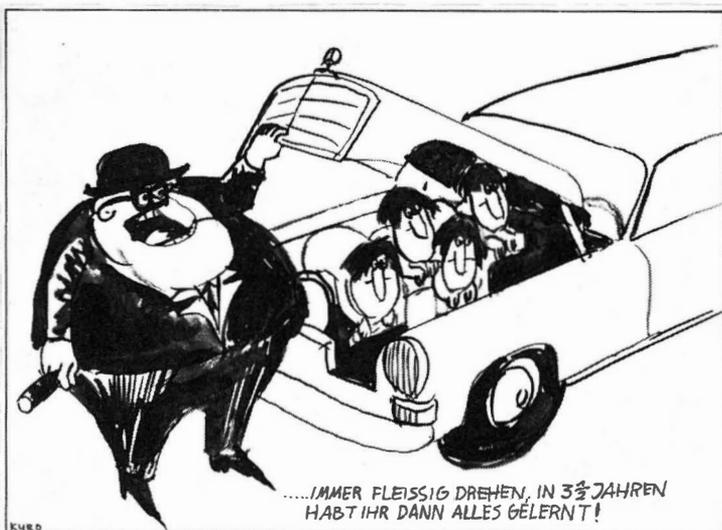
(z.B. der DGB-Kreis Göttingen und die Landesbezirkskonferenz NRW der IG Druck und Papier) haben einen Sternmarsch auf Bonn gefordert. Franz Woschek sagte auf der Bundesjugendkonferenz der IG Metall, die Jugend müsse den schlafenden Riesen DGB aufwecken. Wenn das nicht nur Proklamationen sind, die die kritische Gewerkschaftsjugend besänftigen sollen, muß das endlich geschehen. Und dabei steht dem Bundesjugendausschuß gewiß eine Vorreiterrolle zu.

Wir begrüßen, daß der Landesjugendausschuß (LJA) des DGB NRW bereits diesen BJA-Beschluß abgelehnt hat.

Wir fordern die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Bundesjugendausschuß-Sitzung, auf der der Beschluß gegen die Bonner Veranstaltung rückgängig gemacht wird. Wir fordern einen Sternmarsch am Samstag vor der zweiten Lesung des BVG-Entwurfs. Geschieht das nicht, macht der BJA die gesamte Gewerkschaftsjugend unglaubwürdig.

Wir fordern den Landesjugendausschuß auf, von sich aus Initiativen zu ergreifen, doch noch zu solch einer zentralen Veranstaltung in Bonn zu kommen.

Außerdem muß der LJA lokale Aktivitäten - anregen. Es muß alle Kraft der gewerkschaftlichen Organisation aufgewandt werden, um diesen gewerkschafts- und arbeitnehmerfeindlichen BVG-Entwurf vom Tisch zu bringen.



100 DM mehr für jeden Lehrling

Lehrlingsforderung an Metall-Tarifrunde



Die entscheidende Auseinandersetzung dieses Jahres um die Erhöhung der Löhne von Stahlarbeitern und Lehrlingen hat begonnen! Am Freitag (6. August) beschloß die Vollversammlung der Vertrauensleute der Hoesch-Hüttenwerke AG – Werk Westfalenhütte – auf Initiative der Betriebsjugendvertretung, für alle Lehrlinge eine Erhöhung des monatlichen Entgeldes um 100,- DM zu fordern.

Norbert Hüwel, Vorsitzender der Betriebsjugendvertretung, begründete den Antrag: „Die

Jugendvertretung der Westfalenhütte ist der Auffassung, daß jeder Auszubildende in der heutigen Zeit das Recht hat, unabhängig vom elterlichen Geldbeutel leben zu können.

Hinzu kommt noch der Gewinn des Arbeitgebers durch die Produktionsarbeit in den Ausbildungsstätten und an den ausgebildeten Auszubildenden, so daß wir den Antrag für gerechtfertigt halten.“

Klar muß sich aber jeder darüber sein, daß sich diese Forderung nicht von selbst verwirklicht. Alles hängt davon ab, daß Lehrlinge und Jungarbeiter gemeinsam nun entschlossen für die Forderungen von Arbeitern (0,75 DM mehr pro Stunde) und Lehrlingen kämpfen. Wir müssen den Hoesch-Bossen klar machen, daß wir alle einig hinter dieser Forderung stehen und auch bereit sind, alles für ihre Durchsetzung zu tun.

1,7% besitzen 74%!

Gutachten stellt fest, daß die Reichen immer reicher werden

„Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“, „Sozialpartnerschaft“, „Wir sitzen alle in einem Boot“ – und wie die Unternehmerphrasen sonst noch heißen mögen, die sie uns seit Jahrzehnten anpreisen wie Sauerbier. Was davon zu halten

ist, wird durch ein Gutachten deutlich, das Dr. Siebke im Auftrage des Bundesarbeitsministeriums erstellt hat. Thema: Vermögensentwicklung in der Bundesrepublik. Obwohl die Untersuchung jetzt erscheint, ist sie nicht beson-

ders aktuell: Sie bezieht sich nur auf den Zeitraum bis zum 1.1.1966. Trotzdem sind die Ergebnisse – die sich in ihrer Tendenz seither nur verstärkt haben – interessant: Am 1.1.1966 verfügten in der Bundesrepublik 1,7 % der Bevölkerung über 74 % des Produktivkapitals. Fünf Jahre zuvor besaß die gleiche Bevölkerungsgruppe noch 70 %. Die Zahl der Vermögensmillionäre hat sich im gleichen Zeitraum von 14 000 auf 30 000 gesteigert. Das sind 0,114 % aller Haushalte, die sich auf Kosten der übrigen 99,886 % 54 % des gesamten Produktivkapitals angeeignet haben. Das ist das Ergebnis der vielgepriesenen

Marktwirtschaft, der auch die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung ewige Treue geschworen hat.

Dabei ist besonders zu berücksichtigen, daß diese hauchdünne Schicht von Superreichen nicht nur im Gold schwimmt, sondern auch die eigentliche politische Macht in der BRD ausübt. Sie sind es, die sowohl auf Schiller, als auch auf Strauß gesetzt haben. Wenn vom Gemeinwohl die Rede ist, dann ist ihr Wohl gemeint. Ihre Macht und die Macht des Staates sind zu einer Einheit verschmolzen (deshalb spricht man vom staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD).

Metaller gegen Lohnverzicht

Metallarbeiter geben Unternehmern klare Antworten

Was die Metaller in den Betrieben wirklich wollen, brachte eine Umfrage der Stuttgarter IGM-Bezirksleitung rechtzeitig zum Beginn der Lohnrunde ans Licht. Gleichzeitig war die Mitgliederbefragung eine wirkungsvolle Antwort auf eine antigerwerkschaftliche Unternehmer-Anzeigenkampagne.

235 383 (!) organisierte Metaller beantworteten die Umfrage ihrer Bezirksleitung. Hier die Fragen und Antworten:

1. Kann die persönliche Arbeitsleistung ohne Gesundheitsschädigung noch gesteigert werden?

95,55 % antworteten: Nein.

2. Gibt es stabile Preise, wenn die Industriellen ihren Gewinn ungeschmälert einstecken wollen?

95,33 % antworteten: Nein.

3. Wurde bisher der Export durch die tariflichen Lohnerhöhungen gefährdet?

94,65 % antworteten: Nein.

4. Soll die IG Metall 1971 konsequent die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Angestellten weiter verbessern?

95,14 % antworteten: Ja.

5. Werden durch Lohnverzicht die Arbeitsplätze in der Metallindustrie gesichert und garantiert?

96,06 % antworteten: Nein.

„Der Gewerkschafter“, Funktionsorgan der IG Metall, kommentiert die Umfrage mit den Worten: „Das ist die Meinung der Metaller. Sie ist klar, eindeutig und zielbewußt... Metaller lassen sich nichts vormachen. Sie wissen, daß die Unternehmer immer nur an sich und ihre Gewinne denken, wenn sie von der Sorge um das Wohl der Arbeitnehmer reden.“ Somit sind die Tarifkommissionen der IG Metall gut beraten, wenn sie die Umfrageergebnisse als Marschroute in der Lohnrunde 71 nutzen.

Neu Neu Neu Neu Neu Neu Neu Neu Neu Neu

Kleine Rote Reihe
Nr. 9

Blohm & Voss
Geschichte einer Werft -- Beispiel eines Rüstungsbetriebes

Verfasser: Autorenkollektiv St. Pauli-Werftauschluß
Redaktion: H.-Jürgen Alex, H.-Joachim Meyer, Werner Stürmann
70 Seiten, zus. 8 Bildseiten, Preis: DM 2,-

Kleine Rote Reihe
Nr. 3

Trotz alledem
Ein Liebknecht-Luxemburg-Report

32 Seiten, DM 1,-

Arbeiterjugend
kontra
Monopole

Eine Postkartensammlung mit Zeichnungen von Arno Ploog.
Preis: DM 1,-

Bestellungen:
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16

jugendpolitische blätter

Die arbeitende Jugend mobilisieren!

Einige Gedanken zur Zwischenbilanz des „Jahres des jungen Arbeitnehmers“ / Von Herwart Prudlo und Ulrich Sander

In den „Jugendpolitischen Blättern“ von elan Nr. 8/71 wurden Überlegungen zum ersten Teil der „Jugendpolitischen Forderungen der Gewerkschaftsjugend“ veröffentlicht. Hiermit legen wir einige kritische Gedanken zum Zwischenergebnis der Aktivitäten der Gewerkschaftsjugend im Jahr der arbeitenden Jugend vor. Die Überlegungen sollen Denkanstöße für die Diskussion geben, durch die die Gewerkschaftsjugend gestärkt werden kann.

Die Abteilung Jugend des DGB-Bundesvorstandes hat in einer Pressekonferenz eine Zwischenbilanz zum Jahr des jungen Arbeitnehmers vorgelegt. Gleichzeitig wurde der zweite Teil der Jugendpolitischen Forderungen der Gewerkschaftsjugend veröffentlicht, die in der DGB-Jugend Grundlage einer umfassenden Diskussion sein sollen (siehe elan 8/71).

In der Zwischenbilanz können Bundesausschuss und Abteilung Jugend auf zahlreiche Aussprachen über die Jugendpolitischen Forderungen hinweisen, auf die Verbreitung von Plakaten, Broschüren und Faltblättern, auf die verschiedensten Fragebogenaktionen sowie auf eine verstärkte, durch die Gewerkschaftsjugend ausgelöste Diskussion in anderen Jugendverbänden über die Forderungen der arbeitenden Jugend. Die Zahl der Lehrlingszentren hat sich auf 100 erhöht. Das alles zeigt zweifellos eine positive Entwicklung auf.

Ist man aber mit der Herausgabe neuer Materialien, mit Befragungen und Diskussionen bereits dem „wichtigsten Anliegen mit dem „Jahr des jungen Arbeitnehmers“, nämlich „die Politisierung und Mobilisierung der Jugendlichen selbst“, wie es auf der Pressekonferenz formuliert wurde, gerecht geworden? Sicher haben

viele Lehrlingszentren, gewerkschaftliche Jugendausschüsse und Gruppen der SDAJ im Jahr des jungen Arbeitnehmers unzählige Aktionen eingeleitet, bei denen noch abseits stehende Jugendliche nicht nur durch die Entgegennahme eines Flugblattes, durch die Beantwortung eines Fragebogens oder durch das Frankieren einer Bestellpostkarte mitwirkten, sondern direkt und demonstrativ für ihre Interessen handelten (Lehrlingsstreiks, Kongreß „Arbeiterjugend kontra Monopole“, Teilnahme an Rote-Punkt-Aktionen usw.). Leider fehlen in der Bilanz der Abteilung Jugend und des Bundesausschusses Hinweise auf zentrale und regionale Aktionen, in denen die arbeitende Jugend ihren Forderungen massiv und öffentlich Nachdruck verleihen kann. Nichts wurde gesagt zur Verwirklichung der im Jahr des jungen Arbeitnehmers gefaßten Beschlüsse über Kampffaktionen, z.B. gegen den reaktionären Betriebsverfassungsgesetzesentwurf der Bundesregierung. So hatte die Jugend der IG Metall auf ihrer 9. Jugendkonferenz einen zentralen Kongreß für Auszubildende sowie zentrale und regionale Großaktionen gegen den Regierungsentwurf verlangt. Aktionen beschlossen auch die jungen Postler auf ihrer 10. Bundesjugendkonfe-

renz. Vom DGB-Bundesvorstand muß man jetzt aber hören, daß das im Rahmen des Jahres des jungen Arbeitnehmers geplante Treffen von Betriebsjugendvertretern in Bonn gegen den Betriebsverfassungsgesetzesentwurf der Regierung abgeblasen werden soll (siehe auch Seite 16). Dem Willen der Delegierten der Bundesjugendkonferenzen der einzelnen Gewerkschaften und der Landesbezirksjugendkonferenzen des DGB wird man damit sicher nicht gerecht. Und von „Mobilisierung“ durch den Bundesvorstand und Bundesausschuss keine Spur.

In den Materialien der Abteilung Jugend des DGB wird sehr oft davon gesprochen, das Jahr des jungen Arbeitnehmers müsse „basisorientiert“ sein. Das ist eine richtige und wichtige Orientierung, wenn damit gemeint ist, daß der Lehrling und junge Arbeiter unmittelbar zum Kampf für seine Interessen gewonnen werden soll. Nur durch die Vermittlung von Klassenbewußtsein, durch die Mobilisierung der Massen an der Basis können Veränderungen erzielt werden. Aber die „Basisorientierung“, wie sie teilweise in der Gewerkschaftsjugend praktiziert wird, reduziert die Konflikte und Kampfziele auf den Bereich der unmittel-

baren Lebenserfahrungen des jungen Arbeiters. „Vietnam ist weit weg“, sagte ein DGB-Funktionär schon bei der Eröffnungspressekonferenz des Jahres des jungen Arbeitnehmers im Januar 1971. Den Jugendlichen muß aber bewußt gemacht werden, daß die Lösung ihrer unmittelbaren Probleme eng mit dem Kampf für politische Veränderungen und gegen den Imperialismus verbunden ist. Das Geld, das dem jungen Arbeiter in der Lohntüte und im Bildungswesen vorenthalten wird, macht den Imperialismus stark, um in Vietnam seine Aggression fortzusetzen und in der BRD verstärkt aufzurüsten. Keine jugendpolitische Forderung ist zu lösen, wenn nicht der Rüstungsetat kräftig gekürzt wird, wie es die Delegierten der jungen Metaller forderten. Und ohne Beiträge zur Erhaltung des Friedens in Europa und der demokratischen Grundrechte ist die Zukunft der jungen Generation sehr gefährdet.

Von diesen Grundüberlegungen, die am Beginn aller jugendpolitischen Forderungsprogramme stehen müßten, ist auch in Teil II der Jugendpolitischen Forderungen leider nicht die Rede. Mit diesem Teil II liegen jetzt die „Jugendpolitischen Forderungen der Gewerkschaftsjugend“ vollständig vor. Wer im Teil I bestimmte grundsätzliche Forderungen der jungen Generation vermißt und diese in Teil II erwartete, sieht sich jetzt enttäuscht. Während die Bundesjugendkonferenzen und Landesbezirksjugendkonferenzen der Gewerkschaften der grundsätzlichen Forderung nach einem Leben der Jugend im Frieden Nachdruck verliehen, indem sie die Ratifizierung und Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau verlangten (Druck und Papier), die völkerrechtliche Anerkennung der DDR forderten (Post, Metall) und den Völkermord in Vietnam und Aufrüstung und Militarismus verurteilten (Metall), wurden diese Gedanken nicht in das Papier der Gewerkschaftsjugend aufgenommen.

Während diese Konferenzen das Grundrecht der Jugend auf Demokratie und Mitbestimmung unterstrichen und das Verbot der NPD, die Entlarvung der Rechtsgefahr verlangten (Druck und Papier, Metall), den Ausschluß der DJO aus den Jugendringen befürworteten (Post, Metall), die Antikomunismus-Beschlüsse der SPD-Führung verurteilten (Druck und Papier, Metall) und die Aufhebung des KPD-Verbots forderten (Metall), werden diese Grundfragen zur Verbesserung der Lage der Arbeiterjugend im „Forderungen“-Papier nicht angesprochen.

Sollten hier „politische Höhenflüge“ vermieden werden, oder wurde gar im Interesse einer falsch verstandenen Rücksichtnahme auf die SPD-geführte Bundesregierung darauf verzichtet, notwendige Zusammenhänge aufzuzeigen? Hat die Scheu mancher Gewerkschaftsjugendfunktionäre, zu kämpferischen Aktionen aufzurufen, dieselbe Quelle wie der faule Kompromiß

im Tarifkampf der IG Chemie, die Loyalität zu rechten SPD-Politikern nämlich, welche nur das Interesse des Monopolkapitals im Auge haben? Vor einer solchen, die Unabhängigkeit der Gewerkschaften und ihrer Jugend gefährdenden Entwicklung ist zu warnen. Die Schwächung, und nicht die angestrebte Stärkung der Gewerkschaftsjugend wäre die Folge.

In dem gesamten jugendpolitischen Forderungskatalog fehlen neben wichtigen grundsätzlichen Darlegungen auch solche, im engsten Sinne jugendpolitische Forderungen, die Anlaß zu schärferen aktuellen Konflikten und Auseinandersetzungen geben könnten. So fehlt die Forderung nach einem neuen Berufsbildungsgesetz, es fehlt jeder Hinweis auf Lohnforderungen der arbeitenden Jugend, und man vermißt einen Abschnitt, der die Rechte der wehrpflichtigen Jugend sowie die Notwendigkeit des Kampfes gegen militaristische, revanchistische und völkerverhetzende Einflüsse und Bildungsinhalte behandelt. Auch zu diesen Bereichen haben die stattgefundenen Jugendkonferenzen wichtige Aussagen getroffen.

Das Jahr des jungen Arbeitnehmers ist noch nicht abgeschlossen. Der „Höhepunkt“ dieses Jahres, die 8. DGB-Bundesjugendkonferenz, liegt noch vor uns (sie tagt am 18./19. November in Dortmund). Die „Jugendpolitischen Forderungen“, die einmal ein Aktionsprogramm der Gewerkschaftsjugend werden könnten, sollten weiter diskutiert werden. Verbesserungs-

würdiges sollte verbessert, und Ergänzungsbedürftiges sollte ergänzt werden. Die Forderungen und Aktionen, die von der Gewerkschaftsjugend auf ihren Konferenzen demokratisch beschlossen wurden, sollten dabei die Grundlage sein.

Das gilt auch für die Diskussionsbeiträge über den Teil II der Forderungen. Darin werden Vorschläge zur Reform der Jugendhilfe und zur Reform des Bildungswesens gemacht. Einige Überlegungen über diesen zweiten Teil sollen in der nächsten Ausgabe der „Jugendpolitischen Blätter“ des elan vorgelegt werden.

Berichtigung

In dem Artikel „Zu den Jugendpolitischen Forderungen der Gewerkschaftsjugend“ in elan 8/71, S. 19 bis 21, haben sich zwei sinnentstellende Fehler eingeschlichen. Wir bitten, das zu entschuldigen.

1. S. 20, zweite Spalte unten: Statt „Allerdings“ muß es heißen „Dementsprechend laufen die einzelnen Ziele...“

2. S. 20, dritte Spalte, dritter Satz muß lauten: „Faktisch werden (ohne es konkret zu verlangen) Veränderungen der Allgemeinbildung gefordert, die ein spezifisches Berufsbildungsgesetz nach Ansicht der Verfasser dieses gewerkschaftsjugendpolitischen Programms überflüssig machen.“

Bücher für die Jugendarbeit

„Synopsis zur Betriebsverfassungsgesetz-Novelle“ (Der Kampf für eine fortschrittliche Betriebsverfassung muß weitergehen!), 24 Seiten mit den Vorstellungen der Bundesregierung und der Gewerkschaften sowie einem Kommentar zum Betr. VG. DM 1,50, Herausgeber: Nachrichten-Verlag, 6 Frankfurt am Main, Friedberger Landstr. 307

„Geschichtsforschung und Schulbücher“ (Referat des Vorsitzenden der VVN-Geschichtskommission in NRW), zu beziehen bei Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, 4 Düsseldorf, Kirchfeldstr. 149. –

„Was tun? Über die nächsten Aufgaben in der Jugendarbeit und in der Jugendpolitik“ – jugendpolitische Forderungen des Landesjugendrings Bremen, 33 Seiten, Herausgeber: Landesjugendring, 28 Bremen, Kalkstr. 6

30.1.1933 – Machtergreifung Hitlers – 30.1.1971 – Strauß-Guttenberg-Tribunal in Bonn – Verhindert eine neue Machtergreifung“ (Protokoll des gemeinsam von verschiedenen Jugend- und Studentenverbänden veranstalteten Tribunals), 35 Seiten, zu beziehen bei SDAJ Nordrhein-Westfalen, 43 Essen, Bersonstr. 11.

„Gewerkschaftsjugend im DGB gestern – heute – morgen“ von Dr. Roland Bach und Dr. Eva Georgi, erschienen im Tribüne-Verlag, dem Verlag des FDGB der DDR; in der Bundesrepublik zu beziehen über Brücken-Verlag, 4 Düsseldorf, Ackerstr. 3. – 230 Seiten, DM 6,70.

„Das Rechtskartell – Reaktion in der Bundesrepublik“, herausgegeben in der Schriftenreihe der Demokratischen Aktion von Harald Jung und Eckart Spoo, Carl Hanser Verlag München, Lizenzausgabe auch beim Röderberg-Verlag, 6 Frankfurt am Main, Schumannstr. 56, erhältlich, 165 Seiten.

„Vorschläge zur Neugestaltung des zivilen Ersatzdienstes“, herausgegeben von der Deutschen Friedensgesellschaft / IdK, 43 Essen, Limbocker Str. 8 – Preis DM 5,-

Bildschau mit Text über die „Sowjetunion-Reise 1970 der SDAJ“ Autor: Peter Schütt u.a., 2 Hamburg 20, Eppendorfer Landstr. 102

„Tatsachen, Argumente zu Westberlin“ (DfP Saar antwortet auf brennende Fragen), herausgegeben von Heinz Merkel, 66 Saarbrücken 3, Bleichstr. 18; (28 Seiten)

Jugend der Ostseeländer vereint

**Treffen in der DDR –
Gegen Nato und EWG, für Anerkennung der DDR**

Vertreter von Jugend- und Studentenorganisationen aus acht Ländern haben vom 11. bis 18. Juli 1971 im Rahmen der Rostocker Ostseewoche an einem Jugendtreffen der Ostseestaaten und Norwegens teilgenommen. Vertreten waren solche Organisationen wie der Demokratische Jugendverband Finnlands (SDNL), der Sozialdemokratische Jugendverband Norwegens (AUF), der Zentrumsjugendverband Schwedens (CUF), der Dänische Jugendrat (DUF, entspricht unserem Bundesjugendring), der Zentralverband der Sozialdemokratischen Jugend Finnlands (SNK), der Leninsche Komsomol der UdSSR, das allpolnische Koordinierungskomitee der Jugend (OKWOM), der Nationale Studentenverband Finnlands (SYL), der Liberale Jugendverband Finnlands und die Kommunistische Jugend Dänemarks (DKU). Gastgeber des Treffens in Graal-Müritz war die Freie Deutsche Jugend. Aus der BRD nahm die SDAJ teil.

Zum Abschluß der Beratungen wurde eine gemeinsame Erklärung der Teilnehmer verabschiedet, in der sie betonten, ihre Organisationen wollten entsprechend der Losung „Die Ostsee muß ein Meer des Frie-

dens sein“ ihre Kräfte im weltweiten Kampf für Frieden und Sicherheit, Demokratie, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt, gegen Imperialismus und Reaktion verstärkt einsetzen und vereinen. In der Erklärung wird die Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR und nach der Respektierung des besonderen politischen Status von Westberlin im Interesse erfolgreicher Westberlin-Verhandlungen unterstrichen. Die Organisationen treten für die Durchführung einer Konferenz europäischer Jugendorganisationen für Frieden und Sicherheit in Europa ein und wenden sich gegen die Bindung Dänemarks, Finnlands, Norwegens und Schwedens an die „monopolkapitalistische Wirtschaftsgruppierung EWG“.

In der bedeutsamen Erklärung, die von den wichtigsten Jugendverbänden der Ostseeländer getragen wird, heißt es wörtlich: „Im Interesse des Weltfriedens und einer glücklichen Zukunft für die Jugend des Ostseeraumes fordern wir, unverzüglich die Aggression des USA-Imperialismus und seiner Verbündeten in Indochina zu beenden sowie die USA-Truppen sofort aus

Vietnam, Laos und Kambodscha abzuziehen. Wir begrüßen und unterstützen die Vorschläge der revolutionären Regierung der Republik Südvietnam zur dauerhaften Friedensregelung in Indochina.

Unser konkreter Beitrag im antiimperialistischen Kampf der Völker wird darin bestehen, die reaktionären Kräfte des Monopolkapitals, des Revanchismus und Neonazismus sowie ihre imperialistische Strategie als Hauptgefahr für den Weltfrieden und den gesellschaftlichen Fortschritt zu entlarven und zu bekämpfen. Daher unterstützen wir die nationale Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika. Wir unterstützen das Friedensprogramm des XXIV. Parteitages der KPdSU, die Vorschläge der anderen sozialistischen und neutralen Staaten für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in Europa und auf allen Kontinenten, um überall den Imperialismus in die Schranken zu weisen.

Frieden und Sicherheit in Europa erfordern:

die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit der Staaten unseres Kontinents mit gegenseitigem Gewaltverzicht zur Verhinderung eines militärischen Konflikts zwischen dem aggressiven NATO-Pakt und den Staaten des Warschauer Vertrages und damit als einen wesentlichen Bestandteil des Ringens der Völker um den Weltfrieden;

Frieden und Sicherheit in Europa verlangen:

die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und ihre Aufnahme in die UNO und deren Spezialorganisationen;

Frieden und Sicherheit in Europa gebieten: die Respektierung aller europäischen Grenzen, wie sie im Ergebnis des 2. Weltkrieges entstanden sind, sowie die Ratifizierung der Verträge mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen durch die BRD, was einen wichtigen und unerläßlichen Schritt zur Zurückdrängung der reaktionären Kräfte in der BRD bedeutet.“

Das Sonderangebot des Monats



chants de la liberté français

(Sollten Sie diese Platte bis zum 30. 9. 1971 bei uns bestellen, erhalten Sie sie zum Sonderpreis von DM 7,—)
Gesamtkatalog anfordern!
Weltkreis-Verlags-GmbH
Schallplatten
46 Dortmund, Brüderweg 16
Tel. 57 20 10

In Kürze

Ein Seminar, „Jugend der CSSR gemeinsam mit der Jugend sozialistischer Staaten und der fortschrittlichen Jugend Europas im Kampf für den Frieden und europäische Sicherheit, gegen Krieg und Faschismus, westdeutschen Revanchismus und Militarismus“, fand Mitte Juni in der CSSR statt. Vertreter aus 16 europäischen Staaten, darunter Delegationen der SDAJ und des MSB Spartakus aus der BRD, nahmen an dem Treffen teil.

Jugendring gegen Ersatzdienst-Verlängerung. Der Deutsche Bundesjugendring lehnt Bestrebungen des Verteidigungsministeriums und der Bundesregierung, die Ersatzdienstpflicht für Wehrdienstverweigerer über 18 Monate hinaus zu verlängern, scharf ab. Der Jugendring lehnt es weiterhin ab, daß Ersatzdienstleistende in technischen Bereichen eingesetzt werden, sondern wünscht, daß Kriegsdienstverweigerer entsprechend ihrer Gewissensentscheidung Aufgaben erfüllen können, die dem Allgemeinwohl und insbesondere dem Frieden, der sozialen Gerechtigkeit und der Völkerverständigung dienen. — Auch der Bundesjugendausschuß der Deutschen Postgewerkschaft lehnt die Pläne aus Bonn ab; insbesondere wendet er sich gegen den Einsatz der Ersatzdienstleistenden bei der Post.

SDAJ und polnische Jugendverbände vereinbaren Jugendaustausch. Für die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz und die baldige Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau haben sich SDAJ und die polnischen Jugendverbände in einer gemeinsamen Erklärung ausgesprochen. Bei einem Besuch des SDAJ-Vorsitzenden Priemer in Warschau war ein Plan für den Jugendaustausch zwischen beiden Organisationen beschlossen worden, der jetzt durch die Beteiligung von SDAJlern an Lagern, Seminaren und Symposien in Polen sowie durch den Besuch einer ZMS-Delegation in der BRD verwirklicht werden soll. Es wurde Übereinstimmung in ideologischen und politischen Anschauungen festgestellt, die „eine solide Basis zur weiteren Entwicklung des Zusammenwirkens bildet“, wie es im Kommuniqué heißt.

61,5 % der Jugendlichen: NS-Zeit hatte auch gute Seiten. Nach einer Untersuchung, die der Psychologie-Professor Walter Jaide zur politischen Engagement-Bereitschaft der Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren durchgeführt hat, sind 61,48 % der Jugendlichen der Auffassung,

daß der Nationalsozialismus auch „gute Seiten“ hatte; 46,29 % finden die Darstellung der NS-Zeit in den Zeitungen „übertrieben“; 38,7 % träumen von einem wiedervereinigten Deutschland als „Weltmacht“ und 42,19 % bejahen die Frage, ob der deutsche Arbeiter wieder länger arbeiten solle, damit wir die Gastarbeiter wieder nach Hause schicken können. Dreiviertel der 1.800 bei der Stichprobe Befragten waren Berufs- und Berufsfachschüler, etwa 12 % Gymnasiasten und 6 % Realschüler. — Das vollständige Ergebnis der Untersuchung, das von der BILD-Zeitung mit den Worten begrüßt wurde: „Unsere jungen Leute von heute denken anders; die Mehrheit sagt ja zur Bundeswehr und nein zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze“, ist im Juventa-Verlag, München, erschienen. Das Buch ist ein wichtiges Material für die politische Bildungsarbeit, zeigt es doch die Ergebnisse der reaktionären Schulbildung und der Springer-Hetze auf.

Als Ausdruck der Verschärfung der Auseinandersetzung zwischen der demokratischen Jugend und der Bundesregierung hat VDS-Vorstandsmitglied Heiner Hessler den Beschluß bezeichnet, dem Verband Deutscher Studentenschaften, dem Repräsentanten von rund 90 Prozent der Studenten, weiterhin die Förderungsmittel vorzuenthalten. Der VDS mache einen Rechtsanspruch auf Förderung geltend, erklärte Hessler in einem Interview, in dem er im übrigen auf die Farce hinwies, zu der sich die Verhandlungen VDS — Bundesregierung zuletzt entwickelt hätten. Obgleich die Bundesregierung unter dem Druck der CDU/CSU bereits die Ablehnung der VDS-Forderungen beschlossen hätte, habe sie ihre Vertreter weiterhin mit dem VDS verhandeln lassen. Hessler verurteilte, daß andererseits die rechtsradikale DJO weiterhin aus Bundesmitteln unterstützt werde. Er kündigte Hearings und Demonstrationen an, um den Druck auf die Regierung zu verschärfen.

Eine verstärkte Zusammenarbeit haben die Vorstände von VDS und SDAJ vereinbart. Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend und der Verband Deutscher Studentenschaften wollen insbesondere im Kampf gegen die US-Aggression in Indochina, für die Ratifizierung der Gewaltverzichtsverträge und gegen die Militarisierungsbestrebungen in der BRD zusammenwirken. Der VDS unterstützt den Solidaritätskongreß der Jugend, der am 11. September in Bremen stattfindet. Hinsichtlich der Beurteilung der Jugendpolitik der Bundesregierung, die auf eine Integration der Jugend in das spätkapitalistische System hinauslaufe, wurde Übereinstimmung erzielt. Die Nichtaufnahme der SDAJ in den Bundesjugendring und der Finanzstopp gegen den VDS sowie die Verbotsdrohungen gegen DKP, SDAJ, SHB und MSB Spartakus wurden von den beiden Organisationen verurteilt, die gegen reaktionäre Lehrinhalte, Betriebsverfassungsgesetzentwurf, veraltete

Berufsbildung und Hochschulrahmengesetz ihre Kräfte vereinen wollen.

Verhindert werden Kontakte zwischen der Sowjetjugend und dem Deutschen Bundesjugendring durch das Wirken der Deutschen Jugend des Ostens (JDO). Das erklärten Vertreter des Komitees der Jugendorganisationen der UdSSR (KJO) einer Delegation des Bundesvorstandes der Jungsozialisten, die in Moskau weilte.

Das Verbot von DKP, SDAJ und anderen demokratischen Organisationen hat unverblümt das „Deutsche Monatsblatt“ der CDU in seiner Juli-Ausgabe 1971 gefordert. In sadistischen Formulierungen wünscht sich das Blatt: „Automatisch müßten die Länderinnenminister Bachmann und Genossen mitsamt dem Jugendverband SDAJ und anderen Hilfstruppen unter Wasser in die Illegalität drücken.“

Termine

11. September 1971

Solidaritätskongreß der Jugend — gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg in Bremen

11./12. September 1971

Landesbezirksjugendkonferenz des DGB Nordmark in Eutin

17. September 1971

Landesbezirksjugendkonferenz des DGB Westberlin

18./19. September 1971

Landesbezirksjugendkonferenz des DGB Niedersachsen, Salzgitter

18. September 1971

Landesbezirksjugendkonferenz des DGB Saarland in Saarbrücken

24./25. September 1971

Landesbezirksjugendkonferenz des DGB Bayern in Erlangen/Bamberg

25. September 1971

Internationaler Tag der Solidarität mit dem Volk und der Jugend Mocambiques

26. September bis 2. Oktober 1971

10. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall in Wiesbaden

30. September/ 1. Oktober 1971

Außerordentlicher Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie in Oberhausen

1. bis 3. Oktober 1971

Deutschlandtag der Jungen Union in Bremen

3. bis 9. Oktober 1971

10. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Wiesbaden

ELAN MONATS MAGAZIN

6000 Mark für Vietnam

800 beim Internationalen Freundschaftslager FDJ-SDAJ

Von Werner Maletz

„Bis 6.59 Uhr ist die Welt noch in Ordnung – dann beginnt der Lagerfunk.“ Wer diese Spitze gegen den Lagerfunk aufgebracht hat, ist nicht mehr mit Sicherheit festzustellen, die „Konkurrenz“, die Lagerzeitung „Roter Kanal“, veröffentlichte sie ganz gern und an hervorragender Stelle.

Und doch waren die meisten froh, morgens so freundlich mit Musik und Kurznachrichten geweckt zu werden und Informationen über das Tagesgeschehen zu erhalten. Und das Programmangebot war im internationalen Freundschaftslager der FDJ/SDAJ (25.7. – 14.8.1971 in Wilhelmsthal/DDR) wirklich reichhaltig. Jeder der rund 800 FDJ- und SDAJler in dem Bungalowdorf kam auf seine Kosten. Und dabei wurde Eigeninitiative groß geschrieben. Die verschiedensten Zirkel bildeten sich. Die einen kamen zusammen, um sich mit aktuellen Problemen des Marxismus zu beschäftigen, die anderen hatten mehr Spaß an der Bildung einer Singegruppe, die dritten machten Plakatentwürfe oder waren für Lagerfunk und Lagerzeitung auf „Reportagetour“. Und wer durstig war oder einfach zu nichts Lust hatte, besuchte das Terrassenkaffee und abends die Kellerbar. Gefragt

war auch das Filmprogramm im Lager. Als auf der Freilichtbühne der Film „Nackt unter Wölfen“ lief, dürfte wohl kaum einer gefehlt haben.

Groß geschrieben: der Sport. Volleyball, Handball, Fußball, Bogenschießen und was es da noch so alles gibt. Zuschauerrekorde verbuchte das Turnier im Mädchenfußball. Ganz verständlich eigentlich.

Vielleicht nicht ganz so hitzig wie Mädchenfußball, aber dennoch interessant waren die verschiedenen Aussprachen mit jungen Abgeordneten, Vertretern der FDJ und der SED. Der Mehrzwecksaal reichte nicht für alle, die daran teilnehmen wollten. Dafür gab es dann abends vor manchen Bungalows

Freundschaftstreffen. Bis spät in die Nacht hinein.

Höhepunkte des Lagers waren zweifelsohne der Tag der DDR sowie der Besuch der Nationalen Gedenkstätte in Buchenwald, das Treffen mit sowjetischen Komsomolzen und der Solidaritätstag mit dem vietnamesischen Volk. Der Botschafter der DRV war ins Lager gekommen und hatte vietnamesische Studenten und Pioniere mitgebracht, unter ihnen Vo Thi Lien, das Mädchen, das die Massaker von My Lai überlebte. Solidarität – dieses Versprechen der Lagerteilnehmer war ernst gemeint. Den vietnamesischen Gästen konnten Spenden von über DM 6000,- überreicht werden.



Internationales Freundschaftslager FDJ/SDAJ: Bis 6.59 Uhr war die Welt in Ordnung . . .



44 Thesen kontra Großkapital

**DKP stellt
Thesen zum Parteitag
zur Diskussion**

Von Werner Winter

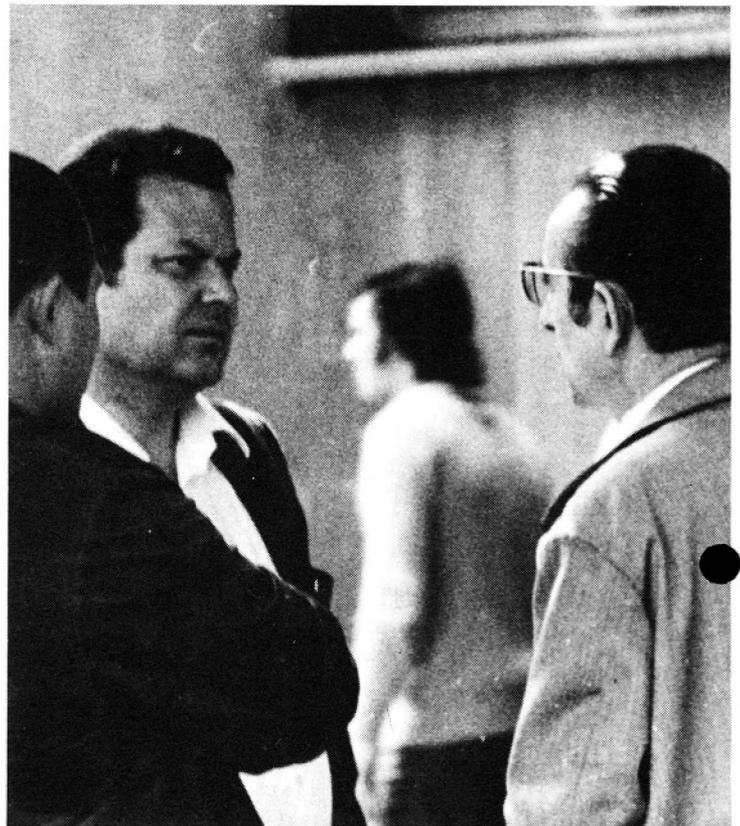
„Wo die jungen Arbeiter, Schüler und Studenten den Kampf für eine Alternative zum imperialistischen System aufgenommen haben, finden sie die Solidarität und Hilfe der DKP. Die praktische Tätigkeit der DKP und ihr Jugendprogramm, das die Grundrechte und Aktionsforderungen der jungen Generation zum Inhalt hat, be-

weisen, daß die DKP an der Seite der Jugend steht.“

So heißt es in einer der 44 Thesen, die von der Deutschen Kommunistischen Partei in Vorbereitung ihres Düsseldorfer Parteitages zur Diskussion gestellt wurden.

Was das ungewöhnliche an diesen Thesen ist, in denen die Erfahrungen des Klassenkampfes in unserem Land verallgemeinert werden: Sie fordern die Diskussion und Meinungsäußerung nicht nur von Mitgliedern der DKP, sondern von allen fortschrittlichen Menschen in der Bundesrepublik.

Das hebt die DKP ganz entschieden von den Praktiken der etablierten Parteien ab, die ihre Grundsatzserklärungen und Programme hinter verschlossenen Türen verabschieden, weil sie die offene Diskussion – besonders mit der Jugend – fürchten. Wer an der Thesen-Diskussion der DKP teilnehmen möchte, kann den Entwurf anfordern bei: DKP-Parteivorstand, 4 Düsseldorf, Prinz-Georg-Str. 79.



Vor der Dortmunder Hoesch-Westfalenhütte: Herbert Mies, stellvertretender Vorsitzender der DKP, verteilt den Thesen-Entwurf und diskutiert mit Arbeitern.

Seit zehn Monaten in Haft

**Weltweiter Kampf für
Angela Davis'
Freiheit wächst**

**Von
Hans-Jörg Hennecke**

„Täglich erhalte ich Hunderte und Aberhunderte von Briefen. Angesichts all der Schwestern und Brüder, die auf den Straßen kämpfen, kann ich meine Entschlossenheit, den Kampf fortzusetzen, einfach nicht verlieren.“

Angela Davis' Widerstandswille ist ungebrochen. Obwohl alle Anträge und Forderungen, die Anklage fallen zu lassen oder Angela gegen eine Kaution auf freien Fuß zu setzen, abgelehnt wurden. Obwohl sie unter Bedingungen gefangengehalten

wird, die ihr Verteidiger Howard Moore als „Strafe, die ihr noch vor der Gerichtsverhandlung auferlegt wurde“, bezeichnet.

Henri Winston, Vorsitzender der KP der USA, berichtete nach einem Besuch bei Angela Einzelheiten. Angelas Zelle hat nicht ein einziges Fenster. Ganze 30 Minuten ist es ihr pro Woche erlaubt, unter schärfster Bewachung auf dem Gefängnishof spazierenzugehen. Von allen übrigen Gefangenen wird sie streng isoliert.

Seit nahezu elf Monaten lebt Angela Davis unter derartigen Bedingungen. Ein Ende des Prozesses oder ihrer Haft ist nicht



absehbar. Die Herrschenden der USA spekulieren offensichtlich darauf, daß das Interesse der Weltöffentlichkeit erlahmt und den Weg für ein Terrorurteil freimacht. Aber hier haben sie sich verrechnet. Die weltweite Solidarität für die farbige amerikanische Kommunistin nimmt weiter zu. Nach wie vor erhält Angela Tausende von Briefen und Solidaritätsbekundungen aus der ganzen Welt. Überall bilden sich Solidaritätskomitees, wie beispielsweise im Kreis Düsseldorf-Mettmann, wo Mitglieder der Gewerkschaftsjugend, der Jungdemokraten, Jungsozialisten und SDAJ eine Jugendinitiative „Rettet Angela Davis“ gebildet haben. Diese Jugendinitiative hat eine umfangreiche Dokumentation zum Thema „Angela Davis – ein Justizmord droht“ herausgegeben (zu beziehen bei Wolfgang Rüttger, 402 Mettmann, Laubacher Str. 13).

Der Kampf für Angelas Freiheit kostet aber auch Geld. Deshalb unser Appell: Spendet Geld auf das Sonderkonto „Solidarität für Angela Davis“, Helmut Bublitz, Bank für Gemeinwirtschaft, Gelsenkirchen, Konto 10736033.

Der Fall Holzer

**Wie Bremens Senat
das Grundgesetz
beugt**

Von Reinhard Junge

„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“, heißt es im Artikel 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik. „Niemand darf wegen . . . seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Dieser Artikel 3 des Grundgesetzes hört sich gut an. In der Praxis aber sieht es oft anders aus. So in Bremen, wo der marxistische Soziologe Horst Holzer an der neugegründeten Universität einen Lehrstuhl für „Kommunikation und Ästhetik“ erhalten sollte.

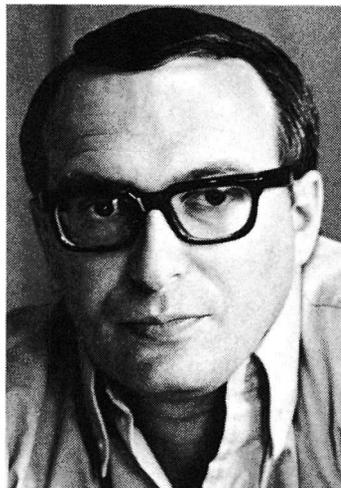
Der Bremer Senat aber sabotierte die Ernennung Holzers, der Mitglied der DKP ist, und

bestellte beim bayerischen CSU-Kultusminister ein Rechtsgutachten, daß Holzer „verfassungsfeindliche Aktivitäten“ bescheinigen sollte.

Mayer aber machte Bildungs-senator Thape (SPD) einen Strich durch die Rechnung: Selbst er, ein Erzreaktionär, konnte an Holzer nichts Verfassungsfeindliches feststellen. Und Thape war gezwungen, am 29. Juli in den „Bremer Nachrichten“ zuzugeben, daß der Senat nicht gewillt sei, „Mitglieder von rechts- oder linksradikalen Gruppierungen als Beamte nach Bremen zu holen. Das gilt für die DKP.“

Zahlreiche Hochschullehrer, unter ihnen der Literaturprofessor Walter Jens, haben gegen diesen Verstoß gegen das Grundgesetz protestiert. Sie wissen, daß es in anderen Ländern – etwa in Frankreich und Italien – nichts Außergewöhnliches ist, daß ein Kommunist Professor wird. So hat denn auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Holzer volle Rechtshilfe bei seiner Klage gegen den Senat zugesichert.

Holzer selbst und die DKP des Landes Bremen wiesen in öffentlichen Erklärungen darauf hin, daß die Bremer SPD mit ihrer diffamierenden Gleichsetzung von Nazis und Kommunisten nur der Reaktion diene, eine verschärfte Kampagne gegen alle fortschrittlichen Lehrer und Professoren eingeleitet hat.



Prof. Horst Holzer

„Ich hob mehr!“

Fragen an den Weltmeister im Gewichtheben

Von Werner Winter

41 Weltrekorde hob er. Und das in eineinhalb Jahren. Wassili Alexejew ist unumstrittener Weltmeister im Gewichtheben. Die „Junge Welt“ und die „Komsomolskaja Prawda“ forderten ihre Leser auf, Fragen an diesen Meisterathleten aus der Sowjetunion zu stellen. Hier die originellsten Fragen und Antworten:

Seit wann sind Sie Gewichtheber?

Seit 11 Jahren trainiere ich, seit 24. Januar 1970 betrachte ich mich als Gewichtheber. (An diesem Tag schaffte Alexejew mit 595 kg seinen ersten Weltrekord.)

Würden Sie in einem Boxkampf mit Cassius Clay bestehen können?

Ich glaube, diesen Kampf würde der Ring nicht heil überstehen. *Laufen Ihnen die Leute auf der Straße hinterher?*

Sie brauchen nicht zu laufen, sie können ordentlich gehen, denn ich renne auf der Straße auch nicht wild herum.

Ist ein Weltrekord für Sie mehr wert als ein Olympiasieg?

Das Wertvollste für mich ist ein Dreikampfweltrekord bei den Olympischen Spielen.

Wie viele volle Kohleneimer nehmen Sie in eine Hand?

Die Kohlen trage ich nicht im Eimer, sondern befördere sie gleich tonnenweise mit einem Finger.

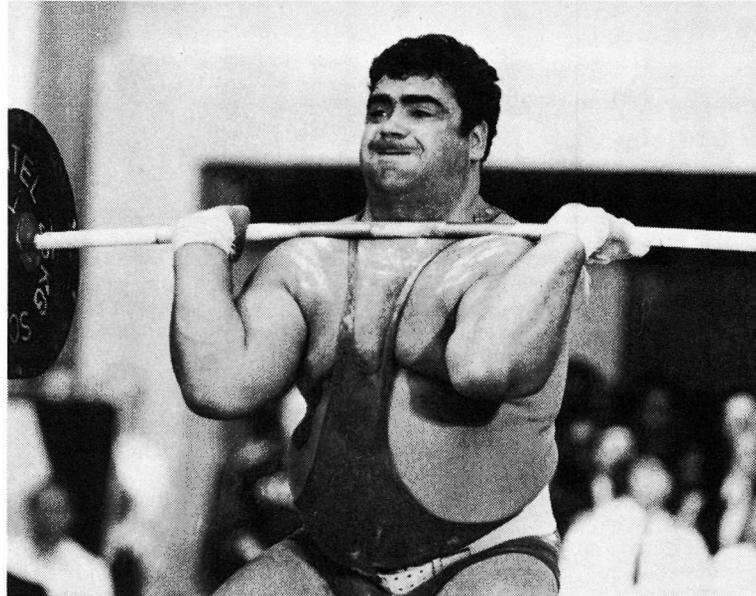
(Alexejew ist Bergwerksmechaniker in Schachty.)

Sind Sie hilfsbereit?

Ohne Hilfsbereitschaft, ohne Liebe und Achtung vor seinen Mitmenschen hätte das Leben für mich keinen Sinn.

Was sagten Sie, als Sie erfuhren, daß der Finne Lahdenranta Ihren Weltrekord im Reißen übertraf?

Ich habe gar nichts gesagt, ich habe mehr gehoben.



Wassili Alexejew auf die Frage, ob er gerne Kuchen esse: „Nein, und ich rate allen, die das gern tun, nachdrücklich davon ab. Kuchen macht dick.“

Haben Sie Angst vor dem Fliegen?

Ja, denn man bekommt schließlich keinen Fallschirm.

Welches war Ihr Kindheits-traum?

Mein Traum, als der Stärkste zwischen anderen starken Männern zu stehen, ist befriedigt. Jetzt weiß ich nicht weiter. Können Sie mir einen Rat geben?

Wer ist nach Ihrer Meinung der stärkste Mann der Welt?

Auf keinen Fall ich. Es gibt ja nicht nur den Sport, sondern auch Wissenschaft und Kunst. *Würden Sie sich zutrauen, mit einem ausgewachsenen Bären zu ringen?*

Wenn der Bär so alt ist, daß er nicht mehr laufen kann, vielleicht.

Könnten Sie eine Stahlstange von 2 m Länge und einem Durchmesser von 15 cm ohne zusätzliche Hilfsmittel krumm biegen?

Nur, wenn sie tief genug eingesägt ist.

Sind Sie mit Ihren bisherigen Leistungen zufrieden?

Niederlagen betrüben mich in der letzten Zeit nicht.

Wie lange hätten Sie zu schleppen, wenn Sie alle Ihre Verehrerinnen auf dem Arm den Fernsehturm von Moskau hinauftragen müßten?

Ich hoffe, eine Ewigkeit.

Ein weiches Herz

Sorgen eines Hauswirts, satirisch gesehen

Von Bert Holt

„Hier in Ohningen hat sich dieser Tage der jüngste Mietskandal der Bundesrepublik ereignet. Sie, Herr Spehk, waren der Leidtragende. Was ist im einzelnen vorgefallen?“

„Es kam ganz überraschend: Ich hatte gerade – wie alle halbe Jahr – die Miete um dreißig Prozent erhöht, als einer der

Mieter aufsässig wurde.“

„Er griff Sie tätlich an?“

„Mein Herr, ich suche mir meine Mieter sorgfältig aus!“

„Er grüßte Sie nicht mehr!“

„Soweit wagte er nicht zu gehen. Er grüßte mich – aber nicht mit der Ehrerbietung, die ich als Hauswirt erwarten kann.“

„Was dachte sich der Mann dabei?“

„Bitte, Sie dürfen mich nicht fragen, was im Hirn eines Mannes vor sich geht, der leichtfertig seine Wohngelegenheit aufs Spiel setzt.“

„Der Betreffende behauptete hinterher, Sie hätten für die neuerliche Mieterhöhung keinen Grund!“

„Dummes Zeug. Ich habe in dieser Stadt wohl mehr Grund als jeder andere, sogar bebauten. Es sind dies die Häuser Johannisstraße 38, Rosenplatz 9, 12 und ...“



„Ja, danke Herr Spehk. Der renitente Mieter beruft sich jetzt auf das Grundgesetz, Artikel 14, Absatz 2, in dem es eindeutig heißt: ‚Eigentum verpflichtet!‘“

„Sehen Sie, sogar im Grundgesetz steht es! Selbstverständlich stehe ich auf dem Boden dieser Verfassung. Eigentum verpflichtet jeden, auf das Eigentum des Eigentümers Rücksicht zu nehmen, es zu achten, zu pflegen und zu mehren.“

„Demnach sind Sie scharf vorgegangen gegen den besagten ...“

„Nein, nein, ich bin doch kein Unmensch. Ich hab es noch einmal mit einer weiteren Mietheraufsetzung bewenden lassen.“

„Heraufsetzung? Auf wieviel?“

„Auf einhundert Mark.“

„Das ist nicht einmal viel im Vergleich zu manchen anderen Ihrer Kollegen.“

„Danke. Ich habe eben ein weiches Herz.“

„Und deswegen haben Sie dem Mieter auch nicht gekündigt?“

„Deswegen. Er kann weiter mit seinen sieben Kollegen in dem Zimmer wohnen, so lange es mir gefällt!“

Es stand im elan . . .

... daß der Soldat Raguse, der in Uniform am 1. Mai demonstriert hatte, 14 Tage Arrest erhalten sollte (elan 8/71).

Die Proteste der Dortmunder Hoesch-Arbeiter, die sich mit ihrem Kollegen Rüdiger Raguse in einem Brief an Helmut Schmidt solidarisiert hatten, brachten Erfolg. Die Bundeswehr wagte es nicht, Raguse die bereits verhängte Strafe absetzen zu lassen. Weil er für die BuWe „untragbar“ sei, wurde er nach 11 Monaten Dienst vorzeitig entlassen.

... daß es Cassius Clay ablehnte, mit dem Gewehr nach Vietnam zu gehen (elan 3/71). Nach vierjährigem Streit erkannte das höchste US-Gericht ihn jetzt als Kriegsdienstverweigerer an. Drei Jahre mußte Cassius alias Muhammed Ali in seiner Boxer-Karriere pausieren, ganz zu schweigen von anderen Diskriminierungen.

... daß der Westberliner Zeichner Rainer Hachfeld den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in Form eines Hakenkreuzes karikiert hatte (elan 5/71). Die Fünfte Zivilkammer beim Landgericht München I entschied jetzt endgültig gegen Hachfeld. Diese Karikatur darf nicht weiterverbreitet werden.

... daß die Redaktion dazu aufrief, überall die revanchistischen Schilder „Dreigeteilt – niemals“ durch das Plakat

„Dritter Krieg – niemals!“ zu ersetzen (elan 10/70). Jetzt führte die SDAJ-Gruppe St. Pauli mit diesem Plakat eine Aktion im Hamburger Springer-Haus durch, in dessen Foyer sich solch ein Revanchisten-Schild befindet.

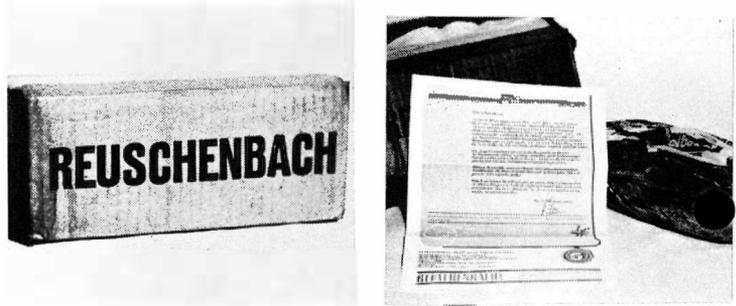
... daß es bei der Synode der Evangelischen Kirche Hessen-Nassau einen harten Konflikt um die Evangelische Studentengemeinde (ESG) in Mainz und ihren Pfarrer, Horst Stuckmann, gab (elan 8/71).

Am 17. Juli fanden nun Verhandlungen zu diesen Fragen statt. Da die Vertreter der Gesamt-ESG ein sehr hartes Eingreifen der Kirchenleitung befürchteten, waren sie nicht bereit zu einer aktiven Solidarität mit der ESG Mainz.

Dazu heißt es in einer Erklärung der Mainzer ESG: „Angesichts dieser Situation, in der für die ESG Mainz die totale Isolierung, die auch kaum wegen der Kürze der Zeit von außen überwunden werden konnte, drohte, entschlossen sich die Mainzer Vertreter zu einem Kompromiß . . . Durch diesen Kompromiß wurde erreicht, daß die falsche Analyse, wonach die ESG Mainz nicht mehr in der Lage sei, ihre Probleme selbst zu klären, fallengelassen und in höherem Maße als im ursprünglichen Vorschlag die Mündigkeit und notwendige Arbeitsfähigkeit der ESG Mainz anerkannt wurden.“

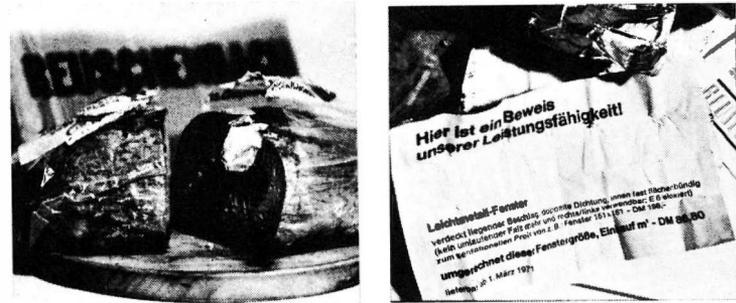
Brot für die Werbung

Eines Tages brachte der Postbote ein Päckchen ins Haus . . .



... darin war ein Brot und eine Aufforderung, das Brot zu brechen . . .

... zum Vorschein kam ein Zelluloid-Päckchen, welches enthielt . . .



... Reklame für Leichtmetallfenster. Sinnloser geht's nicht . . .
... verhungender Junge in Ostpakistan.



Unterschriftenaktion

für ein Informationsbüro der Provisorischen
Revolutionären Regierung der Republik
Südvietnam in der BRD.

- Mit der Saigoner Regierung unterhält die Bundesregierung nach wie vor diplomatische Beziehungen. Die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam aber, die weit über die Hälfte des Gebietes von Südvietnam verwaltet und die bereits von 25 Staaten völkerrechtlich anerkannt wurde, ist bisher in der Bundesrepublik nicht vertreten.
- Die Bevölkerung unseres Landes hat jedoch das Recht, sich über den Indochina-Krieg aus erster Hand zu informieren. Deshalb treten wir für die Einrichtung eines Informationsbüros der Provisorischen Revolutionären Regierung ein. In Finnland, Indien und Schweden gibt es derartige Informationsbüros ebenso wie in den NATO-Ländern Dänemark, Frankreich und Norwegen.

Fordern Sie mit uns Information aus erster Hand!

Unterzeichnen Sie bitte den folgenden Text:



Hiermit unterstütze ich die Forderung an die Bundesregierung, der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam die Einrichtung eines Informationsbüros in der Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen.

	Name	Anschrift	Unterschrift
1
2
3
4
5
6
7
8
9
10

Unterschriftenliste bitte einsenden an:

Initiative Internationale Vietnam-Solidarität
6 Frankfurt/Main, Eichwaldstraße 32

Auf Wunsch senden wir Ihnen weitere Unterschriftenlisten zu.

Terror im Sudan

Detlef Peukert

„Ich widersetze mich diesem Tribunal. Ich habe nichts persönlich gegen Sie, Herr Vorsitzender, aber Sie sind nicht der geeignete Mann, um über mich zu richten. Sie gehören einer arabischen nationalistischen Bewegung an, die das Land auf einen schwierigen Weg gebracht hat.“

Mit ruhiger Stimme hatte der Angeklagte diese Worte gesprochen. Dabei wußte er, das Urteil dieses Tribunals stand schon im voraus fest: Tod. Der Generalsekretär der Sudanesischen Kommunistischen Partei, Abdel Khalek Mahgoub, bewies bei diesem Tribunal seine Unschuld. Vergebens.

Wie kam es zu dieser Kommunistenjagd im Sudan? Detlef Peukert versucht, eine Antwort zu geben.

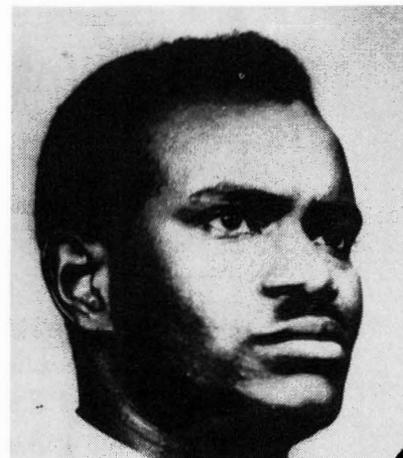
Die Länder der arabischen Welt haben sich eigentlich erst in den fünfziger Jahren von der direkten oder indirekten Beherrschung durch die imperialistischen Mächte England, Frankreich und USA lösen können. Fast überall wurde diese nationale Unabhängigkeit nur im harten Kampf gegen die alten Kolonialherren oder deren einheimische Vertreter durchgesetzt. Von Nassers Revolte 1954 über den Suezkrieg 1956, die irakische Revolution 1958 und den algerischen Unabhängigkeitskrieg 1954–62 bis hin zur libyschen und sudanesischen Revolution in den letzten Jahren – stets war der Hauptfeind der Imperialismus.

Freiheit – nur im Kampf gegen Imperialismus

Dieser Gegner einte die relativ fortschrittlichen Staaten Ägypten, Algerien, Jemen, Irak, Libyen, Syrien und Sudan und formte aus ihnen bei allen Differenzen eine Gruppe von antiimperialistischen Ländern. Für sie wurden der militärische Schutz der Sowjetunion (wie etwa in der Suez-Krise 1956), ihre umfangreiche Hilfe und die

Unterstützung durch andere sozialistische Staaten zu einem immer bedeutenderen politischen Faktor, der ihr Gewicht in der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus erheblich verstärkte. Besonders nach der israelischen Aggression 1967 trug das Bündnis mit der Sowjetunion dazu bei, daß sich die fortschrittlichen Regimes behaupten konnten.

Gleichzeitig sind die antiimperialistischen arabischen Staaten durch ein relativ fortschrittliches Gesellschaftskonzept geprägt, das über Bodenreform, Verstaatlichung von Auslandskapital, Förderung der nationalen Industrie besonders im staatlichen Sektor einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg einleiten soll. Insofern stehen diese Länder klar auf der Seite des Fortschritts im weltweiten Klassenkampf.



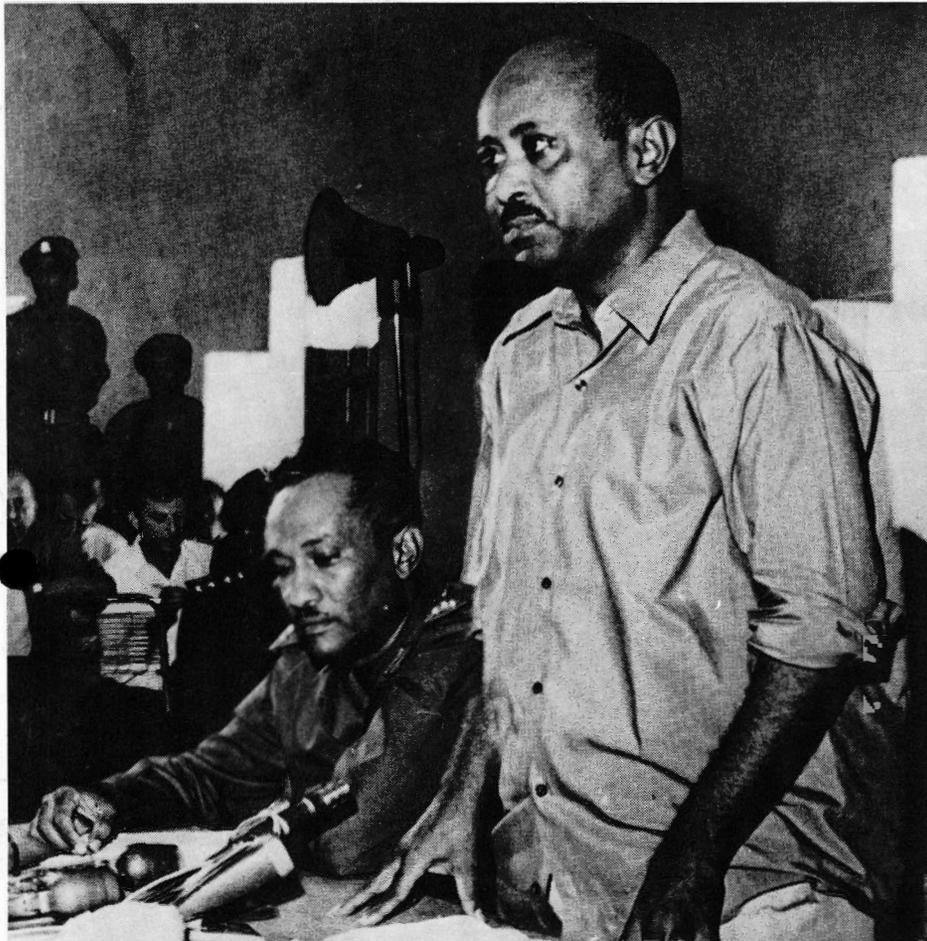
Klassenkampf im Innern

Im Innern dieser Länder aber entwickeln sich zahlreiche Widersprüche, die nicht nur auf auswärtige Einflüsse, sondern auf die komplizierte Klassenlage zurückzuführen sind. Man bedenke, daß hier mittelalterliche Wirtschaft neben moderner Industrie, kapitalistische Betriebe neben verstaatlichten existieren und daß uralte Nomadenstämme das Bild genauso prägen wie eine eben erst entstandene Arbeiterklasse.

Im wesentlichen bilden sich drei Hauptkräfte heraus: Da ist einmal der Block der

Feudalherren, Großgrundbesitzer und Kompradorenbourgeois (Kapitalisten, die mit imperialistischen Konzernen zusammenarbeiten), der eine offen reaktionäre Politik vertritt, mit den USA liebäugelt und die demokratischen Kräfte bekämpft. Obwohl die Reaktionäre in allen Ländern noch stark vertreten sind, befinden sie sich nur in Jordanien, Kuwait, Marokko, Saudi-Arabien und Tunesien an der Macht. Die vorherrschende Klasse in den antiimperialistischen Staaten ist die nationale Bourgeoisie, die einerseits gegen den Imperialismus kämpft, sich andererseits gegen zu weitgehende soziale Entwicklungen und

Links: Hashem al Atta, für wenige Tage Vorsitzender des Revolutionsrats. — Links unten: Shafei Ahmeid el Sheik, Vorsitzender der sudanesischen Gewerkschaften während eines Verhörs. Wenige Stunden später wurde er ermordet. — Rechts: Staatschef Numeiri verhört den Vorsitzenden der Sudanesischen Kommunistischen Partei, Abdel Khalek Mahgoub. — Unten: Mahgoub vor den Militärs, die den Mord befahlen.



gehalten werden, wenn immer neue demokratische und soziale Verbesserungen auf dem nichtkapitalistischen Entwicklungsweg erkämpft werden.

5. Für diesen Kampf müssen alle Kräfte der Nation einheitlich mobilisiert werden. Eine solche breite nationale Front wird auch die nationale Bourgeoisie mitreißen und deren konservativen Teil neutralisieren.

Die Reaktion mobilisiert

Ausdruck des gewachsenen Einflusses der radikalen Demokraten und der Kommunisten waren etwa die Politik der ASU (Arabischen Sozialistischen Union) Nassers in dessen letztem Lebensjahr, die Aufnahme von Kommunisten in das Kabinett der syrischen Baath-Partei und die Berufung auf den wissenschaftlichen Sozialismus im Entwurf der sudanesischen Nationalcharta.

Das konnten und wollten die reaktionären Kräfte in der Bourgeoisie nicht dulden. Sie nutzten ihre noch starke Position in Militär- und Staatsapparat aus, um gegen den Vormarsch der Linken Front zu machen.

So begann Numeiri den Rückzug ins konservative Lager (indem er die Ratifizierung der Nationalcharta verzögerte und die Fesseln der kapitalistischen Industrie lockerte), lange bevor er den Putsch einiger linker Offiziere zum Anlaß nahm, die völlig unbeteiligte KP der Verschwörung zu bezichtigen und grausam zu verfolgen.

Dieser blindwütige Kampf gegen die demokratischen Kräfte spaltet nicht nur die nationale Einheitsfront und gefährdet das Bündnis mit der Sowjetunion; er hemmt auch die weitere antikapitalistische Entwicklung im Innern und spielt so der äußersten Reaktion in die Hände, die nicht nur im Innern neue Hoffnung schöpft, sondern auch etwa in Jordanien zum offenen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser übergegangen ist.

Die arabischen Führer müssen sich nun entscheiden: Wollen sie in Einheit mit allen Demokraten und an der Seite der Sowjetunion auf dem erfolgreichen antiimperialistischen Weg weitergehen — oder wollen sie die weltweite Front gegen Imperialismus und Reaktion spalten und sich unter die Fittiche des US-Kapitals zurückbegeben.

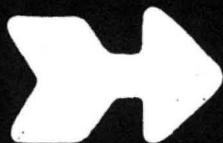
gegen ein zu enges Bündnis mit der sozialistischen Staatengemeinschaft stemmt. Diese Klasse, die auch das Militär und den Staatsapparat stark durchsetzt hat, prägt mit ihrem Schwanken zwischen Radikalismus und Reaktion die bekannte Inkonsistenz arabischer Politik.

Die dritte Kraft, die sich insgesamt immer stärker entwickelt und teilweise heute schon eine wichtige politische Rolle spielt, ist die Masse der Arbeiter, Handwerker und armen Bauern, die am konsequentesten den Kampf gegen den Imperialismus mit dem Ringen um demokratischen und sozialen Fortschritt verknüpft.

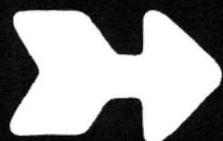
Politik der nationalen Einheitsfront

Um den begonnenen fortschrittlichen Weg weiterzugehen, stellen die Linken der arabischen Länder folgende Hauptaufgaben:

1. Der Kampf gegen den US-Imperialismus und den Aggressor Israel muß verstärkt werden.
2. Der beste Schutz für die arabischen Staaten ist das feste Bündnis mit der Sowjetunion.
3. Der Hauptfeind im Innern ist die feudale und großbürgerliche Reaktion.
4. Die errungenen Positionen können nur



Wissenswertes für junge Leute



Verlag Neues Leben

108 Berlin/DDR, Behrenstraße 40/41

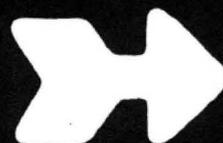


Georg Piltz

Mit der Kunst auf du und du

Anliegen des Autors ist es, dem jungen Leser zu helfen, die Plastik im Park, das städtebauliche Ensemble, das Wandbild im Kulturhaus, die Schätze unserer Museen und tausend andere Kostbarkeiten zu entdecken. Er gibt außerdem Tips für das Sammeln von Kunstgegenständen, für den Kunstgenuß auf Reisen und für die Gestaltung der eigenen vier Wände.

Mit etwa 40 Fotos – Etwa 260 Seiten – Pappband, grainiert etwa 7,50 M



Karl Smolka

Das große Hobbybuch

Mit einer bunten Palette von Anregungen und Hinweisen gibt dieser Band Ratschläge für eine inhaltsreiche Freizeitgestaltung. Er berücksichtigt die Wünsche aller Mädchen und Jungen, die sich als Radiobastler oder Modellbauer betätigen, die heimerwerken, lesen, ins Kino und Theater gehen, Musik hören und Museen besuchen wollen, sich für Wandern, Sport und vieles andere mehr interessieren.

*Mit etwa 100 Fotos – Farbig illustriert von Wolfgang Würfel
Etwa 304 Seiten – Pappband, grainiert etwa 12,80 M*



Peter Neuneier: Kollegen, merkt ihr nichts?

Kurz vor zehn kommt Meister Duschek in die Lackiererei und stellt das Band anderthalb Strich schneller.

Zweiunddreißig Kollegen starren ihn an, sagen aber nichts.

„Sind nur 20 Zentimeter pro Minute“, grinst Duschek.

„Ist das nicht ein bißchen viel?“ fragt Wallner, der Vorarbeiter. „Ich meine, wir kommen so gerade noch...“

Duschek kreuzt die Arme vor der Brust. „Herr Wallner, wenn Sie meinen, daß Sie es nicht schaffen, dann...“

„Ach, doch... allerdings, na ja.“

„Allerdings? Was allerdings?“

„Ich dachte nur so...“

Wallner steht wie ein geprägelter Hund da, die Schultern hochgezogen, die Brust kümmerlich geduckt. Er ist schneeweiß. Ein würgender Ekel steigt in mir auf, ein Ekel vor Wallner und den Kollegen, die wie Leibeigene mit gesenkten Blicken da stehen. Sind das die Helden, die mit ihren großen Autos protzen und auf Fußballplätzen brüllen?

Wütend sage ich: „Herr Duschek, warum stellen Sie das Band nicht drei Strich schneller, das sind dann nur 40 Zentimeter.“

„Idiot!“ ruft einer.

Duschek lächelt: „Sie sind mir ein Spaßvogel, Timpe. 20 Zentimeter genügen, um unseren Rückstand aufzuholen.“

Ich sage: „Ihr seid alle zwei Monate im Rückstand. Warum nimmt die Firma so viel Aufträge an, wenn wir hier den Kram kaum schaffen?“

„Weil die Herrn da oben den Hals nicht voll kriegen“, tönt es aus dem Hintergrund.

Duschek schreit mit überschnappende Stimme: „Wer war das? Was fällt Ihnen ein? Geht an eure Arbeit!“

„Nicht bevor Sie das Band zurückgestellt haben.“ sage ich.

„Ach, sieh mal einer an! Wollen Sie hier einen Streik ausrufen, Timpe? Den Familienvätern hier die Arbeitsplätze neh...“

„Quatsch! Dä Timpe hät recht“, ruft Pratsch in unverfälschtem Kölner Dialekt. „Wä jetzt de Arbeit opnimmt, is für mich 'ne Arschkriecher. Ihr könnt doch nit ewig de Molly met uns mache.“

„Richtig! Werft die Klamotten hin, Jungs!“ ruft Weidner von der Spritzkabine her.

Duschek schnappt nach Luft. „Leute, hört mal her! Hier sind ein paar radikale Elemente, die euch um Arbeit und Brot bringen wollen. Wir wissen durch unseren Werkschutz genau, was die Aufrührer planen. Diese Kommunisten, Bolschewisten und Faulenzer wollen...“

Ich lache laut auf und unterbreche

ihn: „Das hat Ihnen sicher James Bond erzählt, was?“ In der Lackiererei lacht alles. Pfiffe ertönen. Duschek versucht, uns zu beschwichtigen. Langatmig erklärt er, der Betriebsleiter und er seien weder berechtigt noch in der Lage, Zusagen zu machen oder Forderungen zu erfüllen. Er wird fortgesetzt durch laute Zurufe unterbrochen.

„Sie brauchen doch keine Erlaubnis, um das Band schneller zu stellen“, rufe ich. „Warum also eine, um das Ding wieder zurückzudrehen?“

„Richtig, dreh' das Scheißding zurück! Sind wir blöd? Wir schufteten uns ja hier kaputt! Das Ding zurück! Seelenverkäufer! Bonzenknecht! Sollen die Aktionäre hier mal malochen. In die Fresse müßte er was haben!“

Duschek gerät ins Stottern. Er windet sich wie ein Wurm unter den Zurufen. Ein ganz vorne stehender Kollege schreit ihm zu: „Entweder das Band zurück, oder wir gehen nach Hause.“

Die Kollegen stimmen ihm begeistert zu.

Duschek erklärt, er erfülle lediglich die Anweisungen des Betriebsleiters. „Dann holen Sie ihn her, damit er die Sache in Ordnung bringt“, rufe ich.

Duschek gibt es auf, uns zu bequatschen und geht zum Betriebsbüro.

Eine Stunde vergeht. Nichts tut sich. Wir hoffen. Gemeinsamer Beschluß: „Wir bleiben hart. Wir warten.“ Wir vertreiben uns die Zeit mit gegenseitigem Mutmachen.

Gegen halb zwölf gehen langsam Geduld und Gesprächsstoff zur Neige. Heck mutmaßt: „Die Schweine wol-

len uns sicher zappeln lassen.“ Ulrich böse: „Und lachen sich halbtot.“ Ich sage: „Nur nicht das Handtuch werfen, Leutel! Wir haben Zeit. Die warten doch nur darauf, daß wir die Geduld verlieren. Denkt daran: Wir müssen immer nur fünf Minuten länger Geduld haben als die — nur fünf Minuten!“

Endlich, kurz vor zwölf erscheint Betriebsleiter Lechtenbrink. Wir machen ihm Platz. Er schiebt sich durch eine schmale Gasse nach vorne und sagt: „Es besteht überhaupt kein Grund zur Aufregung, Leute. Alles beruht lediglich auf einem Mißverständnis. Ich habe heute morgen Herrn Duschek telefonisch angewiesen, das Band zehn Zentimeter schneller zu stellen, aber er hat sich verhöhrt. Wem kann das nicht mal passieren? Zwanzig Zentimeter sind wirklich etwas viel. Leider ist es aber nicht zu umgehen, daß wir zehn Zentimeter schneller stellen müssen. Bei dem heutigen Konkurrenzkampf sind wir gezwungen, unsere Aufträge termingerecht zu erfüllen, sonst können wir den Laden schließen. Ich hoffe, ihr habt da Verständnis für, denn es geht hierbei ja auch um eure Arbeitsplätze. Und die wollt ihr doch nicht wegen dummer zehn Zentimeter verlieren. Oder doch? Wer natürlich meint, er könnte die zehn Zentimeter nicht schaffen, der kann sich um 13 Uhr seine Papiere auf dem Personaltbüro holen. So, nun bitte ich euch, die Arbeit wieder aufzunehmen.“

Als ich um 13 Uhr meine Papiere hole, lachen meine Kollegen. Ich glaube, die lachen noch, wenn man sie aufhängt.



BUCHER

Buch des Monats: Die Spur führt nach Bombay

Werner Mannhardt sitzt bei brütender Nachthitze an seinem Arbeitsplatz, in der engen Funkkabine des Frachters „Einheit“, der unter der Flagge der DDR den Indischen Ozean befährt.

Konzentriert verfolgt er die Meldungen, die ihm Rügen-Radio über Tausende von Meilen herüberfunkelt. Unter ihnen auch diese: „Auf dem Motorschiff ‚Inselsberg‘ der Deutschen Seereederei brach in den späten Nachmittagstunden des



20. April 1971 nach einer Explosion ein Feuer aus...“ Mannhardt ist alarmiert: das dritte Schiff der DDR, auf dem sich innerhalb weniger Wochen ein geheimnisvoller Unfall ereignet! Zufall, Pech oder – Sabotage?

Der Funker benachrichtigt den Kapitän. Und sie beschließen, den Ursachen der Zwischenfälle gemeinsam nachzugehen.

Damit steht der Leser inmitten des spannenden Geschehens dieses Romans, den DDR-Autor Rudolf Weiß nach Tatsachen gestaltet hat. Der Autor führt den Leser nach Rostock, Wismar und Berlin, von dort an Bord der Schiffe der Deutschen Seereederei und immer wieder in die Häfen des Indischen Ozeans, vor allem aber nach Bombay. Dort nämlich scheint die Zentrale jener Organisation zu sitzen, die für die geheimnisvollen Zwischenfälle verantwortlich ist.

Im Mittelpunkt des Geschehens steht die Arbeit der Staatssicherheitsorgane der DDR, die immer wieder mit den Versuchen westlicher Geheimdienste und Sabotageorganisationen den sozialistischen Aufbau der DDR und ihr Ansehen in der Welt zu schädigen, konfrontiert werden.

Zugleich schildert Rudolf Weiß mit einfachen, ohne falsches Pathos überzeugenden Worten das Denken und Handeln der Bürger der DDR, die sich mit großer Mehrheit nicht nur zu ihrem Staat bekennen, sondern auch bereit sind, ihn unter Einsatz ihres Lebens vor den An-

schlägen seiner Feinde zu schützen.

(Rudolf Weiß: „Die Spur führt nach Bombay“, Roman, Deutscher Militärverlag, Berlin/DDR 1971, 304 Seiten, 7,30 DM; zu beziehen über: WLVG, 235 Neumünster, Wendenstraße 8)

19 Erzähler aus der DDR

Der Fischer-Taschenbuch-Verlag hat eine interessante Sammlung von Kurzgeschichten und Erzählungen aus der DDR herausgebracht. Neben zahlreichen, in der Bundesrepublik bisher kaum bekannten Autoren finden sich auch bekannte Namen wie Franz Fühmann, Hermann Kant und Werner Bräunig. Besonders zu empfehlen ist die Erzählung „Drei Tage

Politische Lieder anno 1970/71

„Die Straßenbahnaktionäre / die mächtigen Herren der Stadt / sind in der Finanzmisere / Sie werden aus Mangel nicht satt...“

Dieter Süverkrüps „Lied vom Roten Punkt“, in den heißen Februartagen im Ruhrgebiet in der Aktion entstanden, eröffnet diese hervorragende Sammlung neuer und neuester Lieder des politischen Kampfes in der Bundesrepublik. Ferner sind in diesem Band vertreten: Fasia, Wolf Brannasky, Erwin Jedamus, Peter Schütt und der Brecht-Schüler Peter Hacks mit seinem mitreißenden Streiklied. Besonders für Jugend- und Songgruppen wird sich die An-

Soeben erschienen:
Kleine Rote Reihe
10

DOKUMENTATION 10
Kongreß Arbeiterjugend kontra Monopole
22./23. Mai 71 Recklinghausen



Die wichtigsten Dokumente und Diskussionsbeiträge des Kongresses „Arbeiterjugend kontra Monopole“ am 22. und 23. Mai 1971 in Recklinghausen 76 Seiten, DM 2,50

Bestellungen an:
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16

19 Erzähler der DDR

GÜNTER DE BRUYN
BIEGFRIED PITSCHMANN
EGON RICHTER
FRANZ FÜHMANN
HERMANN KANT
JOHANNES BOBROVSKI
KARL HUNDSTOCK
CHRISTA WOLF
FRITZ RUDOLF FRIES
GÜNTER KUMERT
ERIK NEUTSCH
ROLF SCHMEIDER
IRNTRAUT HÖRNER
BERND JENTZSCH
KARL MICKEL
WERNER BRÄUNIG
HERBERT NACHBAR
JOACHIM NOVOTNY
MANFRED JENDRYSCHIK

unseres Lebens“ von Erik Neutsch („Spur der Steine“), die am Beispiel der Arbeit eines Bürgermeisters davon zeugt, mit welcher Geduld darum gerungen wird, in der DDR die Interessen der Gesellschaft und des Einzelnen in Einklang zu bringen.

(„19 Erzähler aus der DDR“, hrg. von Hans-Jürgen Schmitt, Fischer-Taschenbuch-Verlag, Band 1210, 256 Seiten, 4,80 DM)

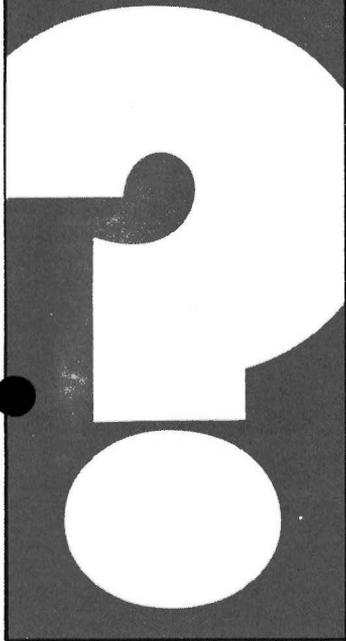
politische Lieder 1970/71



schaffung der von Annemarie Stern besorgten Auswahl lohnen: Zu den meisten Liedern werden Melodie und Gitarrengriffe mitgeliefert.

(„Politische Lieder 1970/71“, hrg. vom Arbeitskreis Progressive Kunst, Asso-Verlag, Oberhausen 1971, 128 Seiten, 3,50 DM – Bestellungen an den Verlag in 42 Oberhausen, Josefplatz 3)

Wer von Django genug hat...



„Sex and Life“ – „Die liebsten Baronessen“ – „Hausfrauenreport“ – „Taiga“ – „Laßt uns töten, Companeros!“ – „Spiel mir das Lied vom Tod“ ...

Das ist nur ein kleiner Auszug aus dem Programm der Dortmunder Lichtspielhäuser vom 16. Juli 1971. Es unterscheidet sich in nichts von dem Filmangebot, das den Zuschauern überall in der Bundesrepublik Woche für Woche erneut zugebetet wird.

„Dieser demoralisierenden, verrohenden ‚Kultur‘ des Imperialismus“, sagte Erwin Jedamus,

Chef der Münchener „Unidoc-Film“ und Mitautor mehrerer engagierter Kurzfilme, „müssen wir eine andere, eine humanistische, aufklärerische Kunst entgegensetzen.“

Das Verleihprogramm seiner Firma, aus dem wir hier einige Beispiele anführen wollen, wird diesem Anspruch voll gerecht.

Aufruf zum Handeln

An erster Stelle sind hier die Arbeiten der Münchener Gruppe „Das Team“ zu nennen, die zum Teil auf den Kurzfilmtagen von Oberhausen und Leipzig prämiert worden sind.

„Penzberg zum Beispiel“ berichtet vom erfolgreichen Kampf der demokratischen Öffentlichkeit dieser Stadt gegen ein Nazi-Treffen am Vorabend des 1. Mai 1969, und am Schluß dieses 12-Minuten-Films steht die Forderung: „Schafft die Zwietracht weg, macht das Bündnis stark!“

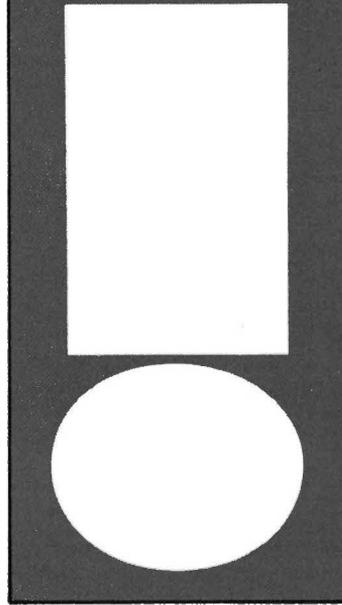
Von der Besetzung leerstehender Häuser durch Münchener Wohnungssuchende berichtet „Aktion Denningerstraße“ (10 Min.), „Rüstungszentrum Bayern“ (7 Min.) beweist, daß die für soziale Maßnahmen fehlenden Gelder in der Rüstung verpulvert werden, und „Soldaten“ (18 Min.) fordert die Demokratisierung der Bundeswehr.

Spannende Filme zum Nachdenken

„Unidoc“ bietet auch eine Reihe abendfüllender Spielfilme aus sozialistischen Ländern an, deren Problematik für die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik größte Aktualität besitzt. Karl Liebknechts mutigem Kampf gegen den imperialistischen Krieg ist der Defa-Film „Solange Leben in mir ist“ (110 Min.) gewidmet.

Das Ringen der jungen KPD um die Einheit der Arbeiterklasse gegen Faschismus und Kriegsgefahr in den zwanziger Jahren steht im Mittelpunkt des 126-Minuten-Farbfilms „Ernst Thälmann – Sohn seiner Klasse“, den Kurt Maetzig („Ehe im Schatten“) nach einem Drehbuch des in Hamburg geborenen Arbeiterschriftstellers Willi

...leiht sich Filme von Unidoc!



Bredel im Jahre 1954 gedreht hat.

Vorführen kann man lernen!

Die Mehrzahl dieser Filme liegt in 16-mm-Kopien vor, die Leihgebühr von 1,- DM pro Vorführminute macht vor allem die kürzeren Filme auch für Gruppenabende erschwinglich. 16-mm-Vorführgeräte gibt es bei zahlreichen Landesvorständen der Gewerkschaften und der demokratischen Jugendorganisationen, notfalls kann

man sie gegen eine Tagesgebühr von 10,- bis 20,- DM auch bei den jeweiligen Stadtbildstellen entleihen.

Wie man einen Projektor bedient und kleine Pannen rasch behebt, kann jeder Jugendliche gegen einen geringen Unkostenbeitrag in speziellen Kursen der Stadtjugendheime erlernen. Dort erwirbt er auch den Vorführschein, dessen Vorlage beim Ausleih eines stadteigenen Projektors zumeist Vorbedingung ist.

Die Höhe der Leihgebühr der Spielfilme empfiehlt es auch bei der Vorführung von 16-mm-Kopien, eine öffentliche Veranstaltung in einem größeren Saal durchzuführen. Unumgänglich wird ein Ausweichen in ein gemietetes Kino oder einen entsprechend ausgerüsteten öffentlichen Saalbau bei den Filmen, von denen „Unidoc“ nur 35-mm-Kopien besitzt.

Neuerdings sind viele Besitzer vor allem von einnahmeschwachen Vorstadtkinos bereit, ihre Räume an einem Sonntagmorgen gegen ein geringes Entgelt zu vermieten. Bei einer guten Werbung, zum Beispiel in Betriebs- und Lehrlingszeitungen, lassen sich auch diese Unkosten wieder einspielen.

Die Jugendarbeit bereichern!

Die Wirksamkeit filmischer Vermittlung politischer Sachverhalte ist unumstritten: Die Plastizität der Darstellung in einem guten Agitpropfilm prägt sich oft tiefer ein als die geschliffenen Sätze manches Referats. Darüber hinaus tragen insbesondere die Spielfilme aus den sozialistischen Ländern dazu bei, der arbeitenden und lernenden Jugend unseres Landes kulturelle Bereiche zu erschließen, zu denen das Klassen-Schulsystem der Bundesrepublik und die Fernsehanstalten nach wie vor jeden Zugang verwehren.

Reinhard Junge

Film-Prospekte anfordern bei:

„Unidoc-Film GmbH“
8 München 19
Südliche Auffahrts-Allee 72
Tel.: (0811) 17 79 62

★ ★ ★ ★ SONG-

Arbeiterfestspiele „Roter Punkt“

Hannover harrt großer Dinge: Vom 17. bis 19. September sollen in der niedersächsischen Landeshauptstadt die 1. Arbeiterfestspiele „Roter Punkt“ stattfinden.

Zum Hauptprogramm treffen sich Künstler und Zuschauer täglich auf dem Lindener Marktplatz – dem Mittelpunkt des hannoverschen Arbeiterbezirks Linden. Bei ungünstiger Witterung soll der frischerebaute, verkehrsmäßig noch ungenutzte U-Bahnhof Waterloo als Ausweichtheater dienen.

Mitwirkende sind unter anderem: Franz-Josef Degenhardt und Dietrich Kittner, um die sich die SPD gerade selbst erleichtert hat, Fasia, Hüsch, Süverkrüp, die Conrads, Floh de Cologne, Interpol und viele andere.

Neben dem Hauptprogramm wird viel – gar nicht so nebensächliches – Drumherum geboten: mobile Auftritte auf Lastwagen in allen Stadtteilen und Straßenfilm-Theater mit politischen Filmen. Lindener Maler und Bildhauer öffnen ihre

Ateliers, um mit den Besuchern zu diskutieren. Bei einem Forum „Literatur der Arbeitswelt“ lesen Mitglieder der Hamburger Werkstatt schreibender Arbeiter aus eigenen Werken. „Im Mittelpunkt steht der Mensch“, ein Stück des Wuppertaler Arbeiters Gerd Sowka, gelangt zur Aufführung mit anschließender Diskussion.

Für alle Veranstaltungen gilt der Null-Tarif: Die Künstler haben sich bereit erklärt, kostenlos aufzutreten. Trotzdem wird die Veranstaltung die Aktionsgruppe „Roter Punkt“ 20 000 DM kosten. Sie sollen durch den Verkauf von Programmheften und Plaketten, aber auch durch Spenden eingebracht werden (Spendenkonto: Sonderkonto Arbeiterfestspiele, Bank für Gemeinwirtschaft, Hannover, 100 8022 600). Dazu Initiator und Kabarettist Dietrich Kittner: „Wir sind zwar finanziell arm dran, aber reich an Ideen. Reichtum soll laut Grundgesetz zugleich dem Allgemeinwohl dienen.“

Weg zu allen Herzen. Man darf wieder Gefühl zeigen. Liebe und Gefühl gehören zusammen – sind einfach schön! Das beweisen die vielen anderen Lieder auf die Liebe. Das beweist die ‚Love Story‘. Gesungen und gespielt von den Weltstars. Holen Sie sich ihre herrlichen Platten. Beschenken Sie gute Freunde mit ‚Love‘.

Viel Spaß beim Lieben! Beim Ablenken! Und beim Geldverschwenden!

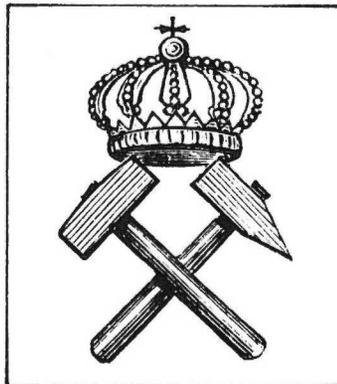


Die Love-Story-Story

Ein Bombengeschäft verbirgt sich hinter der berühmten „Love-Story“. Es gibt fast keinen Schallplattenverlag, der nicht mit ins Geschäft einsteigen will. Polydor will gleich ganz groß herauskommen: auf drei LP's und zwei Singles. Alles, was Rang und Namen hat, bringt seine Interpretation: Angefangen von James Last im Happy-Music-Sound über Karel Gotts „goldene“ Stimme bis hin zu den Original-Film-Melodien. Der Kommentar von Polydor: „Das Lied durchbricht den

Seit August 1971 schreibt Ingolf Riesberg das Song-Magazin im elan. Wir vergaßen in Nr. 8/71 den Hinweis darauf. Ingolf ist 19 Jahre alt, kaufmännischer Angestellter in Dortmund und Leiter der Songgruppe „Aufsichtsratten“. Der richtige Mann fürs Song-Magazin, meinen wir. Redaktion elan

Unter'm Hammer: Roy Black & Anita



Man nehme: die schmalztriefende Stimme Roy Blacks, eine Bärenmarke-Melodie, zwei unschuldige Kinderaugen und einen scheinbar belanglosen Text. Kräftig umrühren, etwas kühlen und als abschreckendes Beispiel servieren. Mit fünf Mark sind Sie dabei!

Was dabei herausgekommen ist, heißt „Schön ist es auf der Welt zu sein“ und ist nichts weiter als ein billiger Konsum-Ohrwurm. Hier eine kleine Textprobe:

„Das Beste am ganzen Tag, das sind die Pausen“/ (welch seltsame Lebensweisheit uns Roy

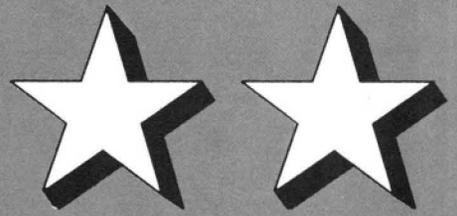
da mitteilt), „das ist schon immer in der Schule so./ Das schönste im ganzen Jahr, das sind die Ferien./ dann ist sogar auch unser Lehrer froh./ dann kann man endlich tun und lassen, was man selber will“./ (sofern man das nötige Kleingeld hat, im Urlaub überhaupt etwas tun und lassen zu können), „dann sind wir frei“ (beachtliches Eingeständnis: Das heißt, während der übrigen Zeit ist man unfrei) „und keiner sagt: Du sei still“/ (welch bezeichnende Charakteristik unseres Schulalltags). „Das schönste im Leben ist die Freiheit./ denn dann sagen wir Hurra./ Schön ist es auf der Welt zu sein./ wenn die Sonne scheint für Groß und Klein./ Du kannst atmen“, (noch nichts gehört von Luftverschmutzung?)



„Du kannst gehen“./ (noch nichts gehört von: „Privatweg! Durchgang gesperrt!“?), „Dich an allem freuen und alles sehen“./ (siehe oben). „Schön ist es auf der Welt zu sein.“ Unsere Empfehlung zu Roys neuester Schulze: Nur bei 78 Umdrehungen genießbar. (Polydor, 2041 169, 5,- DM)



(Alle hier besprochenen Platten sind zu beziehen über Weltkreis-Verlag, 46 Dortmund, Brüderweg 16, Telefon 57 20 10.)



Platten-tips

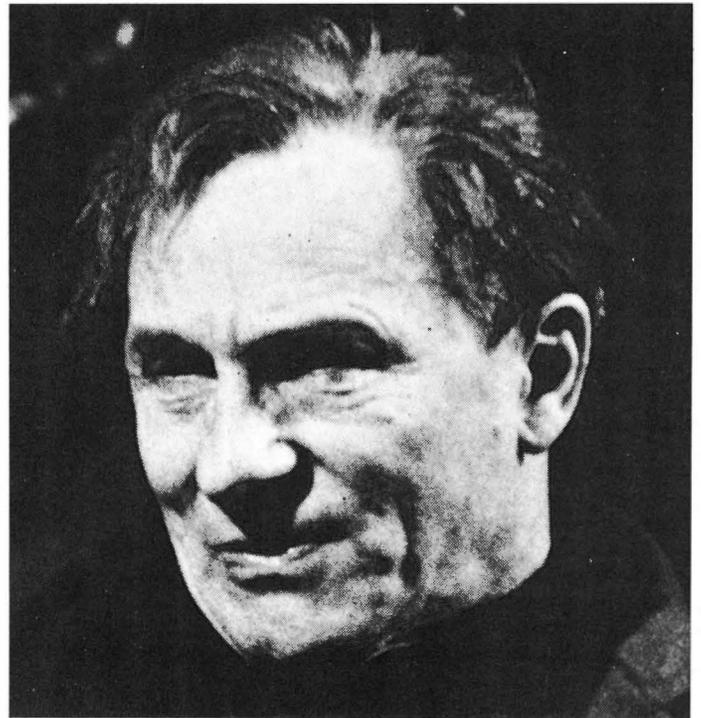
„Barrikaden-Tauber“ oder „Roter Orpheus“. So nannten sie ihn, den Sohn eines Maurers: den Schlosser, Sänger und Schauspieler Ernst Busch. Viele Jahre der Geschichte der Arbeiterbewegung sind mit ihm, mit seinen Liedern verbunden. Lieder, die die Arbeiter wachrütteln, sie zum Kampf anspornen. VEB Deutsche Schallplatten legt in seiner „Aurora“-Serie eine umfangreiche Sammlung von Alben vor, deren Interpret Ernst Busch ist. Jedes dieser Alben ist einem Schwerpunkt gewidmet. Abgedruckte Texte, reiche Illustrationen und Aussagen von Zeitgenossen erleichtern dem Hörer das Verständnis für eine Zeit, die noch nicht weit zurückliegt, für die aber trotzdem viele weiße Flecken im offiziellen Geschichtsatlas zu finden sind.

Beginnen wir mit dem Album „ROTE LIEDER UND GEDICHTE“. Ernst Busch interpretiert hier Lieder, Balladen, Kantaten seines Kampfgefährten und Genossen Erich Weinert von dem Willi Bredel schenkt: „Drei Jahrzehnte stand Erich Weinert in den Reihen der kämpfenden deutschen Arbeiterklasse, ein Mitkämpfer, Mitleidender, Mitsiegender, einer der Treuesten der Treuen, ein glühender Revolutionär und ein aufrechter, nie verzagender Patriot. Und im politischen Kampf, lernend aus den Erfahrungen der Kommunisten in der Sowjetunion, geschult und gewachsen im Feuer des Klassenkampfes in Deutschland, wuchs er heran zum Dichter und Tribun des deutschen Proletariats.“ Und wer sich dieses Album anhört, versteht Willi Bredel. Da ist das „Sozialdemokratische Mailiedchen“ aus dem Jahre 1923 (oder vielleicht doch 1971?), wo es heißt: „Lies mir doch die alten Manifeste, der ersten Jugend holde Schwärmerei.“ Da ist der Ruf „An die Armeen Europas“: „Und schicken die Herren zum Erobern Euch vor, / Was habt

Ihr zu erben, Soldaten? / Sie jagen Euch vor das Kanonenrohr/ Ihr habt für die Herren vom Panzertresor/ Als Helden zu sterben, Soldaten!“ Und das Lied von der „Hakenrune“ aus dem Jahre 1946, als das Nazi-Pack wieder anfing, munter zu werden. Und zum Abschluß das Massenlied der deutschen Arbeiterklasse vor 1933, das Lied vom „Roten Wedding“.

(580 029/30, DM 18,-) Ein nächstes Album, „MAJAKOWSKI-EISLER-LIEDER“, gewidmet dem großen sowjetischen Dichter Wladimir Majakowski und dem hervorragenden deutschen Komponisten Hanns Eisler, bringt uns russische Revolutionslieder in deutscher Sprache nahe. „Linker Marsch“, „Zeit-Marsch“, „Subbotnik“ und „Vorwärts Bolschewik!“ sind die Titel der Lieder. Trotzig, selbstbewußt klingt es: „Keiner zwingt die Kommune zu Willen. Links! Links! Links!“ Und wirklich: „Jetzt hast Du die Macht, Prolet./ Deine Faust schreibt das Gesetz./ Und die rote Fahne wehet/ Auf dem Haus des Stadt-Sowjets.“ (580 004, DM 9,-)

In der „KLEINEN CHRONIK“ singt Ernst Busch Lieder des Dichters Johannes R. Becher, dessen 100. Geburtstag dieses Jahr gefeiert wird. Über viele Umwege fand Becher den Weg zur kämpfenden Arbeiterklasse. Über diesen Weg sagte er selbst einmal: „Manche fielen auf diesem Weg, und mancher ging zuschanden. Aber daß uns etwas Ungeheuerliches antrieb, eine Leidenschaft ohnegleichen uns bewegte in unserer genialen Turbulenz und wir bereit waren, uns jederzeit für die ‚Sendung‘ zu opfern, das stand außer Frage, und darin, wenn vielleicht auch nur darin, können wir den nach uns kommenden Generationen zurufen: Folgt uns nach!“ Und dieses Nachfolgen erleichtert uns Becher durch seine Lieder und Gedichte. Wir wollen hier nur Bechers Appell an die Arbeiterklasse, die bereits die Macht erungen hat, erwähnen: „Seid Euch bewußt der Macht!/ Die Macht ist Euch gegeben,/ Daß



Ihr sie nie, nie mehr/ Aus Euren Händen gebt!“ (580 031/32, DM 18,-)

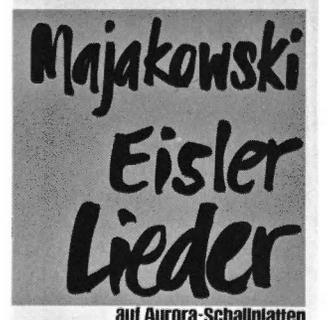
In zwei anderen Alben setzt Ernst Busch einem anderen großen Dichter ein Denkmal: Bert Brecht: „LEGENDEN, LIEDER, BALLADEN 1914 – 1924“ und „LEGENDEN, LIEDER, BALLADEN 1925 – 1934“. Hier hören wir die „Legende vom toten Soldaten“, deretwegen er einige Jahre später von Hitler ins Exil gejagt worden ist; die „Ballade vom Weib und dem Soldaten“; das Gedicht „Gegen Verführung“, in dem er auffordert, sich nicht von Betrügern auf ein Leben im Jenseits verströsten zu lassen, denn: „Das Leben wenig ist./ Schlürft es in vollen Zügen!/ Es wird Euch nicht genügen./ wenn Ihr es lassen müßt.“ Im anderen Album finden wir die „Ballade von den Seeräubern“, „Die Ballade von der Hanna Cash“, „Das Lied vom SAMANN“ und zwei Lieder, die heute in aller Welt gesungen werden: das „Solidaritätslied“ und das „Einheitsfrontlied“. (580 025/26, DM 18,- und 580 027/28, DM 18,-)

Ernst Busch



auf Aurora-Schallplatten

Ernst Busch



auf Aurora-Schallplatten

Mehr für Schüler?

In den letzten Nummern des elan diskutierten Leser die Frage, ob elan „mehr für Schüler“ bringen solle. Hier eine weitere Stellungnahme.

In einem Leserbrief in elan 6/71 wurde gefordert, elan solle mehr auf die Probleme der Schüler eingehen. Geht elan wirklich nicht auf die Probleme der arbeitenden und lernenden Jugend (und damit auch der Schüler) ein?

Freilich, es gibt auch an elan einiges auszusetzen. Aber die Probleme, die elan behandelt, befassen sich mit den Problemen der gesamten fortschrittlichen Jugend. Und das ist gut so. Nicht elan muß umdenken, sondern die Schüler, d.h. insbesondere die privilegierten Schüler, die die Möglichkeit haben, ein Gymnasium zu besuchen. Nicht die arbeitende Jugend muß auf die Probleme ihrer privilegierten Kollegen eingehen, sondern die Gymnasiasten müssen begreifen, daß ihre Probleme, die ihrem individualistischen, kleinbürgerlichen Denken entspringen, nicht den objektiven Interessen der progressiven Jugend entsprechen.

Die Angst vieler Schüler, welche sich in ihren Publikationen und Reden zeigt, sich und ihr intellektuelles Köpfchen in den Dienst anderer stellen zu müssen, hat nichts mit dem Kampf der Jugend um Demokratie und Sozialismus gemein, sondern demonstriert vielmehr die Borniertheit und das emotionale Auflehnen dieser Kleinbürger gegen die Generation ihrer Väter, die (noch) die fetten Pöstchen besetzt hält.

Zugegeben: Auch die Schüler haben viele Probleme zu lösen. Sie sind einer wachsenden Repression ausgesetzt. Diese Probleme sind aber identisch mit den Problemen der gesamten Jugend. Richtig wäre also, sich dem Kampf der organisierten arbeitenden Jugend anzuschließen und gemeinsam für Frieden und Fortschritt zu kämpfen und nicht aus unergründlicher Eitelkeit sektiererisch einen eigenen Weg zu gehen, weil die zukünftige Elite nicht mit Lehrlingen und jungen Arbeitern kämpfen will.

Sich von der Schülerbewegung her eine Veränderung der Verhältnisse zu erhoffen, ist Utopie.

WERNER BANGHARD, Flehingen

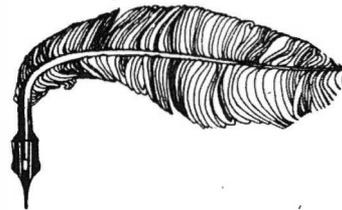
Kündigung zurückgezogen

Im Juni-Heft veröffentlichten wir den Brief einer Leserin, die den elan abbestellte. Jetzt erhielten wir wieder einen Brief von ihr.

Ich habe die Kündigung in einem Moment geschrieben, als ich so gut wie „pleite“ war. Doch dann fiel mir ein, was ich selbst immer auf Gruppenabenden sagte, wenn wir über elan sprachen: „elan steht und fällt durch die Abonnenten. Und wir müssen dafür sorgen, daß elan stark wird!“

Nun also, als ich an dies alles dachte, schämte ich mich direkt etwas. Ich bin der Meinung, daß es eben einfach möglich sein muß, den elan zu halten. Man kann doch wirklich jeden Monat eine D-Mark sparen.

In diesem Sinne also mache ich meine Kündigung rückgängig.
SUSANNE M., Hamburg



DDR-Kritik

Ihr meint, Ihr bringt eine marxistische Zeitschrift heraus, schreibt aber Artikel, die Geschehnisse in der DDR völlig unkritisch wiedergeben. Daß aber die SED die Interessen der Arbeiter nicht vertritt, nämlich immer bessere Befriedigung der körperlichen und geistigen Bedürfnisse, sondern daß eine kleine Funktionärsclique, der es viel besser als den Arbeitern geht, in ihrem Interesse die Wirtschaft (und überhaupt alles) lenkt, ist doch klar.

Warum z.B. werden sozialistische Dichter und Liedermacher (Wolf Biermann), die die revisionistische Politik der SED kritisieren, unterdrückt?

Weil die SED Angst vor ihnen hat, denn sie fürchtet, daß sich die Arbeiter von ihrer Bevormundung freimachen und ihre Interessen wahrnehmen könnten!

Bitte veröffentlicht dies und stellt es zur Diskussion. (Wenn Ihr immer noch Marxisten sein wollt!)

ANDREAS SCHMIDT, Dassel

„Beurlaubt“

Die Freiburger Werkstatt im „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt“ bittet uns, folgenden Brief zu veröffentlichen, den sie an die Wuppertaler Firma Vorwerk & Sohn schrieb.

Im Juni d.J. wurde der bei Ihnen als Pförtner tätige Gerd Sowka „beurlaubt“. Er hatte an einer Protestversammlung während des Chemiestreiks teilgenommen und sich dazu angeblich nicht ordnungsgemäß angemeldet.

Zuvor hatte er mit seinem neuen Stück „Im Mittelpunkt steht der Mensch“ in der Öffentlichkeit als Arbeiterdichter von sich reden gemacht. Dieses Stück zeigt die Umstände seines unverschuldeten Betriebsunfalls und die unsoziale Haltung der Firma Vorwerk, der es nur auf die Maschine und nicht auf den für sie arbeitenden Menschen ankommt.

Dies jedoch will die Firma vertuschen. Sie fordert von G. Sowka – der seit dem Unfall seinem erlernten und seit sieben Jahren ausgeübten Beruf nicht mehr nachgehen kann – unter Androhung eines Gerichtsverfahrens die Zurücknahme der in seinem Stück gemachten Aussagen. Die Firma versucht mit den übelsten Mitteln, die wahren Hintergründe für seine Entlassung zu verschleiern.

Steht nicht in Wahrheit hinter der Entlassung die berechtigte Angst der Betriebsleitung, daß ein Arbeiterdichter das schreckliche Bild von Betriebsfrieden, das der Öffentlichkeit vorgegaukelt wird, zerstört und die Tatsache der Ausbeutung des Menschen in unserer Gesellschaft bewußt macht?

Die Werkstatt Freiburg im „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt“ protestiert nachdrücklich gegen das Vorgehen der Firma Vorwerk & Sohn. Wir fordern Wiedereinstellung Gerd Sowkas.

i.A. MARIANNE RÄTZSCH, Freiburg

Desertiert

Sehr böse sind die Eltern eines Lesers auf den elan:

Wir verbitten uns energisch die Zusendung der Hetzschrift elan. Unser Sohn ist bereits auf Grund aller Hetzkampagnen desertiert.

Alle Folgen bürdet man uns, den „spießigen“ Eltern, auf. H. B., Gevelsberg

An Redaktion
„elan“
46 Dortmund
Brüderweg 16

Leserbriefe können oftmals leider nur gekürzt veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis. Die Briefe erscheinen nicht unter Verantwortung der Redaktion.

PS.
betrifft:
Briefkontakte

Liebe Leser!
Schreibt uns
Eure
Adressen-
wünsche. Wir
werden Euch
gerne
Anschriften
aus den
verschiedenen
Ländern
übersenden.



Doch mehr Sex?

Mit einem anderen Thema beschäftigten sich bisher sehr viele Leserbriefe. Sex oder keinen Sex im elan, das war der strittige Punkt. Hier ein weiterer Brief.

Ich habe mit Interesse die Leserbrief-Diskussion über elan verfolgt, und mir auch Gedanken gemacht, warum wohl „Spontan“ und „konkret“ höhere Auflagen haben. Abgesehen von der politischen Zielrichtung sind mir da zwei größere Unterschiede aufgefallen: elan bringt viel weniger Sex, und er richtet sich wohl zu sehr auf eine bestimmte Altersgruppe (Lehrlinge/Oberschüler). Obwohl ich die „konkret“-Mädchen recht appetitlich finde, hat es – glaube ich – wenig Sinn (und Erfolg), das nachzuahmen. Andererseits sollte man dem Thema Sex aber vielleicht mehr Raum geben, indem es mehr Artikel über die politischen Hintergründe des Sexrummels gibt, oder durch praktische Tips (z.B. Verhütung usw.). Ebenso könnte man Liebesgeschichten von Autoren aus der DDR oder der SU abdrucken.

Noch ein paar Vorschläge, die mehr nebensächliche Sachen betreffen: Das Titelbild scheint mir oft etwas unglücklich gewählt. Einmal würde ich keine Karikaturen bringen – die vom Juli-Heft ist zwar ganz gut, aber als Titelbild zu kompliziert. Weiter sollte man überlegen, ob man unbedingt den Untertitel „Magazin für junge Leute“ beibehält. Die gelben Blätter halte ich für überflüssig und auch nicht besonders ansprechend. Die Artikel wären genauso gut im übrigen Text unterzubringen.

Und noch zwei Vorschläge zur Erweiterung: mehr ganzseitige Plakate und weniger Gedichte, mehr Kurzgeschichten.
WINFRIED ROTH, Weil

Zu einfach

Im Juni-Heft veröffentlichten wir im Monats-Magazin ein Gedicht von Peter Schütt: „Unsere Perspektiven“. Dazu ein Leser:

Prinzipiell halte ich dieses Gedicht für gut, weil es Optimismus ausstrahlt.

Dennoch muß eines deutlich gesagt werden:

Zwar ist es in Gedichten meist unumgänglich, komplexe Zusammenhänge zu vereinfachen.

Jedoch darf dieses nicht zu einer zu einfachen Betrachtungsweise verführen.

In dem vorliegenden Gedicht scheint es mir – zumindest in Ansätzen – der Fall zu sein.

Wer jedes abgeschossene US-Flugzeug als einen Beitrag zur Verkürzung der Frist des Imperialismus wertet, wer behauptet, jede Entdeckung sowjetischer Wissenschaftler beweise uns, daß die Zukunft dem Sozialismus gehöre, vereinfacht zu sehr!

Ich glaube, Peter hat sich damit selbst einen schlechten Dienst erwiesen. Ein Dichter, der in seinen Arbeiten Behauptungen aufstellt, deren Richtigkeit angezweifelt werden kann oder die schlicht falsch sind – und seien es auch nur Kleinigkeiten – mindert zwangsläufig im Bewußtsein des Lesers die eigene Glaubwürdigkeit.

GÜNTER REICHWALD, Hamburg

Morddrohung

Immer wieder erhalten demokratische Bürger anonyme Briefe mit Morddrohungen. Von einem neuen Fall berichtet ein Leser.

Unsere Parteiorganisation der DKP, aber auch einzelne Mitglieder und Funktionäre unserer Partei erhalten hin- und wieder Zuschriften, deren Verfasser sich scheuen, Name und Adresse anzufügen.

Solche Briefe sind für uns zu meist lediglich Symptom einer bestimmten Geisteshaltung, die vielfach zwar demokratisch firmiert, in der Praxis jedoch die freie, sachliche Diskussion scheut.

Bedenklich erscheint uns jedoch Art und Inhalt eines Schreibens, das uns Anfang dieser Woche erreichte. Wieder ohne Adresse und Absender. Der Organisationssekretär unserer Kreisorganisation und Kandidat für die Landtagswahl im Wahlkreis 5, Willi Ciriaci, erhielt eine glatte Morddrohung. Der Jargon der oder des Schreibers klingt vertraut wie aus der Motenkiste des Kalten Krieges. „Söldlinge Moskaus“ usw., lauten die Prädikate, die man uns an den Kopf wirft. Und dann wörtlich: „Wir greifen deshalb in nächster Zeit zur Selbsthilfe, um jeden Mitläufer Moskaus unschädlich zu machen... Auch der Genosse Ciriaci wird mit darunter sein!“

HANS-JÜRGEN MOSER, Haßloch/Pfalz

Wir drucken unsere Plakate selbst

Hervorragende Plakatdrucke können im Siebdruck-Verfahren hergestellt werden. Eine Siebdruck-Anlage kann man sich preisgünstig selbst bauen. Wie?

Das ist nachzulesen im elan-Sonderdruck

„Alles über Siebdruck“

Zu beziehen durch:

Weltkreis-Verlags-GmbH

46 Dortmund, Brüderweg 16

Telefon 57 20 10

Bei Bestellung pro Exemplar 0,50 DM in Briefmarken beifügen.

Die junge und schicke Art Urlaub zu machen:

Prospekte bitte anfordern!

Agentur Flegel und Jagow

Reisedienst

2 Hamburg 22, Kanalstr. 73,

Tel.: 2 29 96 66



... und dann
insenden an:
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16

Abonnenten haben's besser:

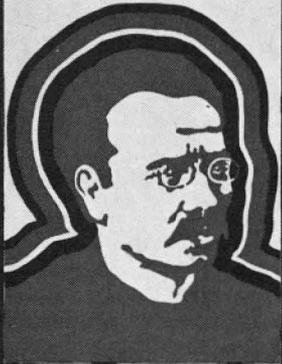
Ich bestelle ab _____ bis auf Widerruf, jedoch für mindestens ein Jahr, das Magazin für junge Leute elan. (Jahresabonnement 13 DM einschließlich Zustellgebühr)

(Unterschrift) _____

(Anschrift) _____

Zum 100. Geburtstag Karl Liebknechts erscheinen:

Karl Liebknecht-Rekrutenabschied
Militarismus und Antimilitarismus



Karl Liebknecht:

„Militarismus und Antimilitarismus
unter besonderer Berücksichtigung der
internationalen Jugendbewegung“

„Rekrutenabschied“

236 Seiten, Preis: DM 5,80



Tagebuch einer Dienstzeit
von Reinhard Junge

Reinhard Junge:

„Barras-Report – Tagebuch einer
Dienstzeit“

Mit einem Vorwort von Richard
Scheringer und ausführlichem Bild-
und Dokumentarteil

168 Seiten, Preis: DM 5,80

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16

Freizeit: Ohne Nepp & Neckermann

FORTSETZUNG VON SEITE 11

Spitze der Forderung nach einem Freizeitheim, einem Haus der Jugend oder einem Klub in jedem Stadtteil, in jeder Stadt und in jedem größeren Ort stellen und auf den Ausbau der bestehenden Jugend- und Freizeitzentren drängen. Die Pionierpaläste in den sozialistischen Ländern mit ihren vielfältigen Einrichtungen zur Förderung der Selbsttätigkeit sollten dabei als Modell Berücksichtigung finden. Die finanziellen Mittel für die kommunalen Jugendhäuser müssen beträchtlich erhöht werden, Hobbyräume sollten eingerichtet werden, technisches Gerät für die Herstellung von Flugblättern, Schüler- und Lehrlingszeitungen ist vonnöten. Den demokratischen Jugendverbänden muß ein wirksames Mitbestimmungsrecht bei der Programmgestaltung gesichert werden.

Daß die Forderung nach einem Jugendzentrum ankommt, hat eine gelungene Initiative der SDAJ in Hamburg-Berne bewiesen. Die Gruppe hat die Jugend des Stadtteils zu einer demonstrativen Grundsteinlegung für das von den Stadtvätern seit undenklichen Zeiten zugesagte Haus der Jugend Berne eingeladen, dazu eine Beatband und die „Liedermacher“ engagiert und dabei über fünfhundert Jugendliche auf die Beine, will sagen: zu einer politischen Aktion gebracht.

Als in Oer-Erkenschwick der Jugendfilmclub „Wilma“ auf Druck der CDU und der Kirche geschlossen werden sollte, protestierten Jugendliche mit Flugblättern, Unterschriften und einer Demonstration.

Es gibt vielfältige Aktionsmöglichkeiten, um die Öffentlichkeit auf das Fehlen von Schwimmbädern, Turnhallen, Sportplätzen, Bibliotheken, Theatern, Klubs und andere kommunale Kultur- und Freizeistätten hinzuweisen und ihre Einrichtung zu fordern. So wie wir mit unserem Kampf in den Betrieben und im politischen Bereich anknüpfen an die konkreten Bedürfnisse und Probleme der Bevölkerung, so müssen wir auch im Freizeitbereich die Forderungen ausfindig machen, die sich aus der realen Mangellage der Betroffenen ergeben.

Die SDAJ und andere demokratische Jugendverbände sollten die bestehenden Jugend- und Freizeithäuser nicht nur räumlich nutzen, sie sollten die Gelegenheit wahrnehmen, in den Heimen mit anderen Jugendlichen in Kontakt zu kommen. Dazu ist eine aktive Mitarbeit in den der Heimleitung beigeordneten Gremien und Jugendvertretungen nötig, dazu empfehlen sich neben den Gruppenabenden auch allgemein interessierende Kultur- und Unterhaltungsveranstaltungen.

Großveranstaltungen ohne kommerzielle Stars

Im Bereich der öffentlichen Großveranstaltungen, in dem sich die Pop-Manager mit ihren Open-Air-Festivals und Beat-Shows ein Monopol sichern wollten, ist den sozialistischen Jugendorganisationen in diesem Jahr ein erster Einbruch gelungen. Die

Rockoper „Profitgeier“ vom Floh de Cologne hat innerhalb eines halben Jahres 120 000 Zuschauer gehabt, und dort, wo DKP und SDAJ im Wahlkampf und bei Kongressen ihre bekanntesten Sänger und Agitationsgruppen aufgebeten haben, waren die Säle meistens überfüllt.

Nach dem Fernsehen gilt das Lesen unter Jugendlichen als zweitwichtigste und -häufigste Form der Freizeitbeschäftigung. Lektüre ist die Form der Freizeitgestaltung, die wir inhaltlich wenigstens zum Teil selbst bestimmen können. Nur wer regelmäßig und intensiv liest, eignet sich die ideologischen und politischen Kenntnisse an, die ihn zu einem dauerhaften Engagement befähigen.

Die Literaturpropaganda sollte deshalb in den eigenen Reihen anfangen, aber den öffentlichen Bereich nicht ausklammeln. In den allermeisten städtischen Büchereien fehlen Werke der Arbeiterliteratur, die Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus und Neuerscheinungen aus progressiven Verlagen fast völlig. Möglichkeiten, Rot in die Bibliotheken reinzuzwingen, gibt es verschiedene. Man kann im überall ausliegenden Wunschbuch seine Buchforderungen eintragen, mit der Leitung über Neuanschaffungen diskutieren oder gemeinsame Veranstaltungen, etwa Lesungen fortschrittlicher Schriftsteller, organisieren. In Geesthacht haben DKP und SDAJ der Bücherhalle zum hundertsten Geburtstag Lenins die ersten fünf Bände der Gesamtausgabe gespendet und der Leitung die Anschaffung der weiteren Bände aus eigenen Mitteln nahegelegt.

Greif zum Kugelschreiber: Rot in die Bibliothek

Eine wesentliche Seite produktiver Freizeitgestaltung ist die kulturelle und künstlerische Selbsttätigkeit. Die Anfänge des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt, der inzwischen im Bundesgebiet siebzehn Werkstätten mit ungefähr 250 Mitarbeitern unterhält, die rasche Zunahme jugendeigener Lehrlings-, Schüler- und Betriebszeitungen und die überall neu entstehenden Song-, Agitprop- und Straßentheatergruppen sind ein Beweis für die schöpferischen Fähigkeiten nicht zuletzt der bewußten und organisierten Arbeiterjugend; sie gilt es der Kulturdemontage des Imperialismus zum Trotz weiter zu entdecken und zu entwickeln.

Das künstlerische Laienschaffen ist nicht nur ein wichtiges Element der Persönlichkeitsbildung, es wird, sichtbar an den Erfolgen unserer Songgruppen, zunehmend zu einer zentralen Form unserer Öffentlichkeitsarbeit, mit der wir unsere Überzeugungen massenwirksam umsetzen können. Es hilft zugleich mit, die Grundlagen für eine demokratische und sozialistische Volkskultur zu schaffen. Ihre Verbreitung und Stärkung ist ein wichtiger Teil unseres Kampfes gegen den Imperialismus. Sie schafft nicht zuletzt die Voraussetzungen dafür, daß Arbeit und Freizeit gleichermaßen dazu dienen, das kulturelle und materielle Lebensniveau der Bevölkerung ständig zu steigern. PETER SCHÜTT

Literarische Kostbarkeiten



Leo Tolstoi

Nach dem Ball

*Etwa 480 Seiten – Etwa 10,- M –
Illustriert von Gerhard Müller*

Der Band enthält folgende Erzählun-
gen:

„Sewastopol im August 1855“, „Lu-
zern“, „Drei Tode“, „Polikuschka“,
„Wieviel Erde braucht der Mensch“,
„Der Tod des Iwan Iljitsch“, „Herr
und Knecht“, „Nach dem Ball“.

Zehn Kommödien

*832 Seiten – 16,50 M – Illustriert
von Werner Klemke*

In den zwei Bänden sind vertreten:
Aristophanes, Plautus, Shakespeare,
Calderon, Moliere, Goldoni, Beaumar-
chais, Gogol, Tschechow und Shaw.

Gottfried Keller

Das Sinngedicht

*300 Seiten – 26,- M – Illustriert von
Wolfgang Würfel*

Die anmutigen Liebesgeschichten er-
scheinen als mehrfarbiger, großfor-
matiger Geschenkband.

In Vorbereitung:

Alphonse Daudet

Tartarin von Tarascon

*Etwa 510 Seiten – Etwa 9,50 M –
Illustriert von Klaus Ensikat*

Die Ausgabe enthält alle drei Teile des
bekannten und beliebten Buches.

Verlag Neues Leben

108 Berlin/DDR,
Behrenstraße 40/41



**LEIPZIG
INTERNATIONAL
BOOK FAIR**

5/9-12/9 1971

We hope to see you at our fair stands:

"MESSEHAUS AM MARKT" – Stand 110-114

"ZENTRAL-MESSEPALAST" – Stand 256-265

"PETERSHOF" – Stand 488-498

DEUTSCHER BUCH-EXPORT UND -IMPORT GMBH
DDR-701 Leipzig, Leninstraße 16